

17. Sitzung

am Dienstag, dem 12. September 2000

Inhalt

Eingang gemäß § 21 der Geschäftsordnung	656
Kleine Anfragen gemäß § 29 Abs. 2 der Geschäftsordnung	656
Eingabe gemäß § 70 der Geschäftsordnung	656

Fragestunde

1. Straßenschild für die Pieperstraße

Anfrage der Abgeordneten Frau Dreyer, Eckhoff und Fraktion der CDU vom 12. Juli 2000	656
---	-----

2. Öffentliche Zugänglichkeit des Tunnels Bischofsnadel

Anfrage der Abgeordneten Mützelburg, Frau Linnert und Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen vom 26. Juli 2000	657
--	-----

4. Ansiedlungskriterien im Technologiepark Universität

Anfrage der Abgeordneten Frau Lemke-Schulte, Böhrnsen und Fraktion der SPD vom 27. Juli 2000	658
---	-----

5. Gartenfreunde Bremen-Süd e. V.

Anfrage der Abgeordneten Karl Uwe Oppermann, Herderhorst, Eckhoff und Fraktion der CDU vom 28. Juli 2000	659
---	-----

6. Erfolg der Messehallen

Anfrage der Abgeordneten Frau Dr. Trüpel und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 9. August 2000	660
---	-----

7. Sicherung der Altlast im Bereich der so genannten Schweinsweide auf dem Vulkan-Gelände

Anfrage der Abgeordneten Frau Dr. Mathes, Dr. Güldner und Fraktion Bünd- nis 90/Die Grünen vom 16. August 2000	663
---	-----

8. Medizinische Beratung im Internet

Anfrage der Abgeordneten Frau Dreyer, Pflugradt, Eckhoff und Fraktion der CDU vom 18. August 2000	664
--	-----

9. Was dürfen Beiräte mit ihren Globalmitteln finanzieren?

Anfrage der Abgeordneten Dr. Güldner, Frau Linnert und Fraktion Bündnis 90/
Die Grünen vom 25. August 2000 665

10. Kattenescher Ochtumdeich sicher machen

Anfrage der Abgeordneten Herderhorst, Eckhoff und Fraktion der CDU
vom 29. August 2000 666

11. Fahrradparkplatz in der Heinrich-Heine-Straße

Anfrage der Abgeordneten Dr. Lutz, Eckhoff und Fraktion der CDU
vom 31. August 2000 667

12. Englischunterricht in evangelischen Kindertagesstätten (Neufassung)

Anfrage der Abgeordneten Pietrzok, Böhrnsen und Fraktion der SPD
vom 5. September 2000 669

13. Innenrevision im Bereich des Senators für Bau und Umwelt

Anfrage der Abgeordneten Herderhorst, Eckhoff und Fraktion der CDU
vom 4. September 2000 669

Aktuelle Stunde

Schlechte Noten für die Wirtschaftsförderung in Bremen

Abg. Frau Dr. Trüpel (Bündnis 90/Die Grünen) 671
Abg. Focke (CDU) 673
Abg. Frau Lemke-Schulte (SPD) 674
Senator Hattig 675
Abg. Frau Dr. Trüpel (Bündnis 90/Die Grünen) 676

Geplante Fahrpreiserhöhung im öffentlichen Personennahverkehr

Abg. Pflugradt (CDU) 677
Abg. Mützelburg (Bündnis 90/Die Grünen) 678
Abg. Dr. Schuster (SPD) 679
Senatorin Wischer 681
Abg. Pflugradt (CDU) 682
Abg. Frau Lemke-Schulte (SPD) 683

Was kosten Kindertagesheime?

Große Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
vom 11. April 2000
(Drucksache 15/126 S)

Dazu

Mitteilung des Senats vom 30. Mai 2000

(Drucksache 15/149 S)

Abg. Frau Stahmann (Bündnis 90/Die Grünen)	685
Abg. Frau Striezel (CDU)	687
Abg. Frau Arnold-Cramer (SPD)	689
Senatorin Adolf	690
Abg. Frau Stahmann (Bündnis 90/Die Grünen)	691
Abg. Frau Striezel (CDU)	693

Abgestellte Fahrräder auf dem Bahnhofsvorplatz

Antrag der Fraktionen der CDU und der SPD

vom 9. Mai 2000

(Drucksache 15/138 S)

Abg. Frau Schreyer (CDU)	693
Abg. Mützelburg (Bündnis 90/Die Grünen)	694
Abg. Jägers (SPD)	696
Senatorin Wischer	697
Abg. Frau Schreyer (CDU)	698
Abstimmung	698

Aktionsplan Bauen in Bremen

Große Anfrage der Fraktionen der CDU und der SPD

vom 9. Mai 2000

(Drucksache 15/139 S)

Dazu

Mitteilung des Senats vom 20. Juni 2000

(Drucksache 15/195 S)

Abg. Pflugradt (CDU)	699
Abg. Dr. Sieling (SPD)	703
Abg. Frau Krusche (Bündnis 90/Die Grünen)	707
Abg. Engelmann (SPD)	710
Senatorin Wischer	712
Abg. Pflugradt (CDU)	716

Wahl eines stellvertretenden Mitglieds des Betriebsausschusses Musikschule Bremen

719

Wahl eines stellvertretenden Mitglieds des Betriebsausschusses Stadtbibliothek Bremen und Bremer Volkshochschule

719

**Bebauungsplan 1930
für das Grundstück Carl-Ronning-Straße 4 - 6 in Bremen-Mitte**
Mitteilung des Senats vom 22. August 2000
(Drucksache 15/202 S) 719

**Bebauungsplan 2129 mit Deckblatt
für ein Gebiet in Bremen-Horn-Lehe zwischen Horner Heerstraße, Berckstraße
(einschließlich) und Ronzellenstraße (hinter Hausnummern 2 bis 34)**
Mitteilung des Senats vom 22. August 2000
(Drucksache 15/203 S) 719

**Bebauungsplan 2145 mit Deckblatt
für ein Gebiet in Bremen-Hemelingen zwischen Neuenweg (beiderseits), Eisen-
bahnstrecke Bremen - Osnabrück und Eisenbahnstrecke Bremen - Hannover**
Mitteilung des Senats vom 22. August 2000
(Drucksache 15/204 S) 719

**Wahl eines Mitglieds und eines stellvertretenden Mitglieds des städtischen
Haushalts- und Finanzausschusses 720**

**Wahl eines stellvertretenden Mitglieds des städtischen Rechnungsprüfungs-
ausschusses 720**

**Wahl eines Mitglieds und eines stellvertretenden Mitglieds des Betriebsaus-
schusses der Bremer Kommunikationstechnik 720**

Wahl eines Mitglieds der städtischen Deputation für Bau 720

Wahl eines Mitglieds der städtischen Deputation für Sport 720

**Bericht des Petitionsausschusses Nr. 16
vom 4. September 2000**
(Drucksache 15/209 S) 721

Entschuldigt fehlen die Abgeordneten Frau Hammerström, Leo, Neumeyer.

Präsident Weber eröffnet die Sitzung um 14.00 Uhr.

Präsident Weber: Die 17. Sitzung der Stadtbürgerschaft ist eröffnet.

Ich begrüße die hier anwesenden Damen und Herren sowie die Zuhörer und Vertreter der Presse.

Die Eingänge bitte ich dem heute verteilten Umdruck sowie der Mitteilung über den voraussichtlichen Verlauf der Plenarsitzung zu entnehmen.

I. Eingang gemäß § 21 der Geschäftsordnung

Konzeption der Kulturpolitik
Große Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 6. September 2000
(Drucksache 15/211 S)

II. Kleine Anfragen gemäß § 29 Abs. 2 der Geschäftsordnung

1. Gemeinschafts-, Vereins- und Aufenthaltsräume ausländischer Gruppen und Vereine
Kleine Anfrage der Fraktion der CDU vom 23. Mai 2000
2. Bodenverunreinigungen von Flächen der Kinder- und Jugendfarm in Gröpelingen
Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 31. Mai 2000
Dazu
Antwort des Senats vom 11. Juli 2000
(Drucksache 15/153 S)
3. Innenentwicklung - Verkauf städtischer Grundstücke
Kleine Anfrage der Fraktion der SPD vom 12. Juli 2000
Dazu
Antwort des Senats vom 22. August 2000
(Drucksache 15/206 S)
4. Zur Effektivität der Strukturreform im Kulturbereich
Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 13. Juli 2000
Dazu
Antwort des Senats vom 29. August 2000
(Drucksache 15/208 S)
5. Kostenfolgen von Verträgen
Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 24. Juli 2000
Dazu
Antwort des Senats vom 5. September 2000
(Drucksache 15/210 S)
6. Tagesbetreuung für Kinder unter drei Jahren
Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 1. August 2000
Dazu
Antwort des Senats vom 22. August 2000
(Drucksache 15/207 S)
7. Hilfe bei Essstörungen
Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 24. August 2000
8. Kosten der Strukturreform im Kulturbereich
Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 11. September 2000

III. Eingabe gemäß § 70 der Geschäftsordnung

Schreiben von Herrn Christian Grothenn zum weiteren Ausbau des Weserstadions.

Diese Eingabe kann bei der Verwaltung der Bürgerschaft eingesehen werden.

Zur Abwicklung der Tagesordnung wurden interfraktionelle Absprachen getroffen, und zwar zur Aussetzung des Tagesordnungspunkts drei, Grundsatzfragen zur Kulturpolitik und die Entwicklung eines Kulturplans für die laufende Legislaturperiode, und zur Vereinbarung von Redezeiten bei einigen Tagesordnungspunkten.

Wer mit den interfraktionellen Absprachen einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft ist mit den interfraktionellen Absprachen einverstanden.

(Einstimmig)

Meine Damen und Herren, bevor wir in die Tagesordnung eintreten, möchte ich Ihnen davon Kenntnis geben, dass mir der Landeswahlleiter mitgeteilt hat, dass Frau Karin Krusche am 28. August 2000 anstelle des aus der Bürgerschaft ausgeschiedenen Abgeordneten Helmut Zachau Mitglied der Bremischen Bürgerschaft ist.

Ich wünsche Ihnen bei der Ausübung Ihres Mandats, Frau Krusche, viel Erfolg!

(Beifall)

Wir treten in die Tagesordnung ein.

Fragestunde

Für die Fragestunde der Stadtbürgerschaft liegen 13 frist- und formgerecht eingebrachte Anfragen vor. Die Anfrage Nummer drei wurde zwischenzeitlich von der CDU-Fraktion zurückgezogen.

Die erste Anfrage bezieht sich auf ein **Straßenschild für die Pieperstraße**. Die Anfrage ist unterschrieben von den Abgeordneten Frau Dreyer, Eckhoff und Fraktion der CDU.

Wer möchte von der CDU-Fraktion die Frage stellen?

Frau Kollegin, bitte!

Abg. Frau **Dreyer** (CDU): Ich entschuldige mich, Herr Präsident! Es war etwas hektisch in der Zeit.

Wir fragen den Senat:

Erstens: Ist dem Senat bekannt, dass die Pieperstraße über attraktive Einzelhandelsgeschäfte, aber leider nicht mehr über ein Straßenschild verfügt, weder von der Martinstraße noch von der Obernstraße aus?

Zweitens: Was wird der Senat unternehmen, und in welchen Zeitabläufen wird das geschehen, damit Lieferanten und Kunden die Pieperstraße künftig auffinden können?

Präsident Weber: Zur Beantwortung für den Senat erhält das Wort Frau Senatorin Wischer.

Senatorin Wischer: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage eins: Es ist zutreffend, dass die Pieperstraße in den letzten Monaten weder an der Martinstraße noch an der Obernstraße über ein Straßennamensschild verfügte.

Zu Frage zwei: Das Schild an der Obernstraße wurde entwendet, musste neu gefertigt werden und wurde aber bereits am 8. Juli 2000 wieder angebracht. Das Schild an der Martinstraße wurde im Zuge der zwischenzeitlich abgeschlossenen Umbauarbeiten in der Martinstraße vorübergehend abgebaut und am 20. Juli 2000 an einem neuen Standort wieder aufgestellt. - Soweit die Antwort des Senats!

Präsident Weber: Möchten Sie eine Zusatzfrage stellen?

(Abg. Frau Dreyer [CDU]: Nein, vielen Dank!)

Zu einer Zusatzfrage Herr Dr. Kuhn!

Abg. **Dr. Kuhn** (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Senatorin, können Sie Auskunft darüber geben, ob es vielleicht ein Präsident der Bremischen Bürgerschaft oder ein Fraktionsvorsitzender war, der sich da bei Schilderarbeiten betätigt hat?

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Wischer: Nein, darüber kann ich keine Auskunft geben!

(Abg. Dr. Kuhn [Bündnis 90/Die Grünen]: Schade! Vielleicht verwechsle ich das mit der letzten Legislaturperiode! - Heiterkeit)

Präsident Weber: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die zweite Anfrage steht unter dem Betreff „**Öffentliche Zugänglichkeit des Tunnels Bischofsnadel**“. Die Anfrage ist unterzeichnet von den Abgeordneten Mützelburg, Frau Linnert und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Bitte, Frau Kollegin!

Abg. Frau **Krusche** (Bündnis 90/Die Grünen): Wir fragen den Senat:

Erstens: Liegt dem Senat eine Anfrage der Bremischen Gesellschaft oder von einem anderen vor, die/der an einer nächtlichen Sperrung des Tunnels Bischofsnadel interessiert ist?

Zweitens: Wie hat der Senat auf eine solche Anfrage Stellung bezogen?

Drittens: Falls eine solche Anfrage bisher nicht gestellt wurde, wie steht der Senat zu dieser Frage?

Präsident Weber: Zur Beantwortung für den Senat erhält das Wort Frau Senatorin Wischer.

Senatorin Wischer: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu eins: Es liegt weder von der Bremischen Gesellschaft für Stadterneuerung, Stadtentwicklung und Wohnungsbau mbH noch von einem anderen eine Anfrage zu einer nächtlichen Sperrung des Tunnels Bischofsnadel vor. Im Zusammenhang mit Planungen zur Aufwertung der Bischofsnadelpassage ist allerdings von der Bremischen Gesellschaft im Interesse der Passagenanlieger vorgeschlagen worden, den Durchgang während der Nachtstunden aus Sicherheitsgründen in der Zeit zwischen 24 Uhr und fünf Uhr zu schließen. In der Steuerungsrunde zum Innenstadtprogramm, in der auch die Handelskammer vertreten ist, ist aber entschieden worden, diesem Vorschlag nicht zu folgen.

Zu zwei: Da eine solche Anfrage nicht vorliegt, ist dazu vom Senat nicht Stellung bezogen worden. Allerdings ist bereits auf eine Anfrage vom Bündnis 90/Die Grünen am 20. Oktober 1998, ich glaube, Sie waren es selbst, geantwortet worden, „dass es nicht beabsichtigt ist, die öffentliche Wegebeziehung Bischofsnadel-tunnel nach Fertigstellung des Umbaus durch Rollgitter oder Ähnliches während der Nachtstunden zu schließen“.

Zu drei: Bezugnehmend auf die Antwort vom 20. Oktober 1998 ist auch weiterhin nicht beabsichtigt, die öffentliche Wegebeziehung Bischofsnadelpassage während der Nachtstunden einzuschränken oder zu sperren. - Soweit die Antwort des Senats!

Präsident Weber: Möchten Sie eine Zusatzfrage stellen?

(Abg. Frau Krusche [Bündnis 90/Die Grünen]: Danke schön, ich freue mich über diese deutliche Antwort!)

Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die vierte Anfrage verlangt vom Senat Auskunft über die **Ansiedlungskriterien im Technologiepark Universität**. Die Anfrage trägt die Unterschriften der Abgeordneten Frau Lemke-Schulte, Böhrnsen und Fraktion der SPD.

Bitte, Frau Kollegin!

Abg. Frau **Lemke-Schulte** (SPD): Wir fragen den Senat:

Erstens: Welche Auswahlkriterien legen die vom Senat hiermit beauftragten Gesellschaften bei der Vermarktung des für die Ansiedlung von hightech- und technologieorientierten Firmen konzipierten Technologieparks Universität zugrunde?

Zweitens: Billigt der Senat vor dem Hintergrund des für den Technologiepark Universität definierten Profils und angesichts der dort knappen Flächenressourcen die für dieses Gebiet erfolgte Akquisition eines Call-Centers und Überlegungen zur Ansiedlung touristischer Einrichtungen mit hohem Flächenverbrauch? Wenn ja, warum?

Drittens: Wie wird der Senat sicherstellen, dass Unternehmen ohne Wissenschafts- oder besondere Technologiebezüge künftig nicht mehr im Technologiepark Universität, sondern auf Gewerbeflächen mit einem den jeweiligen Ansiedlungsinteressenten besser entsprechenden Profil angesiedelt werden?

Präsident Weber: Zur Beantwortung für den Senat erhält das Wort Senator Hattig.

Senator Hattig: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu eins: Für die Vermarktung städtischer Flächen im Technologiepark Universität durch die Bremer Investitionsgesellschaft mbH gelten folgende An-

siedlungskriterien, die auf die Aspekte Betriebszweck, Marktposition und Transferbeitrag zielen:

Jedes anzusiedelnde Unternehmen muss auf hohem Niveau technologieorientiert sein und einen signifikanten Anteil an Umsatz und Personen für Forschung und Entwicklung als Teil des Unternehmenskonzepts aufweisen. Es sollte in Bereichen innovativ tätig sein, für die universitäre Schwerpunkte vorhanden beziehungsweise verbindlich geplant sind, und über eine herausgehobene Position im Wettbewerb verfügen oder diese mit hoher Wahrscheinlichkeit erreichen können. Schließlich muss zu erwarten sein, dass sich das Unternehmen an Kooperationsprojekten mit der bremischen Wissenschaft beteiligt und hierbei in der Lage ist, eigenständige Beiträge zu leisten.

Zu zwei: Die durch die BIG erfolgreich abgeschlossene Akquisition der Viag Interkom für den Standort Bremen und die Ansiedlung des Unternehmens an der Linzer Straße wird vom Senat begrüßt. Es ist damit gelungen, eines der führenden Telekommunikationsunternehmen und Mobilfunkanbieter in Bremen zu etablieren. Das Unternehmen wird hier mit zunächst rund 100 Arbeitsplätzen vor allem seine Kundenbetreuung für den Mobilfunkbereich betreiben. Im Rahmen der derzeitigen erheblichen Entwicklungen auf dem Mobilfunksektor sind darüber hinaus technologische Kooperationen mit der Wissenschaft angestrebt.

Die Ansiedlung erfolgte im Rahmen frei gewordener Büroflächen eines durch Nachverdichtung zusätzlich bebauten privaten Gewerbegrundstücks. Der Standort ist eine im Bebauungsplan 1827 ausgewiesene Gewerbefläche und daher nicht Bestandteil des für den Technologiepark ansonsten ausgewiesenen Sondergebiets.

Die Ansiedlung einer weiteren touristischen Einrichtung, in diesem Fall mit deutlichem Wissenschaftsbezug, ist aus Sicht des Senats auf dem im Flächennutzungsplan als Gemischte Baufläche ausgewiesenen Grundstück östlich der Wiener Straße denkbar, sofern sie insbesondere hinreichende Synergieeffekte zum benachbarten Universum erwarten lässt und sich in das Konzept eines urbanen Technologiestadtteils einfügt.

Zu drei: Die eingangs erwähnten Ansiedlungskriterien sind auch weiterhin für die Akquisition von Unternehmen für den Technologiepark durch die BIG maßgebend. Darüber hinaus stellt die planungsrechtliche Ausweisung von „Sondergebiet Technologiepark“ adäquate Grundstücksnutzungen im Technologiepark Universität sicher. - Soweit die Antwort des Senats!

Präsident Weber: Möchten Sie eine Zusatzfrage stellen, Frau Kollegin? - Bitte, Frau Kollegin!

Abg. Frau **Lemke-Schulte** (SPD): Eine Nachfrage zu Ihrer Aussage, was die Ansiedlung einer touristischen Einrichtung betrifft, die sich der Senat, wie Sie ausführten, in Nachbarschaft zum Universum vorstellen kann, wenn es entsprechende wissenschaftliche Bezüge gibt! Könnten Sie mir sagen, an welche Einrichtung der Senat da denkt?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Hattig: Es ist schwer, eine so allgemeine Frage konkret zu beantworten. Wir bemühen uns, einen Bezug zum Universum so herzustellen, dass die wissenschaftliche Ausrichtung dabei deutlich wird. Jetzt habe ich auch allgemein geantwortet, aber es fällt mir schwer, es konkreter zu sagen.

Präsident Weber: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die fünfte Anfrage bezieht sich auf die **Gartenfreunde Bremen-Süd e. V.** Die Anfrage ist unterzeichnet von den Abgeordneten Karl Uwe Oppermann, Herderhorst, Eckhoff und Fraktion der CDU.

Bitte, Herr Kollege Oppermann!

Abg. Karl Uwe **Oppermann** (CDU): Wir fragen den Senat:

Erstens: Welches waren die wesentlichen Vorschläge, die im Verlauf einer Sitzung des Krisenrats des Kleingärtnervereins „Gartenfreunde Bremen-Süd e. V.“ am 31. Januar 2000 von Frau Senatorin Adolf unterbreitet wurden, um die Nachbarschaft zwischen den Kleingärtnern und den Bewohnern der Wohnanlage Kattenturmer Heerstraße 231 folgende wieder erträglicher zu gestalten?

Zweitens: Welche der unterbreiteten Vorschläge wurden bis heute umgesetzt?

Drittens: Hat der Senat vor, für ein auskömmliches Zusammenleben der Gartenfreunde und der Bewohner der Anlage weitere Schritte, die der Deeskalierung dienen, umzusetzen?

Präsident Weber: Zur Beantwortung für den Senat erhält das Wort Frau Senatorin Adolf.

Senatorin Adolf: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Erstens: In der Besprechung mit dem Kleingärtnerverein „Gartenfreunde Bremen-Süd e. V.“ am 31. Januar 2000 wurden Vorschläge wie zum Beispiel die Erweiterung der Betreuungszeiten, Erarbeitung eines neuen Betreuungskonzepts, Überprüfung des Spielplatzraums, Initiierung eines runden Tisches sowie verstärkte Polizeipräsenz erörtert.

Zweitens: In der Zwischenzeit sind folgende Vorschläge umgesetzt worden beziehungsweise befinden sich in der Umsetzungsphase:

Eine Erweiterung der Betreuungszeiten in der Wohnanlage ist erfolgt. Die Betreuungskräfte sind bis Ende September von montags bis freitags bis 19 Uhr erreichbar. Durch diese seit dem 1. Juli 2000 tätige neue Leitungskraft wurden zwischenzeitlich Kontakte zu den Nachbarn, den Kleingartenvereinen, zum Ortsamt und zur Polizei geknüpft, um eine Verständigung zu erreichen und um als direkter Ansprechpartner zur Verfügung zu stehen.

Ein Teil des Spiel- und Bolzplatzes wurde abgegrenzt und in eine Gartenfläche umgewandelt. In diesem Teil wird nun gemeinsam mit den Kindern ein Garten angelegt. Auf der verbleibenden Spielfläche wurden im August neue Spielgeräte für Kleinkinder installiert.

In den vergangenen Monaten wurde im Rahmen einer Schwerpunktmaßnahme des Polizeireviers Kattenturm die Polizeipräsenz mit uniformierten Fußstreifen durch zusätzliches Personal und unter Einsatz von Diensthunden im Kleingartengebiet verstärkt. Der zuständige Kontaktpolizist unterhält eine nahezu tägliche Verbindung zu den Kleingärtnern. Darüber hinaus führte die Polizei eine Flugblattaktion im Kleingartengebiet durch, die unter anderem Informationen und Verhaltensweisen zu Diebstählen aus Parzellenhäuschen vermittelte. Die polizeilichen Maßnahmen wurden von den Kleingartenbesitzern durchweg positiv aufgenommen.

Drittens: Die Nutzung der Wohnanlage für ausländische Flüchtlinge wird nach Auslaufen der Verträge in den Jahren 2003/2004 nicht verlängert. - Soweit die Antwort des Senats!

Präsident Weber: Haben Sie eine Zusatzfrage, Herr Kollege? - Bitte, Herr Oppermann!

Abg. Karl Uwe **Oppermann** (CDU): Zur Sichtverlängerung ist ja schon einmal 1998 auf eine Frage meines Kollegen Herderhorst geantwortet worden. Ich bedanke mich für die Bestätigung!

Frau Senatorin, ist dem Senat bekannt, dass unter den Betreuern dieser Wohnanlage eine große Fluktuation herrscht?

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Adolf: Herrschte! Das ist uns bekannt, und wir haben versucht gegenzusteuern! Es hat auch Trägerwechsel gegeben, und wir sind mehr als zuversichtlich, auch begründet zuversichtlich, dass die Betreuungssituation sich mit den jetzt dort tätigen Personen deutlich verbessert.

Präsident Weber: Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Karl Uwe **Oppermann** (CDU): Frau Senatorin, teilen Sie meine Ansicht, dass Politik verantwortlich war, dass dieses Nebeneinander so entstanden ist - vielleicht würde man das heute anders machen und dort nicht mehr so massiv eine Wohnanlage belegen -, so dass die Politik auch dafür verantwortlich ist, die Deeskalation so weit wie möglich voranzutreiben, damit es dort keine Probleme mehr zwischen den Bewohnern und den Gartenfreunden gibt?

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Adolf: Ich teile Ihre Auffassung und bin auch in diesem Sinne seit Januar dieses Jahres sehr aktiv. Ich war viermal selbst in der Wohnanlage und habe mit den Leuten, die dort in der Wohnanlage leben, genauso gesprochen wie mit denen, die im Kleingartengebiet oder als Anlieger daran grenzen. Die Deeskalation ist also von meinem Ressort aus sehr wohl sehr heftig betrieben worden.

Präsident Weber: Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Karl Uwe **Oppermann** (CDU): Frau Senatorin, wäre es möglich, dass ich den neuen Betreuungsvertrag einmal einsehen kann?

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Adolf: Wir müssten besprechen, wie wir das organisieren können.

(Abg. Karl Uwe Oppermann [CDU]: Danke!)

Präsident Weber: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die sechste Anfrage in der Fragestunde befasst sich mit dem Thema „**Erfolg der Messehallen**“. Die Anfrage ist unterschrieben von der Abgeordneten Frau Dr. Trüpel und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Bitte, Frau Kollegin!

Abg. Frau **Dr. Trüpel** (Bündnis 90/Die Grünen): Wir fragen den Senat:

Erstens: Welche Veranstaltungen und welche Messen hat der Geschäftsführer der Messe Bremen GmbH in den Jahren seiner Tätigkeit entwickelt?

Zweitens: Wie viel Personal ist seit 1995 bei der Messe Bremen oder bei Untergesellschaften eingestellt worden, und wie viel Personal ist im August 2000 dort beschäftigt?

Drittens: Wie viel Einnahmen hat die Messe Bremen GmbH in den Jahren 1995 bis 1999 erwirtschaftet, und wie viele Einnahmen hat sie von 1995 bis 1999 mit externen Veranstaltern erwirtschaftet, die nicht zur HVG-Gruppe gehören?

Präsident Weber: Zur Beantwortung erhält das Wort Herr Senator Hattig.

Senator Hattig: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Erfolge und Misserfolge der Messe Bremen GmbH werden nicht personifiziert. Die insgesamt erfreuliche Geschäftsentwicklung der Gesellschaft ist letzten Endes Ergebnis der Zusammenarbeit eines engagierten Teams. In diesem Team nimmt naturgemäß die Geschäftsführung eine herausragende Position ein.

Dies vorangestellt werden die Fragen wie folgt beantwortet:

Zu Frage eins: Gegenstand der mit Gesellschaftsvertrag vom 2. Oktober 1992 gegründeten Messe Bremen GmbH ist die Akquisition und Durchführung von Messen, Ausstellungen und ähnlichen Veranstaltungen in Bremen.

Entsprechend der seinerzeitigen Messekonzeption Bremens sollten als Veranstalter ausschließlich Gastveranstalter akquiriert werden, die bei der Durchführung von der Messe Bremen GmbH beraten werden. Die Entwicklung und Durchführung von Eigenveranstaltungen war ausdrücklich nicht erwünscht. Kleinere Firmen aus Bremen und Umgebung sollten die Möglichkeit erhalten, mit neuen Ideen in das Messe-, Ausstellungs-/Kongressgeschäft einzutreten. Dabei sollte die Messe Bremen zumindest in der Anfangsphase nicht als Wettbewerber auftreten. Deshalb hat die Messe Bremen GmbH für die 1997 eröffneten neuen Messehallen das Fremdgeschäft mit Flächenvermietung an

Gastveranstalter forciert, mit sehr gutem Erfolg, siehe Punkt 3, „Einnahmen aus Veranstaltungen“.

Im Bereich der angestrebten qualitativ hochwertigen Veranstaltungen aus Kongress mit Ausstellung waren die Ergebnisse trotz erheblicher ideeller beratender Unterstützung seitens der Messe Bremen und finanzieller Unterstützung durch die Freie Hansestadt Bremen teilweise sehr ernüchternd. Die Deputation für Wirtschaft folgte deshalb 1998 dem Wunsch der Messe Bremen GmbH, zukünftig behutsam das Eigengeschäft im Bereich qualitativ hochwertiger Veranstaltungen aufzubauen.

Die erste Eigenveranstaltung der Messe Bremen, ACTUATOR - Fachkongress mit kleiner Ausstellung -, fand 1998 statt. Die zweite ACTUATOR unter Regie der Messe Bremen wurde im Jahr 2000 durchgeführt. Sie verzeichnete gegenüber der Veranstaltung von 1998 einen Zuwachs von 30 Prozent, sowohl seitens der Kongressteilnehmer auf 402 als auch seitens der Aussteller auf 43.

Aufgrund besonderer Umstände bei dem früheren Gastveranstalter hat die Messe Bremen im Februar 1999 kurzfristig die Verpflichtung zur Durchführung des Dritten Deutschen Außenwirtschaftstages im Oktober 1999 als Eigenveranstaltung übernommen. Insbesondere unter Mitwirkung der Handelskammer Bremen ist es gelungen, einen inhaltlich hochwertigen Kongress mit kleiner Ausstellung zu konzipieren und durchzuführen.

Zu Frage zwei: Personalbestand der Messe Bremen GmbH einschließlich Geschäftsführer! Ich glaube, die Statistik liegt Ihnen vor, die muss ich jetzt hier nicht vorlesen. Zur Konzeption und dem sukzessiven Ausbau von Eigenveranstaltungen hat die Messe Bremen im Jahr 2000 drei neue Mitarbeiter eingestellt. Die Messe Bremen GmbH hat keine Untergesellschaften.

Seit dem 31. Dezember 1998 ist die Messe Bremen GmbH zu 49 Prozent an der MGH, Messe- und Ausstellungsgesellschaft Hansa GmbH, beteiligt. Diese Gesellschaft ist als Mieter in die Räumlichkeiten der Messe Bremen eingezogen. Nach der erfolgreichen Durchführung der „fish international 2000“, Umsatz zirka zwei Millionen DM, wird derzeit gemeinsam an einem neuen Messethema, „freshtival“, gearbeitet. Dadurch sind seit Mitte 1999 drei feste Arbeitsplätze bei der MGH entstanden.

Zu Frage drei: Die Messe Bremen hat von 1995 bis 1997 ausschließlich Einnahmen mit externen Veranstaltern erwirtschaftet, die nicht zur HVG-Gruppe gehören. Hinzu kommen für 1998 und

1999 die jeweils unten genannten Einnahmen aus den ersten Eigenveranstaltungen der Messe Bremen GmbH. Die einzelnen Zahlen kann ich Ihnen, glaube ich, ersparen, sie liegen Ihnen schriftlich vor.

In diesem Betrag enthalten ist eine Ausgleichszahlung durch die HVG in Höhe von 305.000 DM für reduzierte Mietzahlungen durch die „hafa“ 1996 wegen Hallenabriss für den geplanten Neubau. Wegen im Zweijahresrhythmus stattfindenden Veranstaltungen fällt das Ergebnis in ungeraden Jahren geringer aus als in geraden Jahren. - Soweit die Antwort des Senats!

Präsident Weber: Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Dr. Trüpel** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Senator, Sie haben uns für den Senat geantwortet, dass im Bereich der angestrebten qualitativ hochwertigen Veranstaltungen in den ersten Jahren das Ergebnis sehr ernüchternd war. Außerdem haben Sie in einem kleinen Vorsatz zur Antwort des Senats ausgeführt, dass es eine Teamarbeit sei und man das nicht personifizieren könnte.

Ich frage Sie: Sie selbst kommen aus der privaten Wirtschaft. Sind Sie es nicht gewohnt, und halten Sie es nicht auch für angemessen, dass es natürlich verantwortliche Geschäftsführer gibt, die auch das Ergebnis einer Messe oder eines Veranstaltungszentrums zu verantworten haben?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Hattig: Ich darf einen großen Mann zitieren, den ich heute noch für beispielhaft halte, Herrhausen, der zu mir sagte, und damit beantwortete ich, glaube ich, auch Ihre Frage: „Lieber Herr Hattig, wenn es Ihnen gut geht, hört keiner zu, und wenn es Ihnen schlecht geht, hört auch keiner zu!“

Dies will besagen, dass zum Schluss der verantwortlich ist, der oben steht. Das ist völlig in Ordnung. Aber eine Frage so zu personifizieren, dass auch im politischen Umfeld alle Unwägbarkeiten eines solchen Geschäftes sofort in eine politische Dimension gebracht werden, ließ es den Senat für ratsam erscheinen, darauf hinzuweisen, dass der Geschäftsführer zwar verantwortlich ist, aber im Rahmen einer Gesamtverantwortung, die durch das Team getragen wird.

Präsident Weber: Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Dr. Trüpel** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Senator Hattig, Sie haben trotzdem die politische Verantwortung, und als politisch Ver-

antwortlichen für diesen Ressortbereich möchte ich Sie fragen: Sind Sie mit dem Ergebnis, das die Messe Bremen GmbH bis jetzt vorzuweisen hat, zufrieden?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Hattig: Wir bauen eine Halle sieben, und die haben wir so begründet, dass die bisherige Entwicklung die nächste Halle auch begründet. Daraus schließe ich, dass die Deputierten, die das beschlossen haben, davon überzeugt sind, dass das Ganze in sich stimmig und erfolgreich ist. Dies als erste Feststellung!

(Beifall bei der CDU)

Die zweite Feststellung: Zufrieden bin ich nie! Ich bemühe mich, den Status meiner Zufriedenheit weiter zu steigern.

Die dritte Feststellung: Ich glaube, wir haben in Bremen mit der HVG eine sehr gute Gesellschaft, die sehr erfolgreich arbeitet, vor allen Dingen, wenn man auch den wirtschaftlichen Kontext hinzu nimmt, dass Bremen ja nun nicht gerade Erster im Bereich Dienstleistungszentrum war und zweitens sich gegen etablierte Geschäfte durchsetzen muss. Daran gemessen lobe ich die HVG und bin mit dem Ergebnis zufrieden.

Präsident Weber: Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Dr. Trüpel** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Senator, ist Ihnen bekannt, dass man zum Beispiel in Münster mit weniger Mitarbeitern als hier in Bremen - und jetzt im August sind es ja sogar 15, die dort fest angestellt sind, wie ich eben der Statistik entnommen habe - wesentlich mehr eigene Messen generiert und Veranstaltungen durchführt hat, als das mit einem viel größeren Personalbesatz in Bremen der Fall ist?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Hattig: Ich glaube nicht, dass man den Personalbedarf von Münster nach Bremen unbesehen übertragen kann, als sei hier mit mehr Personal ein schlechteres Geschäft und in Münster umgekehrt mit weniger Personal ein besseres Geschäft. Man kann die Standortbedingungen nicht unbesehen vergleichen, und deswegen bitte ich um Nachsicht, dass ich auf diese Frage nur so antworte.

Präsident Weber: Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Dr. Trüpel** (Bündnis 90/Die Grünen): Ist es richtig, dass eine Call-Center-Messe in Bremen geplant war und sie nicht zustande kommt?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Hattig: Da bin ich überfragt!

(Abg. Frau Dr. Trüpel [Bündnis 90/Die Grünen]: Das ist aber bedauerlich!)

Präsident Weber: Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Dr. Trüpel** (Bündnis 90/Die Grünen): Ja, ich möchte Sie noch einmal abschließend fragen, zumal ich den Eindruck habe, dass Sie meine Fragen nicht alle zu meiner Zufriedenheit beantworten konnten: Sehen Sie einen deutlichen Optimierungsbedarf im Hinblick auf das Messengeschäft und die Notwendigkeit einer Messeentwicklung in Bremen?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Hattig: Wenn ich unterstelle, dass Sie das unter Optimierung verstehen, was auch ich darunter verstehe, dann heißt das, dass wir weiter konzentrieren müssen, weiter unsere Anstrengungen spezifisch gestalten müssen, um damit das Messengeschäft in Bremen aus meiner Sicht und in dem gegebenen wirtschaftlichen Umfeld noch konkreter zu gestalten, als es ohnehin schon der Fall ist.

Präsident Weber: Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Dr. Trüpel** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Senator, ich darf bei unseren netten semantischen Spielchen davon ausgehen, dass wir uns darauf verständigen können, dass es durchaus einen Verbesserungsbedarf gibt, was die Messe Bremen angeht?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Hattig: Semantik ist die Fähigkeit, das zu sagen, was man glaubt, und es so zu sagen, dass alle es akzeptieren. - Ich bin mit Ihnen einer Meinung!

(Beifall bei der CDU)

Präsident Weber: Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Dr. Sieling** (SPD): Herr Senator, können Sie bestätigen, dass Deputationen, aber hier auch die Wirtschaftsförderungsausschüsse, ihre Entscheidungen treffen auf der Grundlage der Darlegungen des verantwortlichen Ressorts, im Falle Halle sieben des Wirtschaftsressorts?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Hattig: Das bestätige ich gern!

Präsident Weber: Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Dr. Sieling** (SPD): Können Sie auch bestätigen, dass wir gerade bei der Entscheidung zur Halle sieben lange Verzögerungen hatten, weil die Ausschussmitglieder gern Darlegungen über den Erfolg und die Erfolgsaussichten gehabt hätten, die von Ihnen dann verantwortlich kurzfristig mit positiven Zahlen versehen vorgelegt wurden?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Hattig: Auch das bestätige ich Ihnen gern, jedoch mit dem Zusatz, wenn ich mir den erlauben darf, dass alle Investitionsentscheidungen Abwägungsprozesse beinhalten.

Präsident Weber: Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Dr. Sieling** (SPD): Meine Nachfragen bezogen sich nur darauf, dass Sie sagten, die Deputierten hätten sozusagen - -.

(Senator Hattig: Ich bestätige Ihnen beide Fragen!)

Aber wir entscheiden das immer auf der Grundlage der Daten, die Sie uns liefern. Das haben wir bei „Jekyll & Hyde“ so gemacht und auch bei der Messehalle, und die Dinge stehen im Zusammenhang!

(Beifall bei der SPD)

Präsident Weber: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Meine Damen und Herren, bevor ich die siebente Anfrage aufrufe, möchte ich auf dem Rang Herrn Kapitän Görg, Kommandant der Fregatte Bremen, Herrn Gutmann, Oberleutnant zur See, begleitet von Frau Christine Koschnick und Herrn Rolf Reimers begrüßen.

Herzlich willkommen!

(Beifall)

Die siebente Anfrage trägt den Titel „**Sicherung der Altlast im Bereich der so genannten Schweinsweide auf dem Vulkan-Gelände**“. Die Anfrage ist unterschrieben von den Abgeordneten Frau Dr. Mathes, Dr. Güldner und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Bitte, Frau Kollegin!

Abg. Frau **Dr. Mathes** (Bündnis 90/Die Grünen): Wir fragen den Senat:

Erstens: Wie wird ein möglicher Austrag von Schadstoffen aus der Altablagerung in das tiefe Grundwasser überwacht?

Zweitens: Wann werden die ersten Überwachungsergebnisse entsprechend den Auflagen der Verbindlichkeitserklärung des Sanierungsplans, Teilplan I, erwartet?

Drittens: Wie kontrolliert der Senator für Bau und Umwelt die Einhaltung des Sanierungsplans durch den Maßnahmenträger?

Präsident Weber: Zur Beantwortung erhält das Wort Frau Senatorin Wischer.

Senatorin Wischer: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Fragen wie folgt:

Zu eins: In der Verbindlicherklärung des Sanierungsplans, Teilplan I, wurde festgelegt, dass sowohl an Stauwasserbrunnen im Bereich der eingekapselten Schweinsweide als auch an umgebenden Grundwasserbrunnen langfristige Schadstoffuntersuchungen durchzuführen sind.

In den nächsten zwei Jahren werden zehn Stau- und neun Grundwasserbrunnen zunächst vierteljährlich auf Schadstoffe hin untersucht. Hierbei werden abwechselnd zwei verschiedene Parameterumfänge erfasst, die in der Verbindlicherklärung zum Sanierungsplan festgelegt wurden. Der eine konzentriert sich insbesondere auf die bisher als erhöht nachgewiesenen Schadstoffe, der andere umfasst darüber hinaus weitere altlastenrelevante Parameter. Nach zwei Jahren soll der Überwachungsrythmus auf sechs Monate verlängert werden, soweit vorliegende Messergebnisse nicht einen anderen Rhythmus erforderlich machen.

Die Untersuchungsergebnisse sind vom Maßnahmenträger der Bodenschutzbehörde des Senators für Bau und Umwelt mit einer gutachterlichen Bewertung jeweils zum 31. Dezember eines Jahres zur Prüfung vorzulegen. Darüber hinaus werden die ersten Messergebnisse sowie problematische Messergebnisse unverzüglich schriftlich mitgeteilt. Bei Bedarf kann auch zwischenzeitlich Einsicht in die Unterlagen genommen werden.

Falls die vorgelegten Untersuchungsergebnisse eine Anpassung des Überwachungsprogramms oder weitere Maßnahmen erforderlich machen, wird der Senator für Bau und Umwelt deren Umsetzung vom Maßnahmenträger fordern.

Zu zwei: Die erste Untersuchung ist für September 2000 vorgesehen, die Ergebnisse werden der

Bodenschutzbehörde des Senators für Bau und Umwelt unverzüglich vorgelegt.

Zu drei: In der Verbindlicherklärung wurde festgelegt, welche Nachweise und Dokumentationen über die Durchführung der Sanierung und die anschließende Überwachung zu erbringen sind. Hierfür wurden dem Maßnahmenträger Fristen vorgegeben. Die Erbringung der Nachweise und Dokumentationen zu den festgelegten Fristen nach Maßgabe des verbindlichen Sanierungsplans wird durch die Bodenschutzbehörde des Senators für Bau und Umwelt materiell geprüft und überwacht. - Soweit die Antwort des Senats!

Präsident Weber: Möchten Sie eine Zusatzfrage stellen? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Dr. Mathes** (Bündnis 90/Die Grünen): Ich habe eine Zusatzfrage. Es geht aus Ihrer Antwort wieder nicht hervor, aus der Antwort auf unsere Kleine Anfrage auch nicht, ob hier eine Kontrolle des tieferen Grundwasserleiters stattfindet. Es wird immer nur von Grundwasser gesprochen und wohl der flachere Grundwasserleiter gemeint. Sind Sie sich wirklich sicher, dass keine Überwachung des tieferen Grundwasserleiters stattfindet?

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Wischer: Frau Abgeordnete, ich kann im Augenblick nicht sagen, ob es sich bei den von mir genannten Grundwasseruntersuchungen um den tieferen, wie Sie ihn beschreiben, handelt oder nicht. Das werde ich aber gern nachfragen!

Präsident Weber: Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Dr. Mathes** (Bündnis 90/Die Grünen): Ich habe noch eine weitere Zusatzfrage. Aus Ihrer Antwort ist hervorgegangen, dass die Berichte und auch die Kontrolle zu der Sanierungsmaßnahme auf dem Vulkan-Gelände bezüglich der Schweinsweide noch nicht erfolgt sind. Sie wissen ja auch, wie wichtig eine zeitnahe Kontrolle der Maßnahmenträger ist. Das haben das Landschaftsbauwerk oder die illegale Deponie in der Hemelinger Marsch gezeigt. Hier stellt sich die Frage: Wie weit kann man es beschleunigen, diese Maßnahme ist dort vor Ort ja weitgehend abgeschlossen, dass die Berichtspflicht zeitnah erfolgt?

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Wischer: Ich verweise dazu auf meine Antwort zu Frage zwei. Für September 2000 werden die ersten Berichte erwartet, und auch sie sind unverzüglich vorzulegen. Ich gehe davon

aus, dass das also in diesem Monat noch stattfindet und dann auch die Kontrolle entsprechend erfolgt.

Präsident Weber: Möchten Sie eine weitere Zusatzfrage stellen?

(Abg. Frau Dr. Mathes [Bündnis 90/Die Grünen]: Nein, danke!)

Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die achte Anfrage steht unter dem Betreff „**Medizinische Beratung im Internet**“. Die Anfrage ist unterzeichnet von den Abgeordneten Frau Dreyer, Pflugradt, Eckhoff und Fraktion der CDU.

Bitte, Frau Kollegin!

Abg. Frau **Dreyer** (CDU): Wir fragen den Senat:

Erstens: Wie bewertet der Senat die Studie „Krankenhaus 2015“ der Unternehmensberatung Arthur Andersen bezogen auf die Stadt Bremen?

Zweitens: Gibt es in Bremen Unternehmen, die bereits jetzt medizinische Leistungen im Internet anbieten?

Drittens: Wie positionieren sich die in Bremen ansässigen Krankenkassen nach Kenntnis des Senats zu dieser Studie und den gegebenenfalls vorhandenen Angeboten?

Präsident Weber: Zur Beantwortung hat das Wort Frau Senatorin Adolf.

Senatorin Adolf: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage eins: Es handelt sich um einen Diskussionsbeitrag zur Zukunftsentwicklung der Krankenhäuser in Deutschland ohne speziellen Bezug zu Bremen. Die Studie beschreibt den Wandel von einem regulierten hin zu einem durch Wettbewerb gesteuerten Gesundheitsmarkt im Jahr 2015. Dieser Prozess werde - so die Verfasser - begleitet von der Aufgabe einer Vielzahl von Krankenhäusern und einer „massiven Konzentrationswelle“. Private Träger würden Gewinner, die Anzahl öffentlich-rechtlich geführter Häuser würde mehr als halbiert werden.

Der Senat ist der Auffassung, dass es bei Aufrechterhaltung des Zieles der Beitragsstabilität und des Grundsatzes der gesetzlichen Krankenversicherungen, dass sich die Leistungen an den Einnahmen zu orientieren haben, zu ver-

schärften Rationalisierungsprozessen auch im stationären Bereich im Land Bremen kommen wird. Auf alle Fälle wird eine verstärkte Zusammenarbeit bisher selbständiger Krankenhäuser nötig sein, um die notwendigen Leistungen zu geringeren Kosten anbieten zu können.

Zu Frage zwei: Nach Angaben der Bremer Apothekerkammer werden über die Homepages einiger Apotheken Produkte des Nebensortiments im Versand angeboten. Arzneimittel werden aufgrund der gesetzlichen Vorgaben nicht im Versand vertrieben. Darüber hinaus werden Dienstleistungen, die in der Apotheke erbracht werden, wie zum Beispiel Blutdruckmessungen, Blutzucker- oder Cholesterinbestimmungen, verschiedentlich offeriert.

Laut Auskunft der Bremer Ärztekammer werden keine medizinischen Leistungen von der Bremer Ärzteschaft im Internet angeboten.

Zur Bürgerinformation hat der Senator für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales den Krankenhauswegweiser für Bremen und Bremerhaven in das Internet gestellt.

Zu Frage drei: Eine abschließende Positionierung der Krankenkassen in Bremen liegt derzeit noch nicht vor. - Soweit die Antwort des Senats!

Präsident Weber: Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Dreyer** (CDU): Frau Senatorin, können Sie schon einen ersten Zeitrahmen einschätzen, bis zu welchem Termin die Krankenkassen sich positioniert haben könnten?

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Adolf: Das kann ich nicht einschätzen.

Präsident Weber: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die neunte Anfrage trägt die Überschrift „**Was dürfen Beiräte mit ihren Globalmitteln finanzieren?**“. Die Anfrage ist unterzeichnet von den Abgeordneten Dr. Güldner, Frau Linnert und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Bitte, Herr Kollege!

Abg. **Dr. Güldner** (Bündnis 90/Die Grünen): Wir fragen den Senat:

Erstens: Welchen haushaltsrechtlichen Kriterien unterliegt die Vergabe der Globalmittel, also der Mittel für Maßnahmen gemäß Paragraph 7 Num-

mern 1 und 3 bis 6 des Ortsgesetzes über Beiräte und Ortsämter, durch die Beiräte?

Zweitens: Gibt es aufgrund anderer Gesetze, Verordnungen oder sonstiger rechtsgültiger Bestimmungen zusätzliche Einschränkungen, die die Beiräte bei der Vergabe zu beachten haben, und wenn ja, welche?

Präsident Weber: Zur Beantwortung hat das Wort Herr Senator Dr. Schulte.

Senator Dr. Schulte: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt, und ich muss hinzufügen, dass es eine etwas längere Antwort ist:

Zu Frage eins: Nach Paragraph 32 Absatz 1 des Ortsgesetzes über Beiräte und Ortsämter sind für jeden Beiratsbereich beim Ortsamt Mittel für Maßnahmen nach Paragraph 7 Nummer 1 und 3 bis 6 zu veranschlagen. Beiräte entscheiden in eigener Verantwortung über den Einsatz der ihnen nach einem festgelegten Verteilerschlüssel zuerkannten Mittel unter Beachtung der im Übrigen geltenden haushaltsrechtlichen Bestimmungen, zum Beispiel Haushaltsgesetz und Landeshaushaltsordnung.

Zu Frage zwei: Gemäß Paragraph 32 Absatz 1 Beirätegesetz dürfen Globalmittel nur für Maßnahmen nach Paragraph 7 Nummer 1 und 3 bis 6 Verwendung finden. Die Deputation für Inneres hat im Zusammenhang mit der erstmaligen Veranschlagung von Globalmitteln im Haushaltsplan der Stadtgemeinde Bremen im März 1980 beschlossen, dass diese Mittel nicht für die nachfolgend aufgeführten Haushaltsgruppen eingesetzt werden dürfen: Personalausgaben, Geschäftsbedarf, Bücher, Zeitschriften, Post- und Fernmeldegebühren, Haltung von Fahrzeugen und dergleichen, Dienst- und Schutzkleidung, Kosten für Sachverständige, Gerichts- und ähnliche Kosten, Dienstreisen. Bei diesen Ausgabe-positionen handelt es sich insgesamt um laufende Ausgaben der Verwaltung.

Für die Vergabe von Beiratsmitteln an Dritte sind ebenso die haushaltsrechtlichen Bestimmungen zu beachten. Die Zuwendungen werden nach Paragraph 23 in Verbindung mit Paragraph 44 Landeshaushaltsordnung gewährt, wobei grundsätzlich die hierzu erlassenen Verwaltungsvorschriften, insbesondere die Allgemeinen Nebenbestimmungen für Zuwendungen zur Projektförderung, der Landeshaushaltsordnung gelten.

Zuwendungen dürfen nach geltendem Haushaltsrecht unter anderem nur solchen Empfängern gewährt werden, bei denen eine ordnungsgemäße Geschäftsführung gesichert scheint. Bei den Zu-

wendungen handelt es sich in der Regel um kleinere Beträge, die subsidiär bewilligt werden. - Soweit die Antwort des Senats!

Präsident Weber: Möchten Sie eine Zusatzfrage stellen? - Bitte sehr!

Abg. **Dr. Güldner** (Bündnis 90/Die Grünen): Plant der Senat in nächster Zeit Änderungen, weitere Einschränkungen oder überhaupt, sich dieses Themas in irgendeiner Form anzunehmen?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Dr. Schulte: Ich kann nicht akzeptieren, wenn Sie „weitere Einschränkungen“ sagen. Ich glaube, hier ist eine sehr gute, von der Deputation für Inneres beschlossene Skala aufgelegt, die es auch den Beiräten erlaubt, flexibel ihre Pauschalsätze zu beschließen. Wir planen im Ressort zurzeit keine Änderung.

Präsident Weber: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die zehnte Anfrage befasst sich mit dem Thema „**Kattenescher Ochtumdeichweg sicher machen**“. Die Anfrage ist unterzeichnet von den Abgeordneten Herderhorst, Eckhoff und Fraktion der CDU.

Bitte, Herr Kollege!

Abg. **Herderhorst** (CDU): Wir fragen den Senat:

Welcher Planungs- beziehungsweise Realisierungsstand ist für die Sanierung des Ochtumdeiches zwischen Kattenturmer Heerstraße und Morsumer Straße in Kattenesch zwischenzeitlich erreicht?

Welche Gründe haben dazu geführt, die dringend notwendige Sanierung des Weges auf dem Deich, insbesondere auf den stadteigenen Wegabschnitten, bislang noch nicht vorgenommen zu haben, obwohl die Gefährdung für Nutzer dieses öffentlich zu nutzenden Weges erheblich ist?

Präsident Weber: Zur Beantwortung hat das Wort Frau Senatorin Wischer.

Senatorin Wischer: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Die Arbeiten zur Sanierung des Ochtumdeiches haben seit Beantwortung der Anfrage in der Stadtbürgerschaft in der Sitzung am 23. Februar 1999 folgenden Stand erreicht:

Stadtgrün Bremen hat für die im Bebauungsplan 491 festgesetzte öffentliche Grünanlage für den Deich und das Deichvorland eine Planung erarbeitet. Diese wurde dann mit dem Deichverband links der Weser abgestimmt und im Beirat in einer Ausschusssitzung im Oktober 1999 sowie der öffentlichen Sitzung des Beirats Obervieland am 16. November 1999 zustimmend behandelt. Gleichzeitig war für die Finanzierung der Baumaßnahmen eine Förderung durch die Stiftung „Wohnliche Stadt“ beantragt worden. Die Stiftung hat im März 2000 dazu mitgeteilt, dass sie grundsätzlich zu einer anteiligen Förderung der Ausbaumaßnahmen bereit ist. Allerdings wurde die Beratung des Antrages bis zum Nachweis des Eigentümererwerbs der Stadt zurückgestellt.

Die für den Grunderwerb beauftragte Gesellschaft für Bremer Immobilien hat unterdessen die Grunderwerbsverhandlungen mit den 16 privaten Eigentümern aufgenommen. Ein erster Ortstermin mit einem Teil der Eigentümer am 6. Juli 2000 unter Beteiligung des Ortsamts Obervieland und der zuvor genannten Behörden zeigte, dass ein schwieriger Verhandlungsverlauf zu erwarten ist. Die Ausbaumaßnahmen, auch in Teilen, können erst nach abgeschlossenem Grunderwerb erfolgen.

Der Zustand des zirka 800 Meter langen Deichweges zwischen Kattenturmer Straße und Morsumer Straße ist in dem zirka 600 Meter langen privaten Teilstück unzureichend. Im westlichen Teil und im östlichen Teil bis zur Morsumer Straße, die sich in Betreuung der Stadtgemeinde beziehungsweise des Deichverbandes links der Weser befinden, ist der Zustand verkehrssicher. - Soweit die Antwort des Senats!

Präsident Weber: Möchten Sie eine Zusatzfrage stellen? - Bitte, Herr Herderhorst!

Abg. **Herderhorst** (CDU): Frau Senatorin, mir geht es insbesondere um das Teilstück, das, wie Sie sagen, insgesamt Privatgrundstück ist beziehungsweise sich in privaten Händen befindet. Die Ankaufsversuche laufen, sind allerdings sehr langwierig. Deswegen frage ich Sie: Sehen Sie die Möglichkeit, unabhängig von den Gesamtmaßnahmen, die nach meiner Ansicht relativ gut durchgeplant sind, hier eine Sanierung dieses Stückes, weil dieser Weg ja insgesamt öffentlich genutzt wird und es auch so bleiben wird, auch wenn es sich in Privathand befindet, vorzuziehen? Sie haben ja in Ihrer Antwort gesagt, dass sich dieses Stück in einem denkbar schlechten Zustand befindet. Wer den Weg einmal benutzt hat, der weiß, dass es dort eine erhebliche Gefährdung insbesondere für ältere Leute und Kinder gibt.

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Wischer: So wie mein Sachstand jetzt ist, sehe ich nicht die Möglichkeit, Maßnahmen vorzuziehen, bevor man nicht im Besitz dieser Flächen ist. Aber ich will dem gern noch einmal nachgehen. Ich habe ja eben darauf hingewiesen, dass auch die notwendigen finanziellen Mittel, die dazugehören sollen, im Grunde verschoben sind auf den Erwerb dieser Flächen. Mein Kenntnisstand ist, dass das nicht geht!

Präsident Weber: Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Herderhorst** (CDU): Darf ich Sie dann bitten, Ihre Zusage wahr zu machen und noch einmal zu prüfen, ob es wegen der öffentlichen Nutzung des Gesamtweges nicht doch mit einem relativ geringen Kostenaufwand möglich ist, dieses Teilstück zu sanieren!

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Wischer: Ich will der Frage gern noch einmal nachgehen!

Präsident Weber: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Meine Damen und Herren, bevor ich die nächste Frage aufrufe, begrüße ich auf dem Besucherrang eine Gruppe des Bürgervereins Oslebshausen, eine Gruppe der AWO-Begegnungsstätte Oslebshausen und eine Gruppe des SPD-Ortsvereins Oslebshausen.

Herzlich willkommen!

(Beifall)

Die elfte Anfrage in der Fragestunde verlangt vom Senat Auskunft über den **Fahrradparkplatz in der Heinrich-Heine-Straße**. Die Anfrage ist unterzeichnet von den Abgeordneten Dr. Lutz, Eckhoff und Fraktion der CDU.

Bitte, Herr Kollege!

Abg. **Dr. Lutz** (CDU): Wir fragen den Senat:

Wie und wann wird das Urteil des Oberverwaltungsgerichts der Freien Hansestadt Bremen vom 10. November 1998, das die Stadtgemeinde Bremen zur Entfernung des Fahrradparkplatzes in der Heinrich-Heine-Straße in Bremen verpflichtet, umgesetzt?

Präsident Weber: Zur Beantwortung hat das Wort Frau Senatorin Wischer.

Senatorin Wischer: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Das Urteil des OVG Bremen vom 10. November 1998 wurde am 25. März 1999 umgesetzt. An diesem Tag wurde der in der Heinrich-Heine-Straße vorhandene Fahrradparkplatz abgebaut.

Das Gericht hat seine Entscheidung im Wesentlichen damit begründet, dass die private Veranlassung und Finanzierung der Stellplätze im öffentlichen Straßenraum nicht statthaft ist. In der Entscheidung wird aber auch ausgeführt, dass das Aufstellen von Fahrradständern nicht generell rechtswidrig ist. Allerdings ist das Aufstellen an das Vorliegen von besonderen Voraussetzungen/Verhältnissen vor Ort gebunden, die durch die Behörde ermittelt werden müssen.

Das zuständige Amt für Straßen und Verkehr hat im Jahr 1999 die Verhältnisse in der Straße erneut ermittelt und befunden, dass aus seiner Sicht hier besondere Verhältnisse vorliegen, die die Errichtung eines Fahrradparkplatzes rechtfertigen. Daraufhin wurde der Fahrradparkplatz im August dieses Jahres eingerichtet. Gegen diese Maßnahme haben Anlieger Rechtsmittel eingelegt.

Der Senator für Bau und Umwelt hält die Förderung des Fahrradverkehrs für ein wichtiges Anliegen integrativer Verkehrspolitik. Hierzu gehört neben dem Bau und der Unterhaltung eines flächendeckenden Netzes von Fahrradwegen nicht zuletzt auch die Einrichtung von Fahrradparkplätzen im öffentlichen Raum.

Um künftig mit größerer Rechtssicherheit das Aufstellen weiterer Fahrradständer zu ermöglichen, wird der Senator für Bau und Umwelt bis Ende November verbindliche Richtlinien zur Errichtung von Fahrradparkplätzen im öffentlichen Raum erarbeiten und der zuständigen Deputation für Bau vorlegen. In diesem Zusammenhang wird dann auch durch den Senator für Bau und Umwelt entschieden, inwieweit die in Bremen bislang errichteten Fahrradparkplätze den neuen Richtlinien entsprechen und wo gegebenenfalls Korrekturen vorgenommen werden müssen. - Soweit die Antwort des Senats!

Präsident Weber: Möchten Sie eine Zusatzfrage stellen? - Bitte, Herr Dr. Lutz!

Abg. **Dr. Lutz** (CDU): Ist es richtig, dass die erneute Ermittlung der Verhältnisse vor Ort am 5. März 1999, also vor dem Abbruch des Fahrradständers vor dem Hause Heinrich-Heine-Straße 24 in Bremen, erfolgte? Der Abriss erfolgte am 25. März 1999.

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Wischer: Das kann ich so nicht beantworten. Ich kann Ihnen nur das sagen, was ich eben vorgetragen habe, dass nämlich 1999 die Ermittlungen neu begonnen haben. Ob sich das so, wie Sie sagen, verhält, kann ich Ihnen nicht sagen!

Präsident Weber: Eine weitere Zusatzfrage, Herr Kollege? - Bitte sehr!

Abg. **Dr. Lutz** (CDU): Empfinden Sie es als erträglich, dass ein rechtskräftiges Urteil des Oberverwaltungsgerichts Bremen gegen die Stadtgemeinde Bremen im Wege der Zwangsvollstreckung durchgesetzt werden muss?

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Wischer: Dem Urteil ist, ich verweise auf die Antwort des Senats, gefolgt worden. Die Fahrradstellplätze sind abgeräumt worden, und entsprechend der Interpretation, die ich Ihnen vorgetragen habe, hat das Amt für Straßen und Verkehr entsprechende Möglichkeiten, die das Urteil einräumt, neue Ermittlungen anzustellen. Es hat sich sozusagen dem Urteil insofern auch gebeugt.

Präsident Weber: Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Dr. Lutz** (CDU): Frau Senatorin, sehen Sie eine Möglichkeit, die Mitarbeiter Wunderlich und Ostfeld des Amtes für Straßen und Verkehr anzuweisen,

(Zurufe von der SPD und vom Bündnis 90/Die Grünen: Oh!)

das Urteil des Oberverwaltungsgerichts Bremen umzusetzen?

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Wischer: Ich darf noch einmal darauf verweisen, dass das Urteil umgesetzt worden ist!

Präsident Weber: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Dr. Lutz** (CDU): Gibt es neue Gesichtspunkte, die zur Errichtung des Fahrradständers an derselben Stelle vor dem Hausgrundstück Heinrich-Heine-Straße 24 führten?

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Wischer: Das Amt für Straßen und Verkehr hat mir mitgeteilt, dass seine Ermittlungen

vor dem Hintergrund auch dessen, was das Gericht als Auflage gemacht hat, dieses Ergebnis zeitigen konnte.

Präsident Weber: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Mützelburg** (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Senatorin, halten Sie es für ein korrektes Vorgehen, dass der Abgeordnete Dr. Lutz nachgeordnete Mitarbeiter Ihrer Behörde namentlich hier in diesem Hause nennt?

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Wischer: Herr Abgeordneter, ich habe dazu eine Auffassung, aber mir steht es nicht zu, die Äußerungen von Parlamentariern zu bewerten.

(Abg. Mützelburg [Bündnis 90/Die Grünen]: Ich sage das hier auch, weil das an den Präsidenten gerichtet ist! - Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Weber: Eine weitere Zusatzfrage? - Bitte, Herr Kollege Mützelburg!

Abg. **Mützelburg** (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Senatorin, stimmen Sie mir zu, dass es nicht nur das Recht des einzelnen Bürgers ist, sondern auch das Recht des Senats, Gerichtsurteile juristisch zu bewerten und die Rechtsmittel, die ihm zur Verfügung stehen, und die rechtlichen Interpretationen auszuschöpfen?

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Wischer: Darin stimme ich Ihnen zu!

(Abg. Mützelburg [Bündnis 90/Die Grünen]: Danke!)

Präsident Weber: Eine weitere Zusatzfrage von Herrn Dr. Lutz!

Abg. **Dr. Lutz** (CDU): Wenn auf das Rechtsmittel der Revision verzichtet wird, muss sich dann nicht die Stadtgemeinde Bremen dem rechtskräftigen Urteil unterwerfen?

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Wischer: Ich darf noch einmal darauf hinweisen, dass das Urteil umgesetzt worden ist, indem die Fahrradständer auf der Basis, auf der sie damals errichtet worden sind, und wo das Ge-

richt gesagt hat, das sei nicht zulässig, abgeräumt worden sind.

Präsident Weber: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor. Ich bedanke mich bei Frau Senatorin Wischer.

Bevor ich die nächste Anfrage aufrufe, darf ich auf dem Zuschauerrang Schüler der Pestalozzi-Schule Delmenhorst begrüßen.

Herzlich willkommen!

(Beifall)

Die zwölfte Anfrage trägt die Überschrift „**Englischunterricht in evangelischen Kindertagesstätten**“. Die Anfrage ist unterschrieben von den Abgeordneten Pietrzok, Böhrnsen und Fraktion der SPD.

Bitte, Herr Kollege!

Abg. **Pietrzok** (SPD): Wir fragen den Senat:

Erstens: Wie bewertet der Senat den von den evangelischen Kindertagesstätten und anderen privaten Trägern in Bremen eingeführten Englischunterricht, und beabsichtigt der Senat, eine solche Förderung auch in den städtischen Kindertagesheimen einzuführen?

Zweitens: Wenn ja, welche Bedeutung hat ein solches Angebot für die Förderung ausländischer Kinder ohne altersgemäße Deutschkenntnisse?

Drittens: Hält der Senat ein zusätzliches Entgelt für solche Angebote für angemessen, und wie soll die Chancengleichheit von Kindern gewährleistet werden, deren Eltern zum Beispiel nur den Mindestbeitrag zahlen können?

Präsident Weber: Die Anfrage wird beantwortet durch Frau Senatorin Adolf.

Senatorin Adolf: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu eins: Bei dem Programm „Early English“ handelt es sich um ein Sprachbegegnungsprogramm im Kindergarten und in der Grundschule. Über entwicklungsgerechte Lieder, Reime und Spiele kommt es zu einer frühen Förderung von Kindern im Kennenlernen einer Fremdsprache. Neben Englisch gibt es solche Ansätze in einigen Kindergärten auch für Französisch und Spanisch. Der Senat begrüßt diese Programme und wird deren Weiterentwicklung unterstützen. In den kom-

munalen Kindertagesstätten wird zurzeit ein Konzept zur Sprachentwicklungsförderung von Kindern erarbeitet, und es ist zu erwarten, dass ab dem Frühjahr 2001 „Early English“ auch im Angebot der kommunalen Einrichtungen Raum findet.

Zu zwei: Für schon mehrsprachige Kinder im Kindergarten gilt es abzuwägen, welcher Schwerpunkt in der Sprachentwicklungsförderung Vorrang hat. Je nach Entwicklungsstand eines Kindes muss entschieden werden, ob ausschließlich die Förderung der deutschen Sprache im Mittelpunkt steht oder eine Begegnung mit einer weiteren Fremdsprache darüber hinaus von Nutzen sein kann.

Zu drei: Im jetzigen Entwicklungsstadium dieses Programms wird von den Eltern ein Kostenbeitrag zur Finanzierung der Ausgaben erhoben. Die anbietenden Einrichtungen achten jedoch darauf, dass Kinder, deren Eltern ein geringes Einkommen haben, nicht wegen fehlender Mittel aus dem Programm ausgeschlossen werden, indem sie aus ihrem Sachmittelhaushalt dafür aufkommen oder Spenden verwenden. Ende 2001 soll das Programm ausgewertet werden, insbesondere auch mit der Frage nach der Teilnehmerstruktur. Zu diesem Zeitpunkt kann dann eine differenzierte Antwort gegeben werden. - Soweit die Antwort des Senats!

Präsident Weber: Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Striezel** (CDU): Frau Senatorin, ich gehe davon aus, dass Ihnen genauso wie dem in dieser Legislaturperiode das erste Mal als Abgeordneten tätigen Herrn Pietrzok bekannt ist, dass dieses Haus zwei Anträge zu diesem Thema beschlossen und auf den Weg gebracht hat! Wir freuen uns über jede Einrichtung, die sich dann auch auf diesen Weg begibt und gute Ergebnisse zeigt.

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Adolf: Ich freue mich natürlich genauso darüber. Wir haben auch die Entwicklung dieses Lernprogramms beim DRK sehr unterstützt. Wir werden hoffentlich demnächst dann auch für die städtischen Einrichtungen dieses Programm in Anspruch nehmen.

Präsident Weber: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die dreizehnte und damit letzte Anfrage in der Fragestunde bezieht sich auf die **Innenrevision im Bereich des Senators für Bau und Umwelt**.

Die Anfrage ist unterschrieben von den Abgeordneten Herderhorst, Eckhoff und Fraktion der CDU.

Bitte, Herr Kollege!

Abg. **Herderhorst** (CDU): Wir fragen den Senat:

Wie beurteilt der Senat, dass sich der Senator für Bau und Umwelt nach dem Senatsbeschluss zur Einrichtung von Innenrevisionen in eine längere Diskussionsphase darüber begeben hat, nunmehr aber bereit ist, den Senatsbeschluss mitzutragen, seine Realisierung allerdings erst in weiter Ferne sieht?

Hält der Senat eine rasche Umsetzung seines Beschlusses für unabdingbar, und in welcher Form wird das Bau- und Umweltressort dazu veranlasst, ebenfalls den Beschluss unverzüglich umzusetzen?

Präsident Weber: Die Anfrage wird beantwortet von Frau Senatorin Wischer.

Senatorin Wischer: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Die vom Senat beschlossene Einrichtung von Innenrevisionen in den Ressorts wird von allen Mitgliedern des Senats vollinhaltlich getragen. Dabei ist es selbstverständlich, dass - bevor solche Einrichtungen ihren Betrieb aufnehmen können - organisatorische und personelle Vorbereitungen erfolgen müssen. Es trifft allerdings nicht zu, dass sich das Ressort Bau und Umwelt nach Beschlussfassung im Senat in eine längere Diskussionsphase bezüglich der vom Senat getroffenen Grundausrüstung begeben hätte. Vielmehr ging es konkret um die Umsetzung des Senatsbeschlusses bei knappen personellen und finanziellen Ressourcen. Die Lösungsansätze sind in dem Sachstandsbericht für den Senat verdeutlicht worden. Ausgehend von einer bereits für die senatorische Behörde erfolgten organisatorischen Festlegung, wonach eine Mitarbeiterin für dieses Aufgabenfeld schwerpunktmäßig verantwortlich ist, werden aktuell auf operativer Ebene in kurzfristiger Zielsetzung abschließende Lösungen für den gesamten Ressortbereich erarbeitet.

Der Senat hält eine rasche Umsetzung seines Beschlusses für notwendig. Die in den Ressorts erreichten Arbeitsstände entsprechen dieser Vorgabe. Für eine auf das Bau- und Umweltressort bezogene Einwirkung des Senats besteht aus diesem Grund keine Veranlassung. - Soweit die Antwort des Senats!

Präsident Weber: Haben Sie eine Zusatzfrage, Herr Kollege? - Bitte sehr!

Abg. **Herderhorst** (CDU): Frau Senatorin, halten Sie denn den Zeitraum von Oktober 1998, das war der Zeitpunkt des Senatsbeschlusses, bis heute für verhältnismäßig, um entsprechende Lösungsvorschläge erarbeiten zu lassen?

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Wischer: Man kann sich sicher in vielen Dingen alles rascher vorstellen, aber ich weise auf die Antwort des Senats hin. Es ist sowohl bei zurückgehenden materiellen als auch personellen Ressourcen in allen Ressorts schwierig, diese von uns allen gewollte und dringend erforderliche Aufgabe umzusetzen.

Präsident Weber: Eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Herderhorst** (CDU): Frau Senatorin, wie erklären Sie es, dass Sie eben geantwortet haben, das Ressort hätte sich in keine längere Diskussionsphase begeben? Im Senatsbeschluss vom 29. August stellt das Ressort allerdings fest: „Beim Senator für Bau und Umwelt ergab die Diskussionsphase, die sich an den Senatsbeschluss vom 20. Oktober 1998 anschloss, in fast allen Dienststellen und Betrieben die Erkenntnis, dass die Umsetzung der bisherigen Beschlüsse - ". Wie erklären Sie sich die gegensätzlichen Aussagen?

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Wischer: Herr Abgeordneter, Sie haben offensichtlich eine Fassung, die im Senat nicht beschlossen worden ist.

(Heiterkeit bei der SPD)

Der Senat hat etwas anderes beschlossen. Sie zitieren aus einer vorläufigen Vorlage für den Senat, die in der Senatssitzung korrigiert worden ist.

Präsident Weber: Eine weitere Zusatzfrage, Herr Kollege? - Bitte sehr!

Abg. **Herderhorst** (CDU): Gleichwohl, Frau Senatorin, ist auch in der Erstfassung das Ressort zu der Auffassung gelangt, dass es eine Diskussionsphase durchlaufen hat.

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Wischer: Ich verweise auf die Antwort des Senats, die ich Ihnen heute hier gegeben habe. Es ging nicht darum, darüber zu diskutieren, ob man das will oder nicht, sondern in der Pflicht

und dem Wollen, dies umzusetzen, hat es eine Diskussionsphase gegeben, wie man das bewerkstelligen kann. Dies ist im Übrigen, glaube ich, nicht ungewöhnlich und trifft auf andere Ressorts genauso zu.

Präsident Weber: Eine weitere Zusatzfrage, Herr Kollege? - Bitte sehr!

Abg. **Herderhorst** (CDU): Stimmen Sie mit mir denn darin überein, dass nicht nur das Ressort Bau und Umwelt personelle und möglicherweise auch organisatorische Probleme zu bewältigen hat, sondern dass das relativ auf alle Ressorts zutrifft?

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Wischer: Da stimme ich voll mit Ihnen überein. Wenn Sie sich den Sachstand in den verschiedenen Ressorts anschauen, dann werden Sie feststellen, dass auch dort die Organisation nicht entscheidend anders vonstatten gegangen ist, wie es für das Bau- und Umweltressort gilt.

Präsident Weber: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Meine Damen und Herren, damit ist Tagesordnungspunkt eins erledigt.

Aktuelle Stunde

Für die Aktuelle Stunde liegen zwei Themen vor, und zwar erstens auf Antrag der Abgeordneten Frau Dr. Trüpel, Frau Linnert und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen das Thema „Schlechte Noten für die Wirtschaftsförderung in Bremen“ und zweitens auf Antrag der Abgeordneten Pflugradt, Eckhoff und Fraktion der CDU das Thema „Geplante Fahrpreiserhöhung im öffentlichen Personennahverkehr“. Die Themen werden in der Reihenfolge des Eingangs behandelt.

Gemäß Paragraph 30 a Absatz 7 erhält als erster Redner der Antragsteller das Wort. Die Redezeit pro Thema und Fraktion beträgt für den ersten Redner bis zu zehn Minuten und für einen weiteren Redner bis zu fünf Minuten. Insgesamt darf die Redezeit pro Fraktion auch bei mehreren Themen 15 Minuten nicht überschreiten. Nehmen Mitglieder des Senats oder ihre Vertreter im Amt mehr als 15 Minuten Redezeit in Anspruch, so kann jede Fraktion den über 15 Minuten hinausgehenden Zeitanteil ebenfalls als weitere Redezeit beanspruchen.

Hinsichtlich der Reihenfolge der Redner wird nach der Reihenfolge des Eingangs der Themen verfahren. - Ich stelle Einverständnis fest.

Ich rufe das erste Thema auf:

Schlechte Noten für die Wirtschaftsförderung in Bremen

Dazu als Vertreter des Senats Senator Hattig und Frau Senatorin Wischer.

Meine Damen und Herren, die Beratung ist eröffnet.

Als Erste hat das Wort die Abgeordnete Frau Dr. Trüpel.

Abg. Frau **Dr. Trüpel** (Bündnis 90/Die Grünen)^{*)}: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! „Schlechte Noten für die Wirtschaftsförderung“, so haben wir die Aktuelle Stunde für heute genannt, und so titelte auch die „taz“ Bremen am 4. September. Worum geht es? Hintergrund ist eine Studie, die 25 deutsche Großstädte im Vergleich untersucht. Dabei handelt es sich um eine gemeinsame Studie der Bertelsmannstiftung, der RWE AG und der Zeitung „Impulse“ zusammen mit der Dortmunder Beraterfirma ExpertConsult.

Diese Studie untersucht die Wirtschaftsfreundlichkeit der deutschen Großstädte, und zwar, das möchte ich explizit hinzufügen, nicht nur die Wirtschaftsförderpolitik, sondern die ganze Szenerie der Akteure, die im weitesten Sinne für das Gedeihen in den Städten verantwortlich sind. Das sind, neben der Politik, die Kammern, die Handwerkskammer, die Handelskammer, auch die Banken, in Bremen und anderen Städten auch die Sparkassen und auch die Arbeitsämter. Das ist also eine umfassende Studie, und sie ist auf Kommunikation gerichtet beziehungsweise darauf, was an Kommunikation nicht ausreichend stattfindet.

Untersucht wurden jeweils bei den einzelnen Akteuren die Erreichbarkeit, die schnelle Reaktion, die Fachkompetenz, die Freundlichkeit, ob sie keine passende Lösung anzubieten hatten, und daraus resultierte dann eine Gesamtnote. Von den 25 Städten, die untersucht wurden, belegt Bremen den glorreichen vierundzwanzigsten Platz. Das ist einfach ein ziemlich schlechtes Ergebnis, Bremen liegt also am Ende der Skala. Ich will auch gleich hinzufügen, dass es keine verheerenden Noten sind. Ich schreie hier nicht:

^{*)} Von der Rednerin nicht überprüft.

Skandal, Skandal oder Katastrophe. Bremen liegt mit der Note drei im Mittelfeld, aber es ist ein deutliches Alarmzeichen, was in Bremen im Argen liegt.

(Abg. Eckhoff [CDU]: Das Thema war doch schlechte Noten! Zwei minus ist eine schlechte Note, oder wie?)

Lassen Sie mich kurz die Methode der Umfrage erläutern, damit Sie auch alle wissen, worüber wir hier heute reden! Befragt wurden mittelständische Unternehmen mit einem Jahresumsatz von mindestens 250.000 DM und 250 Beschäftigten. Die größte Gruppe unter diesen Firmen hat zwischen sechs und 100 Beschäftigte, und die Gesprächspartner der Interviewer waren in der Regel die Inhaber oder die Geschäftsführer der Firma.

Die Wirtschaftsförderung in Bremen bekommt die Gesamtnote 3,1. Bielefeld, das den Spitzenplatz einnimmt, zum Vergleich, hat eine Gesamtnote von 1,3. Allerdings möchte ich auch der Redlichkeit wegen hinzufügen, dass Bremen im Bereich personelle Beratung bei Existenzgründungen mit „sehr gut“ abschneidet, an dem Punkt ist das ein erfreuliches Ergebnis. Zum Thema „Schnelle Reaktion bei der Stadtverwaltung“ gab es allerdings nur die Note 2,8.

Was ist jetzt das Problem? Bremen hat offensichtlich bei der mittelständischen Wirtschaft - -.

(Zurufe von der CDU)

Nun seien Sie doch nicht so ungeduldig und so unruhig,

(Abg. Focke [CDU]: Das sind wir bei dem Thema überhaupt nicht!)

ich möchte das doch nur einmal kurz erläutern! Bremen hat bei der mittelständischen Wirtschaft einfach nicht das Image und den Kompetenzzuspruch, den zu haben die große Koalition immer behauptet.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Meine Damen und Herren, die beleidigte Reaktion von Senator Hattig, das Ergebnis würde nicht in das Bild passen, bestätigt das nur. Ich möchte das aus der Studie kurz zitieren: „Josef Hattig, Wirtschaftsminister in Bremen - vorletzter Platz - grantele: ‚Das Ergebnis passt überhaupt nicht in das Bild, das wir vor Ort haben.‘ Die anderen Kommunen reagierten durchweg konstruktiv. Dortmunds Oberbürgermeister Gerhard Langermeyer zum Beispiel: ‚Die Umfrage gibt uns wichtige Hinweise darauf, was wir besser machen können.‘“

Das, meine Damen und Herren, ist der Punkt unserer Kritik. Es geht hier um einen für Bremen ziemlich bedauerlichen Mangel an kommunikativer Kompetenz und an Moderationsfähigkeit.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Das ist das Ergebnis der Studie. Es geht hier nicht darum, dass hier nicht viel Geld ausgegeben wird oder dass hier nicht auch einiges auf einem guten Weg ist. Es geht darum, dass der Wirtschaftsminister nicht so kommunikativ ist, um mit den verschiedenen Akteuren der Stadt und der mittelständischen Wirtschaft so zu reden und eine solche Atmosphäre in der Stadt herzustellen, dass die mittelständischen Unternehmen sich wirklich angesprochen und eingeladen fühlen. Ehrlich gesagt, Herr Hattig mit seinem Ruck-Zuck- und Zack-Zack-Stil und dem Bestreben, einmal schnell hier jetzt irgendwie über die Runden kommen, das ist gerade nicht die Kommunikation, die modern ist! Heutzutage braucht man, gerade auch in der Wirtschaftspolitik, Menschen, die moderieren können, die das entsprechende Ambiente herstellen, die Einladungen aussprechen können, die nicht nur große Männer zitieren und das noch im Stakkatostil.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Das ist eben das Problem. Man hat zum Beispiel festgestellt, dass die Bremer Konzerne kein Problem haben, sie haben traditionell die großen Kommunikationswege zur Politik. Aber die mittelständische Wirtschaft, und diese Gruppe haben Sie sich ja selbst zum Ziel genommen, fühlt sich eben nicht so gut behandelt, wie sie behandelt werden müsste.

Ich möchte auf das Gutachten von Roland Berger hinweisen. Da geht es jetzt in einem Arbeitspapier für die Staatsräte darum, dass für das Wirtschaftsressort festgestellt wird, dass die Neuausrichtung der Wirtschaftsförderung das nächste große Thema sein müsse und eine Optimierung und Fokussierung der Wirtschaftsförderung hohe Relevanz habe.

Hört, hört! Das eigene Gutachten von Roland Berger für acht Millionen DM, teuer bezahlt, kommt also zum gleichen Ergebnis wie die Bertelsmann-RWE-Studie, die allerdings dann öffentlich zurückgewiesen wird. Das ist ein Mangel an politischer Sensibilität, und ich möchte Ihnen noch einmal sagen, dieses Agieren - beleidigt, ignorant, hochmütig Kritik zurückzuweisen, anstatt daraus zu lernen -, das ist allerdings nichts anderes als

die Smiley AG im Rathaus, und Bremen hat etwas Besseres verdient. - Danke schön!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Weber: Das Wort hat der Abgeordnete Focke.

Sehr geehrter Kollege, vielleicht darf ich doch das Wort ganz kurz noch einmal nehmen! Ich darf auf dem Besucherrang eine Schülergruppe des Deutsch-Polnischen Schüleraustausches vom III. Lyzeum Gdansk begrüßen.

(Beifall)

Sie wird begleitet von Frau Milewka und Frau Kardasinska und ist zu Gast bei der Gesamtschule Bremen-West bei Herrn Anders und Herrn Dohmke. - Herzlich willkommen in Bremen!

(Beifall)

Entschuldigen Sie, Herr Kollege Focke! Jetzt haben Sie das Wort.

Abg. **Focke** (CDU)¹⁾: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Frau Dr. Trüpel, ich habe ja schon einiges gehört von Ihnen, aber wie Sie begründet haben, dass wir hier angeblich eine schlechte Wirtschaftsförderung haben, war doch ziemlich schwach. Ihnen ist zu der Befragung nichts eingefallen, und dann sind Sie darauf gekommen, dass Herr Senator Hattig überhaupt nicht kommunikativ ist und immer nur zack, zack sagt, und das war das Einzige, was Sie an wirklich fachlichen Gründen hier vorgetragen haben. Das ist ein bisschen zu wenig, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU - Vizepräsident Ravens übernimmt den Vorsitz.)

Wenn Sie alle einmal so auf Zack-Zack wären wie unser Wirtschaftssenator, meine Damen und Herren, dann wäre es aber ein bisschen besser hier!

(Beifall bei der CDU)

Was die Befragung der Unternehmen in den 25 Städten betrifft, haben Sie festgestellt, dass wir auf Platz 24 von 25 gelandet sind. Man muss aber auch einmal die Gesamtnoten sehen, Frau Dr. Trüpel, und diese Gesamtnoten bewegen sich von Platz eins mit der Note 2,32 bis Platz 25, der mit

2,79 bewertet wurde, und Bremen liegt mit 2,68 dort an vierundzwanzigster Stelle. Das ist eine gute Zwei minus, meine Damen und Herren, und die Differenz beträgt vom ersten zum vierundzwanzigsten Platz 0,36 Punkte, das heißt also, dass die Städte alle sehr dicht beieinander liegen. Da kann man nicht von sehr gut und sehr schlecht sprechen, wenn alle besser als befriedigend beurteilt werden.

(Beifall bei der CDU)

Das ist schon einmal erstens der Fall!

Dann musste Frau Dr. Trüpel ja auch noch zugeben, dass es da noch zwei weitere Befragungen gegeben hat und Bremen zum Beispiel beim Gründertest und auch beim Ansiedlungstest sehr gut abgeschnitten hat. Die Überschrift, die Sie gewählt haben, „Schlechte Benotung in der Wirtschaftsförderung“, ist also hiermit ad absurdum geführt, die Noten sind in Ordnung.

(Beifall bei der CDU)

Sie wollten nur wieder ein bisschen Show machen und von Dingen ablenken, die Ihnen nicht passen,

(Abg. Frau Dr. Trüpel [Bündnis 90/Die Grünen]: Wovon denn?)

weil wir seit einigen Jahren in dieser Stadt feststellen, und das können Sie an den Gewerbegebieten und den Ansiedlungserfolgen sehen, dass hier etwas sich bewegt und etwas läuft.

(Zurufe vom Bündnis 90/Die Grünen)

Am Cinemaxx waren Sie doch beteiligt und an diesem wirklich schönen Übermaxx, wo die Leute in Scharen hinrennen, also Frau Dr. Trüpel, es gibt solche und solche Erfolge! Die Ansiedlungserfolge im Technologiepark, im Airportzentrum, im Gewerbezentrum Hansalinie, im Büropark, die sind gar nicht zu übersehen, das sind Fakten, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der CDU)

Das zeigt, dass die Wirtschaftsförderung in Bremen läuft! Da kann man noch so viel reden, wie man möchte.

(Glocke)

Vizepräsident Ravens: Herr Kollege Focke, sind Sie bereit, eine Zwischenfrage anzunehmen?

Abg. **Focke** (CDU): Ja, von Frau Dr. Trüpel natürlich!

¹⁾ Vom Redner nicht überprüft.

Vizepräsident Ravens: Bitte, Frau Dr. Trüpel!

Abg. Frau **Dr. Trüpel** (Bündnis 90/Die Grünen): Vielen Dank für Ihre besonders großzügige Haltung, Herr Kollege! Herr Kollege, ist Ihnen bekannt, dass die Projekte, die Sie jetzt aufgezählt haben, die so erfreulich laufen - Technologiepark, Airport City -, Projekte sind, die die Grünen mit beschlossen haben, dass aber das Musical, das Rhodarium, der Ocean-Park, der Space-Park, die ja nun alle nicht so besonders gut dastehen, die Projekte waren, die wir kritisiert haben?

Abg. **Focke** (CDU): Frau Dr. Trüpel, ich kann Ihnen da gar nicht in allen Teilen widersprechen. Sie haben natürlich auch teilweise Erfolge mit errungen.

(Abg. Frau Dr. Trüpel [Bündnis 90/Die Grünen]: Danke schön!)

Das bestreitet ja gar keiner. Aber die Airport City wäre natürlich jetzt nicht so voll, wenn sie nicht massiv stark entwickelt worden wäre in den letzten Jahren.

(Beifall bei der CDU)

Was den Space-Park betrifft, der wird gerade angefangen und wird auch im Jahre 2002 fertig werden, trotz Ihrer ewigen Meckerei.

(Beifall bei der CDU)

Wenn Sie sich auch mittlerweile von fast jedem Projekt verabschiedet haben, wir werden in den nächsten zwei, drei Jahren sehen, dass wir diese Projekte voreinander bekommen.

(Abg. Frau Dr. Trüpel [Bündnis 90/Die Grünen]: Das werden wir sehen!)

Dass es natürlich Schwachstellen gibt, auch in der Wirtschaftsförderung, das hat nie jemand bestritten, und darüber sind ja auch Umstrukturierungsmaßnahmen in die Wege geleitet worden, meine Damen und Herren! Tun Sie doch nicht so, als ob wir nichts gemacht hätten in den letzten drei Jahren! Wir haben Umstrukturierungsmaßnahmen gehabt, wir haben sogar hier darüber diskutiert, vor ein paar Monaten, und wir haben auch festgestellt, dass sich schon die ersten Erfolge eingestellt haben.

(Beifall bei der CDU)

Auf diesem Weg werden wir auch weitergehen, weil wir gesehen haben und Sie es durch die Aktivitäten in dieser Stadt alle sehen können, dass das Erfolge mit sich bringt. Von einer schlechten

Wirtschaftsförderung kann überhaupt keine Rede sein und von einer schlechten Benotung, das gibt die Studie ganz deutlich her, schon gar nicht. - Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Ravens: Als Nächste hat das Wort die Abgeordnete Frau Lemke-Schulte.

Abg. Frau **Lemke-Schulte** (SPD)^{*)}: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Irgendwie ist das Ganze nicht so überzeugend.

(Abg. Frau Dr. Trüpel [Bündnis 90/Die Grünen]: Was Herr Focke vorgetragen hat!)

Was von Herrn Focke vorgetragen worden ist, ist richtig. Die Ergebnisse dieser Untersuchung zeigen nämlich in der Tat, dass die 25 befragten Städte alle ganz nah beieinander liegen, und zwar alle in der Schulnote zwischen zwei und drei, also von gut bis befriedigend. Eine Korrektur habe ich noch, Bremen hat zu der erstgenannten Stadt, nämlich Bielefeld, Herr Focke, nicht nur 0,36 Punkte Abstand, sondern 0,47, aber das ist auch nichts, was mich sonderlich vom Stuhl reißt oder sonderlich erschüttert. Ich finde, es rechtfertigt auch nicht den Titel für diese Aktuelle Stunde, „Schlechte Noten für die Wirtschaftsförderung“.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Frau Dr. Trüpel, ich finde, dass man auch geteilter Meinung darüber sein kann, dass der Bielefelder Oberbürgermeister persönlich dafür sorgt, dass ein Baustoffhändler in seiner Stadt von ihm selbst die Baugenehmigung, auf die er gewartet hat, in die Hand gedrückt bekommt. Also, da haben wir eine neue Aufgabe für unseren Präsidenten des Senats oder für den Wirtschaftssenator. Ich habe das hier extra zitiert, damit man auch weiß, was in die Bewertung eingegangen ist, zum Beispiel solche Tatsachen.

Die befragten Unternehmen durften in der Tat immer nur eine glatte Schulnote für jede Institution vergeben, für die jeweils befragten Institutionen, und das Ergebnis war, Frau Dr. Trüpel, dass eben nur diese Schulnote und nicht die weiteren Qualitätsindikatoren in die Berechnung der Endnote eingegangen sind. Das ist ja irgendwie auch bemerkenswert. Ich will das gar nicht kommentieren, aber ich will Ihre Aufmerksamkeit darauf lenken, dass andere Indikatoren, was die Qualität anbe-

^{*)} Von der Rednerin nicht überprüft.

trifft, dann nicht gewertet werden konnten, weil nur glatte Schulnoten vergeben werden konnten.

Nun ist schon darauf hingewiesen worden, dass der Ansiedlungstest äußerst gut für Bremen ausgegangen ist. Besonders spannend fand ich Folgendes, weil das auch durch die Nachrichten gegangen ist: Es ging da um eine Anfrage einer Beraterfirma aus den USA mit einer Investition von vier Millionen DM und mit der Schaffung von bis zu 20 Arbeitsplätzen, und da haben fünf Städte überhaupt keine Antwort gegeben, sie haben überhaupt nicht reagiert. Bremen hat vorbildlich reagiert. Es landete nämlich auf Platz fünf mit einer hervorragenden Benotung. Ich finde, das ist auch der Erwähnung wert.

Dann zu dem Gründertest, auch das ist hier in dieser Aktuellen Stunde der Erwähnung wert! Was erlebt ein Existenzgründer, der sich an das Rathaus wendet und um eine Gründerberatung bittet? Es ist auch Stadtverwaltung befragt worden und so weiter, das sind Kommunalpolitiker, also Stadträte. Dann darf ich zitieren: „In Bonn und Bremen traf er auf hervorragend informierte Berater.“

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

So diese Studie selbst, und das ist auch ein sehr gutes Ergebnis, nämlich Platz fünf! Ich greife diese beiden Dinge heraus, weil sie der Erwähnung wert sind. Dennoch ist in der Gesamtbenotung, da beißt die Maus keinen Faden ab, aber ich habe auf die Qualität hingewiesen, die Stadt Bremen auf dem vorletzten Platz gelandet.

Nun wäre es nicht so, dass nicht noch immer etwas verbesserungswürdig ist, finde ich.

Zur Kommunikation von Politikern oder Kolleginnen und Kollegen möchte ich mich nicht äußern, jeder hat so seinen Stil. Ich finde, man muss selbst wissen, was man davon hält, ob man das als Argument für schlechte Noten für die Wirtschaftsförderung anführt. Aber man kann immer noch etwas verbessern, das kann man sicher auch in diesem Fall tun. Nur, man darf es nicht so überbewerten. Es wäre unangemessen, aus dieser Studie und dieser Untersuchung die Erkenntnis zu ziehen, dass Bremen bei 25 untersuchten Städten wirklich an vorletzter Stelle steht und dafür schlechte Noten bekommt. Das ist in der Tat nicht der Fall, sondern die Note ist mehr als befriedigend und in manchen Bereichen mehr als gut, nämlich sehr gut.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Vizepräsident Ravens: Als Nächster erhält das Wort Senator Hattig.

Senator Hattig: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wie immer mich sorgfältig vorbereitend, wenn die Grünen Fragen stellen, hatte ich mich diesmal gefragt, welchen Honig man denn aus einer solchen Studie wird saugen können. Nun weiß ich es, der Wirtschaftssenator ist zur mittelständischen Wirtschaft inkompetent. Erlauben Sie mir, zwei Fragen zu stellen! Die erste: Soll ich das als Aufforderung, nachdenklich zu werden, bezeichnen,

(Abg. Frau Dr. Trüpel [Bündnis 90/Die Grünen]: Kann nicht schaden!)

oder soll ich vielleicht auf den Gedanken kommen, wenn ausgerechnet die Grünen, als wirtschaftsfreundlich bekannt, einem Mann, der aus der Wirtschaft kommt, wirtschaftsfeindliche Kommunikation oder nicht hinreichende Kompetenz vorwerfen, ob das nicht möglicherweise ein verdecktes Lob ist? Die Frage lasse ich einmal offen. Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU - Abg. Frau Linnert [Bündnis 90/Die Grünen]: Unverschämtheit!)

Was den „Zack-Zack“ angeht, tun Sie mir ja einen großen Gefallen. Ich darf endlich einmal gewissermaßen ex cathedra darauf antworten. Ich antworte mit einem physikalischen Lehrsatz: Arbeit ist Leistung in Zeit. Wissen Sie, meine knapp bemessene Freizeit ist mir so viel wert, dass ich engagiert darum kämpfe und möglicherweise dabei ein Tempo habe, das den einen oder anderen irritiert. Damit wollen wir aber die persönliche Betrachtung beenden.

Sie, Frau Trüpel, und auch die anderen, Frau Lemke und Herr Focke, haben ja bereits die Methode eingehend dargelegt. Ich sage noch einmal, diese Methode war der Versuch, ein Meinungsbild zu erfragen. Es hat sich nicht an Fakten orientiert, sondern eben an Stimmungen. Das liegt in der Natur einer solchen Befragung. Der Test sollte Signalwirkung entwickeln und das Lernen am erfolgreichen Beispiel unterstützen. Auch deswegen hat man ja nicht nur die Wirtschaftsförderung, so wie sie organisiert ist, befragt, sondern auch die Stadtverwaltung, den Stadtrat, die Arbeitsämter, die Industrie- und Handelskammern, in Bremen Handelskammer, und die Handwerkskammer. Wenn man insgesamt im Durchschnitt 0,47 Punkte auseinander liegt, dann kann man der Eigenklärung der Impulse nur folgen, wenn sie sagt, solch ein dichtes Beieinandersein eignet sich nicht, daraus eine Rangfolge zu machen.

Sie haben die Ergebnisse für Bremen genannt, wir liegen an vorletzter Stelle, übrigens ganz nah bei München, der Stadt mit Herz. Wir haben beim Gründertest den fünften Platz, wir haben beim Ansiedlungstest den fünften Platz, und die Gründungsexperten werden mit der Note eins belegt. Auch das kann man, glaube ich, gelassen zur Kenntnis nehmen, wenngleich ich Ihnen zustimme, ich hätte auch lieber oben gestanden, dann hätte ich natürlich im Gegensatz zu Ihnen so getan, als sei das ein ausschließliches Lob für den Wirtschaftssenator. Wunderbar!

Aber so ist es nun einmal, man muss sich auch bei solchen Untersuchungen jetzt wieder bemühen, es ganz sachlich zu sehen. Man muss im Umgang mit solchen Untersuchungen auch ein bisschen Marktforschungserfahrung haben. Wer Stimmungen abfragt, läuft natürlich Gefahr, dass Stimmungen immer kritischer wiedergegeben werden und Stimmungen immer kritischer beurteilt werden, als die Lage tatsächlich ist.

Wenn ich Ihre Aufmerksamkeit einmal auf generelle Marktforschungsergebnisse lenken darf, dann gibt es ja immer diesen nahezu klassischen Unterschied, dass die persönliche Einschätzung wesentlich höher veranschlagt wird als die Einschätzung im Ganzen. Das mag auch etwas damit zu tun haben, dass Kritik zu üben als intelligenter gilt, als auch einmal ja zu sagen. Dass Stimmungen in Bremen als besonders freundlich abzufragen sind, das wissen wir ja. Wir sind der Nabel der Fröhlichkeit, all das muss ich hier nicht wiederholen.

Wenn Sie mir erlauben, die Handelskammer und die Landeszentralbank zu bemühen, damit ich nicht mein eigenes Wissen reproduzieren muss, diese sagen von Bremen, die Konjunktur befinde sich in einer guten Verfassung, sie sei besser als im Bundesgebiet, die Stimmung dazu sei auch besser als im Bundesgebiet. Die Untersuchungen zeigen, dass Bremen im Ganzen sich in einer freundlichen Entwicklung befindet. Die Umschlagsentwicklung im Hafen signalisiert das, die Übernachtungsquoten signalisieren das, kurzum, es ist in Bremen insgesamt eine Stimmung festzustellen, die, wenn man sie konkret abfragt, ein durchaus freundliches Bild zeigt.

(Beifall bei der CDU)

Nun aber wieder zurück zum Ausgangspunkt! Jede Kritik ist ja auch die Chance, wenn man sich darum bemüht, die eigene Kritikfähigkeit zu verbessern. Vor dem Hintergrund sage ich, wir werden weiter engagiert für Bremen arbeiten. Wenn Sie so wollen, haben wir hier eine Wirtschaftsförderung, und nun enge ich es ein auf den orga-

nisatorischen Bereich, wir haben eine Wirtschaftsförderung aus einer Hand mit Herz und Verstand. Wir werden das so fortführen. - Vielen herzlichen Dank!

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Ravens: Als Nächste erhält das Wort die Abgeordnete Frau Dr. Trüpel.

Abg. Frau **Dr. Trüpel** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Präsident, meine Damen und Herren! So wie die große Koalition jetzt versucht hat, sich aus der Affäre zu ziehen,

(Abg. Focke [CDU]: Ist doch gar nichts! Ist doch unerhört!)

kommt es mir so vor, wie wenn ein Kind mit seinem Zeugnis aus der Schule kommt und sagt: Im Durchschnitt zwar nur eine drei, aber in Religion und Sport eins.

(Abg. Eckhoff [CDU]: Bei Ihnen hätte es gar keine Zeugnisse gegeben, wenn ich Sie richtig verstanden habe! - Abg. Frau Linnert [Bündnis 90/Die Grünen]: Bei Wirtschaftsförderung doch!)

Man kann sich natürlich diese beiden Sachen, die gut gelaufen sind, herausklauben, aber darum geht es doch gar nicht. Ich möchte auch gar nicht - -.

(Unruhe - Glocke)

Vizepräsident Ravens: Ein bisschen mehr Ruhe!

Abg. Frau **Dr. Trüpel** (Bündnis 90/Die Grünen): Der Unterhaltungswert der Aktuellen Stunde ist doch nicht schlecht, ist doch auch etwas!

Ich möchte noch einmal kurz darauf hinaus, mir geht es nicht darum, wenn wir hier, wie die Studie auch erwiesen hat, den Kommunikationsmangel beklagen, dass Herr Hattig wie der Bürgermeister Omas küsst und alle in Bremen umarmt. Das ist nicht der Punkt, sondern es geht darum, dass man, und das hat Herr Senator Hattig zum Schluss ja schon angedeutet, bereit und sensibel ist, auf Kritik einzugehen, um daraus dann zu lernen und Sachen besser zu machen.

Dazu möchte ich noch einmal Ihre eigene Vorlage vom 5. September 2000 von Roland Berger in Erinnerung rufen, wo zur aktuellen Ressortstrategie steht: Fokussierung der Wirtschaftsförderung und Strukturförderung, Stärken stärken, effizienterer Mitteleinsatz. Wie wahr! Außerdem steht da für das Gesamtressort: Optimierung der Behörde und der Gesellschaften. Hört, hört! Also, wenn wir uns

darauf einigen können, dass es hier noch vieles zu tun gibt

(Abg. Focke [CDU]: Das ist doch nicht von Ihnen gekommen, das machen wir doch!)

und es besser werden muss, dann sind wir ausnahmsweise einmal einer Meinung.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsident Ravens: Meine Damen und Herren, ich gehe davon aus, dass wir das erste Thema der Aktuellen Stunde abgehandelt haben.

Wir kommen zum zweiten Thema:

Geplante Fahrpreiserhöhung im öffentlichen Personennahverkehr

Das Wort erhält der Abgeordnete Pflugradt.

Abg. **Pflugradt** (CDU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Meine Fraktion hat als zweites Thema der heutigen Aktuellen Stunde die geplante Fahrpreiserhöhung im ÖPNV gewählt.

(Abg. Frau Linnert [Bündnis 90/Die Grünen]: Tapfer!)

Wir haben zur Kenntnis zu nehmen, dass die Gesellschafterversammlung des VBN am 29. August dieses Jahres beschlossen hat, im Tarifgebiet ab 1. Januar 2001 eine Tarifierhöhung um 3,43 Prozent vorzunehmen. In dieser Vorlage, die der Gesellschafterversammlung vorgelegen hat, gibt es eine einzige inhaltliche Begründung, weswegen man die Tarife erhöhen will, da heißt es: „Insbesondere hat die in diesem Jahr eingetretene Verteuerung der Kraftstoffkosten die Diskussion geprägt.“

Meine Damen und Herren, wir stellen also fest, dass die Erhöhung der Kraftstoffkosten eine Folge der Erhöhung des Ölpreises durch die Scheichs und durch die Ökosteuer ist -

(Abg. Frau Jansen [SPD]: Was?)

ja, die Scheichs haben doch ein Stück weit die Preise erhöht, sagen Sie doch immer -, dass die Erhöhung der OPEC, und da sind ja doch einige Scheichs dabei, dazu geführt hat, dass die Fahrpreise erhöht werden müssen. Wobei ich hinzufüge, dass, als 1999 die Preiserhöhungen durch die OPEC noch gar nicht bekannt waren, schon damals der Senat für die Fragestunde angekündigt hat, dass die Verkehrsunternehmen zu entscheiden haben, so heißt es in dieser Aus-

führung des Senats, ob sie darauf mit Fahrpreiserhöhung reagieren werden. Dies war im Hinblick auf die Einführung der Ökosteuer damals schon angekündigt worden.

Die Ökosteuer führt mit zu Fahrpreiserhöhungen, die wir jetzt ab 1. Januar 2001 hier haben werden. Wenn ich nur das kleine Unternehmen BSAG nehme, dann ist es so, dass es im Jahr 1999 durch die Ökosteuer mit insgesamt 895.000 DM belastet wurde. Eine Entlastung fand bei den Rentenversicherungsbeiträgen von 449.000 DM statt, so dass sich die Gesamtbelastung nur für das Jahr 1999 auf 346.000 DM belief, wobei man wissen muss, dass die Ökosteuer ja erst im Laufe des Jahres eingeführt worden ist. Insgesamt haben die Berechnungen der BSAG ergeben, dass die Ökosteuer das Unternehmen bis zum Jahr 2004 mit rund zehn Millionen DM belastet.

Man muss wissen, dass wir gleichzeitig verabredet haben mit diesem Unternehmen, dass bis zum Jahr 2004 32 Millionen DM eingespart werden müssen. Das heißt, zusätzlich zu diesen 32 Millionen DM müssen die entsprechenden zusätzlichen Belastungen, die jetzt entstehen, aufgefangen werden. Sie können nur zum Teil durch die Tarifierhöhung aufgefangen werden. Zum Teil kommt es zu Einsparungen, und die Folge wird auch sein, dass man weniger Mitarbeiter als Folge der Ökosteuer haben wird.

Meine Damen und Herren, ich sage noch einmal ausdrücklich, die Ökosteuer führt mit zu den zusätzlichen Belastungen, die wir alle gemeinsam bei den Straßenbahngebühren, bei den Heizkosten, bei den Stromkosten erleben. Davon betroffen sind Rentner, Sozialhilfeempfänger, Studenten, Beamte, Pensionäre, Pendler.

Meine Damen und Herren, wir alle müssen diese Folgen ertragen. Die eine Folge ist, dass die Scheichs die Preise erhöht haben. Ich verkürze das einmal. Die andere Folge ist, dass die Ökosteuer die Preise erhöht. Nur sagen die einen, nämlich diejenigen, die die Ökosteuer vertreten, die Preissteigerung haben die Scheichs zu vertreten. Ich sage, die Scheichs und der Scheich Schröder und der Scheich Trittin unterscheiden sich in keiner Weise, denn sie kassieren beide ab und in gleicher Weise,

(Beifall bei der CDU)

und die Schulden auf den einen Scheich zu schieben, ist für meine Begriffe ein bisschen billig. Es werden gerade kleine Leute durch diese Ökosteuererhöhung betroffen, und wenn es zu solchen Preissteigerungen kommt, dann sollte wenigstens die Ökosteuer ab sofort abgeschafft werden. Wir

fordern das jedenfalls, und das ab sofort! - Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Ravens: Das Wort erhält der Abgeordnete Mützelburg.

Abg. **Mützelburg** (Bündnis 90/Die Grünen)¹⁾: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Genau zu Beginn der Kampagne der CDU gegen die Ökosteuer kommt hier ein Antrag, der sich mit einem Beschluss vom 29. Juni 2000 beschäftigt.

Lieber Herr Kollege Pflugradt, es ist doch wohl offenkundig, worauf Sie hinauswollen: Ihnen geht es hier nicht um die Fahrpreiserhöhung bei der Bremer Straßenbahn, sondern es geht darum, einen Beitrag zu Ihrer Kampagne zu leisten. Da ist Ihnen jedes Mittel recht.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Die Fahrpreiserhöhung der Bremer Straßenbahn, da können Sie sich auf den Kopf stellen und alle Papiere herausziehen, die Sie ja selbst in der Tasche haben, Herr Kollege Pflugradt, beruht auf einem Mechanismus, den Sie wie ich als Aufsichtsratsmitglied der Bremer Straßenbahn kennen, nämlich dem des Verkehrsverbundes Bremen/Niedersachsen, den vertraglichen und satzungsgemäßen Regelungen, die festlegen, dass die Mitglieder immer dann einen Antrag auf Tarifierhöhungen stellen können, wenn es die Erhöhung des allgemeinen Lebenshaltungsindex rechtfertigt. Im allgemeinen Lebenshaltungsindex gehen die Steuerbelastungen durch die Ökosteuer ein, aber genauso viele andere Preissteigerungen, die gar nichts mit der Ökosteuer zu tun haben, sondern mit vielen anderen wirtschaftlichen Gegebenheiten. Das ist der eine Punkt.

Sie selbst, Herr Kollege Pflugradt, schlafen ja sonst auch nicht. Sie haben mit mir zusammen am 25. Mai 2000 im Aufsichtsrat der Straßenbahn gesessen, ebenso Frau Lemke-Schulte. Dort haben wir die mittelfristige Finanzplanung verabschiedet. Da hat uns der Vorstand gesagt, dass die Tarifierhöhung zum 1. Januar nächsten Jahres eingerechnet ist. Von der Ökosteuer war nicht die Rede, sondern wir waren uns im Verband alle einig, dass wir insgesamt mehr Geld brauchen; natürlich auch, weil die Mineralölsteuer steigt, natürlich, weil die Personalkostentarife gestiegen sind, natürlich, weil auch andere Kosten der

einzelnen Unternehmen gestiegen sind, und zwar wie überall! So ist das abgelaufen, Herr Kollege Pflugradt!

Das hatte erstens nicht generell etwas mit der Ökosteuer zu tun, sondern damit, dass die Verkehrsunternehmen, und so haben wir das alle nach den Pleiten der Sozialdemokratie in den achtziger Jahren festgelegt, wo alle vier oder fünf Jahre die Tarife in einem riesigen Sprung angehoben wurden, das schrittweise und jährlich oder alle zwei Jahre machen, und zwar angelehnt an die Lebenshaltungskosten, weil auch der Verkehr, der ÖPNV, die Preiswirklichkeit widerspiegeln muss.

Zweitens: Es ist kein Verbrechen aus grüner Sicht, dass die Ökosteuer auch von den Verkehrsunternehmen mitbezahlt wird. Die Bundesregierung hat sie für Bahn, Busse und Straßenbahn halbiert. Das ist völlig in Ordnung! Der ÖPNV ist gut und ist sicherlich ökologischer als der Individualverkehr, aber auch der ÖPNV muss sich Mühe geben, Energie zu sparen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Loks, Straßenbahnen und Autobusse sind nicht ökologisch, weil darin viele Menschen fahren, sondern sie sind dann ökologisch, wenn sie mit weniger Energie auskommen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Das soll die Ökosteuer beim Individualverkehr und beim ÖPNV bewirken.

Herr Kollege Pflugradt, mit Entlassungen bei der Straßenbahn oder mit weniger Beschäftigten hat das nun gar nichts zu tun, denn das Sparkonzept, das hat Ihre Regierung beschlossen, das hat der Senat beschlossen.

(Zuruf des Abg. Pflugradt [CDU])

32 Millionen weniger Zuschuss in den nächsten Jahren! Herr Kollege Pflugradt, die Ökosteuer, das haben Sie selbst vorgerechnet, macht knapp 400.000 DM aus. Deshalb wird kein Personal eingespart, sondern deshalb muss die Straßenbahn im Betrieb Energie einsparen und künftig energiesparendere Fahrzeuge einsetzen. Das ist das Ziel der Sache, und ich hoffe, dass die Straßenbahn das wie andere Verkehrsbetriebe auch tun wird!

Dankenswerterweise ist in dieser Ökosteuer-Debatte ja ein Punkt endlich wieder öffentlich geworden, dass es nämlich Alternativen zum Verbrauch der fossilen Energie durch Kraftfahrzeuge,

¹⁾ Vom Redner nicht überprüft.

aber auch durch Heizungsanlagen und in anderen Bereichen gibt, die die Bundesregierung fördert, zum Beispiel durch ein Programm für erneuerbare Energien, und die anderswo und auch in den Unternehmen beschleunigt angewandt werden müssen. Wir müssen hier nur über die Brennstoffzelle und die Wasserstoffenergie reden. Das alles wird jetzt auch in der öffentlichen Debatte, Sie konnten es die letzten Tage im Fernsehen sehen, endlich wieder diskutiert. Wenn das ein Ergebnis der Politik der OPEC ist, ich glaube, dann sind wir auf dem richtigen Energieweg und nicht auf dem falschen. Der richtige Energieweg wird künftig auch dazu führen, dass der öffentliche Personennahverkehr zum Beispiel mit neuen Bussen sehr viel günstiger und energiesparender fahren kann.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Kollege Pflugradt, ich habe es eingangs gesagt, Ihnen geht es um Ihre Ökosteuerdebatte und -kampagne. Es geht Ihnen darum, der Bundesregierung und einer sinnvollen Politik der Bundesregierung hier wieder nach dem bewährten Muster eines auszuwischen. Wir kennen das schon von der Unterschriftenkampagne in der Vergangenheit. Ich verstehe ja, dass Sie sich irgendein Thema suchen müssen, wenn Sie im politischen Tief sind.

(Abg. Eckhoff [CDU]: Gut, dass die Grünen so glänzen!)

Herr Kollege Eckhoff, Sie müssen schon einmal genau sehen, was Sie tun. Wer heute über Benzinpreiserhöhungen klagt und darüber, dass die Bundesregierung natürlich auch einen Steueranteil davon bekommt, und dann sagt „die Scheichs Schröder, die Scheichs Trittin“, der muss auch über den Buddha Kohl reden,

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

der die Benzinpreise in den letzten acht Jahren seiner Amtszeit um 50 Pfennig erhöht hat. Die Gelder sind in der Tat damals in die Taschen des Herrn Waigel gewandert!

Wer heute sagt, weg mit der Ökosteuer oder herunter mit den Steuern, weil die OPEC die Preise erhöht, der soll sich noch einmal deutlich klar machen, was das eigentlich für den Staat bedeutet. Sie sind eine konservative Partei, die eigentlich sonst sehr stark darauf setzt, dass die Autorität des Staates nicht untergraben wird.

Erstens: Wenn wir - wir heißt nicht nur die Bundesregierung, sondern auch die Opposition, ge-

rade Sie! - die Steuerpolitik des Staates von den Preiskalkulationen anderer Länder oder von Ölmultis abhängig machen, dann müssten wir, wenn die Preise wieder sinken, gleich die Steuern steigen lassen. Dagegen wären Sie aber ganz strikt, da bin ich ganz sicher.

Zweitens hieße das aber, dass dieser Staat jede Rationalität in seinem Handeln aufgibt und sich erpressbar machen lässt von anderen Nationen, von Ölmultis und anderen. Kommen Sie jetzt bitte nicht mit Frankreich, kommen Sie bitte nicht mit Großbritannien! Ich will nicht über die Regierungen in diesen Ländern richten. Ich bedauere, dass die Europäische Union in solch einer Frage nicht einheitlich vorgehen kann. Das ist ein politischer Fehler! Das weist auf Schwächen der EU hin, sagt aber nichts über die richtige Politik aus. Ich sagte, ich begrüße ausdrücklich die Haltung der Bundesregierung, des Bundeskanzlers Schröder, des Finanzministers Eichel und der gesamten Koalition, die sagt, wir lassen uns in dieser Frage nicht erpressen. Wir machen eine Politik der Energiewende, die auf andere Energieträger setzt, und die Ökosteuer ist ein Bestandteil dieser Politik.

Ihre Kampagne mag populär sein, weil die Leute sich natürlich getroffen fühlen beim Autofahren, aber sie ist unredlich, und sie verkennt, Herr Kollege Pflugradt und Herr Kollege Eckhoff, die ökologischen Notwendigkeiten, die dieses Land, wie ganz Europa, für die Zukunft ganz dringend wieder in Augenschein nehmen muss. Ich freue mich darüber, dass diese Debatte im Augenblick nicht nur populistisch geführt wird, wie von Ihnen, sondern in den Medien darüber, wie die energetische Zukunft in diesem Land aussehen soll. Wenn Sie mit Ihrer Kampagne dazu beitragen, dass das endlich wieder in das Bewusstsein der Menschen rückt, dann haben Sie sogar etwas geschafft.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Vizepräsident Ravens: Das Wort erhält der Abgeordnete Dr. Schuster.

Abg. **Dr. Schuster** (SPD): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich finde es wirklich von der CDU bewundernswert: Kaum sagt der Bundesvorstand, wir machen eine Kampagne gegen die Ökosteuer, steht die CDU Bremstramm und bringt das Thema ins Parlament. Allerdings würde ich es das nächste Mal besser machen und das Thema mit dem ordentlichen Ti-

tel versehen, dann weiß auch jeder sofort, worum es geht.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Dann muss man nicht rätseln, was die CDU denn heute wieder durch das Dorf treibt.

Da das so ist, würde ich an Ihrer Stelle auch protestieren und sagen: Wir meinten ja nur die Preiserhöhungen der BSAG. Wäre dies wirklich so, würde ich einmal versuchen, Ihren ökonomischen Sachverstand, den Sie doch in der CDU reichlich haben, in einer Fraktionssitzung zur Sprache zu bringen. Ich kann mir nicht vorstellen, dass ein Unternehmen ernsthaft eine 3,3-prozentige Preissteigerung mit einem höheren Kostenaufwand durch die Ökosteuer von ungefähr 350.000 DM, der bei dem Gesamtaufwand der BSAG ungefähr 0,1 Prozent ausmacht, rechtfertigen will. Es ist doch sehr unwahrscheinlich, dass es bei diesem Auseinanderklaffen der Steigerungsraten wirklich einen kausalen Zusammenhang gibt. Also würde ich dem Schluss, den Herr Mützelburg gezogen hat, dass es wohl doch wahrscheinlich nur um die Ökosteuer geht, eher zustimmen.

Man sollte auch versuchen, nicht in völligen Populismus zu verfallen. Zu dem Problem mit der Ökosteuer beziehungsweise mit der Benzinpreiserhöhung hat Herr Mützelburg sehr vieles gesagt. Man muss sich vor Augen führen, dass der Preis für Diesel in diesem Jahr um zirka 22 Pfennig gestiegen ist, davon sind sechs Pfennig in der Tat der Ökosteuer und 16 Pfennig anderen Faktoren anzulasten.

Die Busunternehmen, die sowieso eine Ausnahmeregelung bei der Ökosteuer haben, werden nur mit drei Pfennig Ökosteuer belastet. Auch da muss man die Dimensionen wirklich im Griff haben, wenn man gegen etwas polemisieren will, um das dann später zu rechtfertigen.

Genauso ist es, wenn man Zahlen über mehrere Jahre addiert. Dann kommt man kumuliert auf zehn Millionen DM Belastungen, ohne zu sagen, wie viele Entlastungen durch die Senkung der Sozialversicherungsbeiträge entstehen, die sich nämlich auch kumulieren.

(Abg. Pflugradt [CDU]: Das habe ich doch angesprochen!)

Aber Sie haben nicht die Summe genannt! Das ist ja die interessante Frage. Wenn man allein von den vorliegenden Zahlen ausgeht, wird man auf eine Entlastung von zirka sechs bis sieben Millionen DM kommen.

Wir können ja einmal die Sachverhalte ansprechen, die Sie die ganze Zeit versucht haben, über Kleine Anfragen nachzuweisen, nämlich dass die öffentliche Verwaltung und der Staat, das Sanierungsland Bremen, durch die Ökosteuer äußerst geschädigt werden. Da haben Sie ja abgefragt, wie groß die Belastung sei. Es kommt in der Tat heraus, dass im Jahr 2003 sechs Millionen DM Mehrbelastungen aufgrund der Ökosteuer für den bremischen Haushalt entstehen.

Was Sie allerdings nie nachgefragt haben, zumindest nicht in Ihren Anfragen, ist, dass gleichzeitig eine Entlastung bei den Lohnnebenkosten von über zehn Millionen DM herauskommt. Unter dem Strich bringt die Ökosteuer dem Staatshaushalt Bremen in der jetzigen Konzeption vier Millionen DM im Jahr 2003. So etwas verschweigen Sie! Schade eigentlich! Das würde zu einer seriösen Diskussion dazugehören.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen - Abg. Frau Jansen [SPD]: Wir können auch rechnen!)

Vor allen Dingen, das ist ja vom Senat entsprechend ausgerechnet.

(Zuruf von Bürgermeister Perschau)

Davor müssen wir erst einmal einiges Kumuliertes herausnehmen, und dann schauen wir einmal, wie im Jahr 2004 die Regelungen genau weitergehen!

(Abg. Kastendiek [CDU]: Hauptsache, es passt am Ende!)

Nein, das nicht, aber wir sollten immer beide Zahlen seriös vergleichen und nicht nur die Belastungen nennen, sondern auch die Höhe der Entlastung!

Ich will jetzt abschließend noch einen Punkt zur Ökosteuer sagen, weil ich sie für wichtig halte. Ich halte dieses Grundkonzept, das verwirklicht wird, für goldrichtig, weil es dazu führt, ökologische Anforderungen auch im Preissystem sichtbar zu machen und dadurch ökonomische Anreize zu bieten, zu einem ökologischen Umsteuern zu kommen. Das ist genau das Konzept, das auch die CDU unter Schäuble Mitte der neunziger Jahre befürwortet hat. Es ist ja gar nicht so, dass das etwas völlig Weltfremdes wäre und die CDU da aus allen Wolken fällt!

(Abg. Frau Jansen [SPD]: Aber die vergessen immer alles!)

Manchmal ist die Vergesslichkeit von Politikern offensichtlich wirklich zu groß!

Das Gute an dem Konzept ist, und deswegen bin ich auch sehr dafür, dass es eine kontinuierliche Steigerung der Steuerbelastung gibt. Die Steigerung ist so maßvoll, aber gleichzeitig über die Dauer der Jahre effektiv, dass sie ein Umsteuern ermöglicht, und zwar in Zeiträumen, die auch die Wirtschaft beziehungsweise die Privaten verkraften können. Der wesentliche Punkt ist ja: Man kann nicht umsteuern, indem man Einzelne überlastet, sondern indem man einen Prozess einleitet, der auch für alle durchstehbar ist, um das Ergebnis am Ende zu haben, das wir alle wünschen, dass nämlich die CO₂-Emission endlich reduziert wird.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsident Ravens: Das Wort erhält Frau Senatorin Wischer.

Senatorin Wischer^{*)}: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich habe aus der vorangegangenen Debatte gelernt, dass es nicht um die Gebührenerhöhung im Zweckverband geht, sondern es geht heute um die Ökosteuer.

Ich bin der Überzeugung, dass wir innerhalb der Koalition nicht auf einen Nenner in der Frage Ökosteuer kommen werden, auch wenn wir sie wiederholt debattieren. Ich darf Ihnen meine Position noch einmal deutlich machen, um nicht all die Argumente, die schon genannt worden sind, wieder aufzunehmen. Ich verweise auf den Sinn und Zweck der Ökosteuer. Durch die Ökosteuer sollten die Kosten für Energie erhöht werden, um auf der anderen Seite die Lohnnebenkosten verringern zu können. Das war das Grundprinzip der Ökosteuer. Auf der einen Seite sollten mit der Ökosteuer, und da bin ich eigentlich immer optimistisch bei Ihnen gewesen, neue Technologien, neue Entwicklungen, neue Möglichkeiten angestoßen werden. Es ist von Herrn Mützelburg schon der Wasserstoff oder die Brennstoffzelle angesprochen worden, also neue Impulse setzen, um unabhängig vom Öl zu werden.

Die andere Seite war, Energie einzusparen, auch an dieser Stelle sozusagen Effekte nicht nur für die Ökologie, sondern auch für ein Unabhängigwerden nach dem großen Ölpreisschock vor vielen Jahren. Es war doch ein guter Ansatz zu sagen, wir müssen unabhängiger vom Öl werden.

Es war also eine gute Entscheidung zu sagen, wir müssen über die Ökosteuer auf der einen Seite

das pushen, was aus meiner Sicht noch nicht genügend getan worden ist. Wir müssen also auf die Entwicklung neuer Technologien setzen und auf neue wissenschaftliche Erkenntnisse, wie man Alternativen zu den herkömmlichen Brennstoffen entwickeln kann. Auf der anderen Seite müssen wir eben tatsächlich die Lohnnebenkosten senken. Das ist die Philosophie, und ich denke, sie ist überzeugend und richtig!

Insofern ist die augenblickliche Situation und die emotionale Diskussion zwar nachvollziehbar bei denjenigen, die sich im Augenblick über die Preiserhöhung, die sie über die OPEC-Länder erfahren, beschweren, aber ich teile die Auffassung, dass es verkehrt wäre, jetzt bezogen auf den Steuersatz davon abzuweichen. Wie wollten wir denn vorgehen, wenn wir unzuverlässig wären in der Grundausrichtung dieser Steuer und sie, je nachdem, wie die ölproduzierenden Länder die Preise setzen, herauf oder hinunter? Das wäre kein vernünftiges System. Ich denke, insofern ist das, wie die Bundesregierung hier reagiert hat, auch richtig.

Sie haben die Preise in anderen Ländern angesprochen. Ich teile die Auffassung, dass es eine der vordringlichsten Aufgaben sein wird, die Subventionstatbestände in der EU so zu regeln, dass es zu einem gleichen Wettbewerb kommt. Hier ist noch ein immenser Aufholbedarf in der EU vorhanden.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Aber konkret zur Frage der Treibstoffpreise! Wenn ich es jetzt aus deutscher Sicht sehe, müssen wir schlicht feststellen, dass wir, bezogen auf die Treibstoffpreise, die in Frankreich, Großbritannien oder in den anderen Ländern gefordert werden, in der Bundesrepublik eigentlich im hinteren Drittel liegen, so dass an dieser Stelle auch der blanke Vergleich, was passiert in anderen Ländern, dann letztendlich hinkt.

Bezogen auf die Diskussion, die auch von Ihrer Bundestagsfraktion neu angestrebt wird, kann ich nur sagen, dass es richtig und wichtig ist, dass wir wieder in das Bewusstsein bringen, was der Ursprung der Ökosteuer ist und war. Ich denke, am Ende werden die Menschen begreifen, dass es notwendig ist, Energie zu sparen, wenn wir nicht in vielen anderen Feldern auf andere Weise zulegen müssen.

Die Diskussion um Inhalte, denke ich, kann durch eine solch zugespitzte Kampagne nur angeregt werden, wie Sie sie sich auf Bundesebene vorgenommen haben. Für Bremen darf ich, um noch

^{*)} Von der Rednerin nicht überprüft.

einmal auf den Tenor Ihrer Aktuellen Stunde zu kommen, feststellen, Sie haben es ja angesprochen, dass die Fahrpreis- und Tarifierhöhungen, denen jetzt vom VBN und vom Zweckverband zugestimmt worden ist, im Übrigen einstimmig von allen Beteiligten, eben nur zu einem Bruchteil auf die Ökosteuer zurückzuführen sind. Hier greift der ganz normale Mechanismus, der vertraglich vereinbart ist. Jeweils zum Juli des Jahres werden die Lebenshaltungskosten, der Index, zugrunde gelegt, und anhand dieses Indexes müssen die Unternehmen entscheiden, ob sie sozusagen auch vor dem Hintergrund der Kundenverträglichkeit ihre Preise erhöhen wollen oder nicht. Das ist die Regel.

Vor dem Hintergrund, dass es vielleicht die Kunden abschrecken könnte, hat man im letzten Jahr entschieden, 2000 keine Preiserhöhung durchzuführen, sondern sie auf das Jahr 2001 zu verschieben. Sie haben darauf verwiesen, dass wir im Übrigen auch in der Antwort auf Ihre Anfrage darauf hingewiesen haben, dass die Kostenbelastung, soweit sie nicht in den Unternehmen aufzufangen ist, dann über die Fahrpreise weitergegeben werden muss. Aber bei dieser konkreten Erhöhung, das ist wiederholt hier gesagt worden, glaube ich, gibt es keinen Anhaltspunkt, um die Ökosteuer verteufeln zu können.

Es ist richtig, dass wir auch in diesen Unternehmen, Herr Mützelburg hat es gesagt, natürlich auf neue Technologien, auch auf Einsparungen setzen müssen. Es geht aber nicht nur um Technologien, sondern wie im allgemeinen Bereich auch um Schulung, wie kann ich bestimmte Dinge fahren, um mit dem Treibstoff sparsamer umzugehen. Auch da gibt es hinlänglich Empfehlungen und Möglichkeiten, wie man sozusagen beim Fahren des Fahrzeuges selbst durch bestimmte Fahrpraktiken Treibstoff einsparen kann.

Alles in allem, Sie werden es mir nachsehen, dass ich als Sozialdemokratin, aber nicht nur, weil ich Sozialdemokratin bin, sondern auch aus Überzeugung die Ökosteuer für einen richtigen Weg halte und dass ich hoffe, dass wir auf diesem Weg, sowohl in der Frage, was Energieeinsparung anbelangt und alternative Technologien, als auch auf der Seite, dass Arbeit preiswerter gemacht wird und damit auch Arbeitsplätze geschaffen werden, auch in der Zukunft erfolgreich sein werden.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsident Ravens: Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Pflugradt.

Abg. **Pflugradt** (CDU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Mützelburg, wenn ich Ihre Ausführungen nehme, was Sie hier so berichtet haben, dann habe ich den Eindruck, als spielte die Ökosteuer bei dem kleinen Unternehmen BSAG gar keine Rolle. Ich habe nicht behauptet, dass die Ökosteuer zu 100 Prozent eine Rolle spielt bei der Preiserhöhung, das hat hier keiner gesagt, aber klar ist auch, dass die Ökosteuer, das hat der Senat früher ausgeführt, das ist auch im Aufsichtsrat gesagt worden, das steht auch in der Vorlage des VBN vom 29. August dieses Jahres, dass die Kraftstoffkosten und damit die Ökosteuer bei der Preiserhöhung eine Rolle spielen. Der Rentner, der kein Auto hat, der mit der Bahn fahren muss, der eine Ölheizung hat und der höhere Stromkosten zu verzeichnen hat, fragt nicht danach, der merkt das schon ganz genau, wie die Kosten gestiegen sind, wie rapide sie gestiegen sind. Die Summe der Dinge macht es, und deswegen spielt jedes Detail eine Rolle.

Sie sprechen von einer Kampagne. Ich habe überhaupt kein Problem damit. Die Leute warten sozusagen darauf. Die Speditionsunternehmer und die Fahrer, die davon betroffen sind, die fürchten, dass sie ihre Arbeitsplätze verlieren werden, erwarten, dass sich Leute um sie kümmern und ihre Interessen wahrnehmen.

(Beifall bei der CDU)

Sie tun das ja nicht! Sie gehen kaltschnäuzig darüber hinweg, dass sie ganz konkrete Sorgen haben, der Rentner, der seine Nebenkostenerhöhung aufgrund der gestiegenen Heizölpreise bezahlen muss, der richtig herumknapsen muss, der jetzt plötzlich mehr Geld für die Fahrkarte oder der höhere Benzinpreise bezahlen muss. Gehen Sie doch einmal hinaus und hören zu, was die Leute reden, wie sie diskutieren! Wir bekommen das jedenfalls mit, und ich finde, es ist richtig, es ist unsere Aufgabe, die Interessen dieser Leute wahrzunehmen, denn Sie tun das nicht!

(Beifall bei der CDU)

Das Nächste ist: Sie verschaukeln doch die Leute! Sie reden von einer Ökosteuer, die aus ökologischen Gründen eingeführt worden ist. Das ist doch keine Ökosteuer, das ist eine Rentensteuer!

(Beifall bei der CDU)

Von den 34 Milliarden DM, die im Jahr 2000 über die Ökosteuer und Mehrwertsteuer in Folge eingenommen werden, geht ein Teil in die Ren-

tenkasse und der andere Teil in den Haushalt, aber nicht in ökologische Projekte.

(Beifall bei der CDU)

Sie verkaufen die Leute doch für dumm. Es ist doch falsch, was Sie sagen. Erzählen Sie doch nicht, dass es eine ökologische Steuerreform ist!

(Abg. Frau Dr. Trüpel [Bündnis 90/Die Grünen]: Weil Sie nur kurzfristige Interessen verfolgen und keine langfristigen Interessen!)

Ich frage Sie noch einmal: Wenn Sie von fünf DM für Benzin reden, die Grünen haben es ja im Juni 1999 auf dem Parteitag beschlossen, wir sind ja bald nicht mehr so weit davon entfernt,

(Zurufe von der SPD)

warum sollen die Scheichs, Trittin und Schröder, wenn sie diesen Weg beschreiten und die Preise in diese Richtung treiben, warum sollen sich die Scheichs in Kuwait zurückhalten? Dafür sehe ich keinen Grund.

(Beifall bei der CDU)

Ich weiß, dass es ein Stück weit polemisch ist,

(Lachen bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

aber, meine Damen und Herren, ich finde, man muss es auch auf den Punkt bringen - damit die Leute draußen auch verstehen, worum es geht -,

(Beifall bei der CDU)

dass Sie durch Herumrederei, durch Philibustern erklären, ach, das war alles ein bisschen anders, Herr Mützelburg hat das ja gemacht, das hat ja gar nicht so sehr mit der Ökosteuer zu tun.

Meine Damen und Herren, damit verschaukeln Sie die Leute, und wir machen da nicht mit. Deswegen fordern wir Sie noch einmal auf, schaffen Sie die Ökosteuer ab! Setzen Sie sich mit uns gemeinsam im Bundesrat dafür ein, dass das passiert! - Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Ravens: Als Nächste hat das Wort die Abgeordnete Frau Lemke-Schulte.

Abg. Frau **Lemke-Schulte** (SPD)^{*)}: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich habe mich gemeldet, weil Herr Pflugradt die kleinen Leute plötzlich für sich und für die CDU entdeckt hat. Das finde ich ganz toll und erstrebenswert, es ist aber ein völliges Novum. Das hat natürlich etwas damit zu tun, und Sie geben es selbst zu, dass das ein Stück weit polemisch ist, das wollen Sie doch nicht bestreiten: Herr Neumann hat Ihnen in das Stammbuch geschrieben, meine Damen und Herren, ihr müsst wieder Inhalte besetzen, ihr müsst konzeptionell denken, und ihr müsst euch auf bestimmte Themen konzentrieren. In den vergangenen Tagen stand in der Zeitung, der Landesvorsitzende der CDU hat gesagt, reißt euch ein bisschen zusammen!

(Abg. Pflugradt [CDU]: Aber die Aktuelle Stunde haben wir schon letzte Woche eingereicht!)

Die Bundes-CDU hat gesagt, wir fangen hier mit dieser Kampagne an. Sie beherrschte wirklich die Medien am Wochenende. Viele von uns haben das sicher gesehen und zur Kenntnis genommen, und heute soll es nun so einen tollen Aufkleber geben, statt Ökosteuer KO-Steuer. Das ist die Kampagne, die die Bundes-CDU mit Aufklebern anfangen will und was weiß ich, Socken - nein, das war etwas anderes -, aber mit all diesen Dingen.

Sie verbrämen das Thema, und das finde ich völlig ungerechtfertigt, Herr Pflugradt, das muss ich Ihnen sagen, mit den geplanten Preiserhöhungen im gesamten VBN-Gebiet. Herr Mützelburg hat Ihnen genügend dazu gesagt. Ich finde, Herr Mützelburg hat Ihnen auch genügend dazu gesagt, wie man mit solchen Dingen umgeht. Sie als Anwalt der kleinen Leute, das finde ich wirklich beachtlich, Sie nehmen sich der Sorgen aller an, der Lkw-Fahrer und so weiter. Passen Sie auf, wozu Sie möglicherweise aufrufen, dass Sie das ja im Griff behalten,

(Abg. Herderhorst [CDU]: Hatten wir schon einmal! Der Erfolg hat uns Recht gegeben!)

dass daraus nicht etwas entsteht, das Sie nachher möglicherweise bedauern müssten! Ich dürfte Sie eigentlich in dieser Hinsicht nicht beraten, sondern müsste sagen, nur zu, nur zu, aber das könnte auf Sie gefährlich zurückschlagen. Ihren Zwischenruf habe ich nicht verstanden, Herr Herderhorst!

^{*)} Von der Rednerin nicht überprüft.

Nun noch einmal zu dem Thema selbst, warum das gemacht wird! Es ist doch wirklich überhaupt nicht von der Hand zu weisen oder etwas, das negativ zu beurteilen wäre! Vielleicht haben Sie zur Kenntnis genommen, es spielt ja kaum eine Rolle in der politischen Auseinandersetzung und der Debatte, auch nicht in der öffentlichen Wahrnehmung, dass der Umfang des Ozonloches um das Dreifache zugenommen hat.

(Zuruf des Abg. Borttscheller [CDU])

Es ist komisch, dass Sie das witzig finden, aber ich meine, ich will das nicht werten, das muss jeder für sich selbst werten, denn es hat etwas mit den nachfolgenden Generationen zu tun, und welches Überleben wir ihnen sichern, Herr Borttscheller. Das Ozonloch hat um das Dreifache zugenommen, das ist bedauerlich genug. Es geht einmal darum, dass der Energieverbrauch gesenkt und schonend mit wertvollen Ressourcen umgegangen wird. Können Sie das unterschreiben oder nicht? Ich kann das sofort unterschreiben. Ich finde das völlig richtig. Dazu soll die Öko-steuer anreizen.

Das zweite Ziel ist die Senkung der Lohnnebenkosten. Das ist ein ganz wichtiges Ziel. Die Rentenversicherungsbeiträge sind gesenkt worden, und dadurch ist eine Reduzierung der Lohnnebenkosten vorgenommen worden. War das immer Ihr Thema, das Sie gefordert haben? Es ist immer von Ihnen gesagt worden, die Lohnnebenkosten, die Arbeitskosten sind in dieser Republik zu hoch, und das macht uns Probleme, was auch stimmt. Das ist das zweite Ziel dabei. Wenn Sie das Ökologische schon für unwichtig halten, müssen Sie dieses Thema doch zumindest für wichtig halten, was die Senkung der Lohnnebenkosten angeht, was etwas mit Arbeitsplatzschaffung und so weiter zu tun hat. Deshalb ist diese Öko-steuer doch eingeführt worden.

Zu dem Fünf-DM-Antrag! Herr Pflugradt, Sie müssen selbst zugeben, wenn Sie rechnen können, davon sind wir Gott sei Dank noch weit entfernt.

(Abg. Pflugradt [CDU]: Wenn Sie die Geschwindigkeit einhalten, nicht mehr!)

Da sind wir noch lange nicht, und wir sollten gemeinsam dafür sorgen - -. Die OPEC hat sich am Wochenende dafür entschieden, mehr Barrel zu fördern. Die haben reagiert! Was sagen Sie denn dazu?

(Abg. Eckhoff [CDU]: Sagen Sie doch, warum Sie da Gott sei Dank sagen! Sie begründen es doch die ganze Zeit, dass es notwendig ist, das zu er-

höhen! Gerade sagen Sie, Gott sei Dank sind wir noch weit entfernt! Das macht doch inhaltlich keinen Sinn!)

Fünf DM, das kann man doch so nicht stehen lassen! Natürlich macht das inhaltlich Sinn!

(Abg. Eckhoff [CDU]: Sie haben doch gerade anders argumentiert!)

Jetzt lassen Sie mich ausreden, ich habe wenig Redezeit, Herr Eckhoff, Sie können sich dann auch noch einmal melden, denn dieser Dialog muss ja irgendwie fruchtbar sein, wenn man ihn führen will! Sie sollten sich dazu melden!

(Abg. Pflugradt [CDU]: Aber man kann auch auf Zwischenrufe eingehen als Redner!)

Kann man auch, aber jetzt will ich das zu Ende führen, weil ich doch nur eine ganz begrenzte Redezeit habe. Die ist jetzt, glaube ich, zu Ende, und die muss ich einhalten.

(Abg. Borttscheller [CDU]: Auch begrenzte Ressourcen!)

Ich will Ihnen wenigstens noch einmal sagen, ich weiß, Sie möchten es nicht hören, aber erstens, die OPEC hat reagiert, sie wird auch weiter reagieren. Zweitens haben die EU-Finanzminister, da ist sich die EU eben doch einig gewesen, am Wochenende entsprechend entschieden, aber nicht so, wie Sie wollen, sondern so, wie es die Bundesregierung will. Sie sollten sich auch mit den Argumenten in Ihrer Debatte und in Ihrer Kampagne auseinandersetzen.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsident Ravens: Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Aktuelle Stunde ist geschlossen.

Was kosten Kindertagesheime?

Große Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
vom 11. April 2000
(Drucksache 15/126 S)

Dazu

Mitteilung des Senats vom 30. Mai 2000

(Drucksache 15/149 S)

Dazu als Vertreter des Senats Frau Senatorin Adolf.

Gemäß Paragraph 29 unserer Geschäftsordnung hat der Senat die Möglichkeit, die Antwort auf die Große Anfrage in der Bürgerschaft mündlich zu wiederholen.

Ich frage Sie, ob Sie das möchten, Frau Senatorin. - Das ist nicht der Fall.

Auf die Antwort des Senats auf Große Anfragen folgt eine Aussprache, wenn dies Mitglieder der Bürgerschaft in Fraktionsstärke verlangen. - Dies ist der Fall.

Dann ist die Aussprache eröffnet.

Das Wort hat die Abgeordnete Frau Stahmann.

Abg. Frau **Stahmann** (Bündnis 90/Die Grünen)¹⁾: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Meine Anfrage habe ich ganz bewußt so betitelt, um auch die Aufmerksamkeit der Financer mit einzufangen.

(Abg. Frau Striezel [CDU]: Das ist Ihnen ja auch gelungen!)

Schade eigentlich, es wäre ja so schön gewesen, Frau Striezel, aber sie kommen alle wieder!

Eine kurze Vorgeschichte, warum ich diese Große Anfrage geschrieben habe! Vor rund einem Jahr hat Frau Senatorin Adolf als eine der ersten Amtshandlungen das so genannte Wibera-Gutachten, ein Organisations- und Wirtschaftlichkeitsgutachten über die Leistung der Kindertagesheime und der Kinderbetreuung, insgesamt der Öffentlichkeit vorgestellt. Der Senat hat damals in erster Linie zwei Empfehlungen der Gutachter befolgt und am Personalschlüssel gedreht, einmal durch die Öffnungstage, da wurde etwas verändert, und es wurde die Reinigungsleistung erhöht, aber eigentlich hat es der Senat nur geschafft, personalwirtschaftlich an der Kostenschraube zu drehen.

Das hat Standardabsenkungen nach sich gezogen, weil die Arbeitszeiten verdichtet worden sind. Es stehen weniger Kräfte bei der Betreuung in den Kindertagesheimen zur Verfügung, es gibt weniger Ruhezeiten, es bleibt weniger Zeit für das einzelne Kind, so berichten vor Ort die Mitarbeiterinnen der Einrichtungen. Ausgeblieben ist, eigentlich eine der wenigen Sachen, die an diesem Gutachten interessant sind, die Veränderung der Bewirtschaftung, hin zu mehr wirtschaftlicher Autonomie, mehr Verantwortung vor Ort in den Einrichtungen.

Wir Grünen sprechen uns nach wie vor gegen die erfolgten Standardabsenkungen aus und fordern endlich grundlegende Organisationsverbesserungen. KTH-Leitungen brauchen heute mehr betriebswirtschaftliches Know-how, das heißt, sie müssen auch geschult werden. Das haben die Gutachter damals vorgeschlagen, aber viel passiert ist da nicht.

Es ist richtig und wichtig, dass sie selbst mit eigenen Budgets wirtschaften, zum Beispiel, dass sie Girokonten auf Guthabenbasis haben. Das ist auch in Kindergärten noch immer nicht der Fall. Es könnte ja der Kinderzahl angemessen ein Betrag von 2000 bis 5000 DM festgelegt werden, damit dann auch ein bisschen flexibler vor Ort geschaut werden kann und die Bürokratie etwas absinkt. Controlling und Standards würden ja in der Behörde bleiben, also würden Frau Senatorin Adolf und der Deputation die hoheitlichen Aufgaben erhalten bleiben.

Von all dem scheinen wir aber in der Praxis noch weit entfernt zu sein, auch wenn die Kosten-Leistungs-Rechnung, Herr Perschau betont es ja immer wieder, permanent und unentwegt auf uns zu kommt und als Zaubermittel gilt. Ich bin davon überzeugt, dass gerade Energieeinsparungen, die Möglichkeiten zur Selbstbewirtschaftung und mehr Handlungskompetenz vor Ort erheblich Geld sparen würden. Das Geld könnte wieder direkt in die pädagogische Arbeit einfließen, und die Qualität würde nicht durch das Drehen an der Personalschraube herabgesetzt.

Die Möglichkeiten zur Senkung des Energie- und Ressourcenverbrauchs durch technische und bauliche Maßnahmen und durch Veränderungen im Verbrauchsverhalten müssen endlich umgesetzt werden. Die Gutachter haben gesagt, dass allein durch die Änderung des Verbrauchsverhaltens 200.000 DM pro Einrichtung gespart werden können. Das ist doch auch Geld! Aber nein, man hat da einen anderen Weg gewählt!

Die Wibera-Gutachter verlangten auch verstärkt Maßnahmen zur Verringerung des Energie- und Wasserverbrauchs, einfach Wasserspartasten auf die Toiletten. Warum setzt man da nicht einmal Investitionen ein? Es gibt ja auch moderne Maßnahmen, ich gehe darauf gleich noch einmal ein, Stichwort Contracting. Da würden sich die Kindergärten geradezu als Modellversuch anbieten.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Zum Beispiel macht die Beleuchtung in den Kindergärten in der Regel in Bayern - diese Zahl habe ich aus Bayern, die habe ich aus der Senatsantwort nicht herauslesen können - 20 bis 40 Pro-

¹⁾ Von der Rednerin nicht überprüft.

zent des Stromverbrauchs aus. Deshalb kann es sich durchaus lohnen, hier mit Energiesparmaßnahmen noch aktiver zu werden.

Hinter dem Begriff Contracting verbirgt sich, dass ein Dienstleister kommt, der zum Beispiel sparsamere Leuchtmittel finanziert. Die Summe, die eingespart worden ist, streicht dieser Dienstleister über einen vereinbarten Zeitraum ein. Ich finde, das ist doch ein tolles Modell, und das sollte der Senat schon längst einmal angegangen sein.

Die Antwort des Senats auf meine Fragen zeigt auch, dass es noch einiges zu tun gibt. Mir fehlt ganz grundsätzlich die Überprüfung eines Ist-Zustandes. Darin steht nicht, wir haben diesen und jenen Investitionsbedarf. Darin steht nur lapidar, das muss umfangreich recherchiert werden. Für mich ist das ein Zeichen, dass in dem ganzen Bereich überhaupt keine Transparenz vorhanden ist.

Es gibt auch keine Aufstellungen über notwendige Investitionsbedarfe. Es wird lediglich gesagt, dass 1,15 Millionen DM für die Jahre 2000 und 2001 vorgesehen sind, aber es wird nicht erwähnt, wofür. Ich kann mir das vielleicht mühsam zusammenklauben, aber ich denke, auch andere Abgeordnete hier im Parlament haben das Recht zu sehen, wie diese Zahlen sich zusammensetzen.

Es fehlt für mich auch die Erstellung eines Umsetzungsplans. Wann gedenkt der Senat, bis zu einem bestimmten Zeitpunkt etwas umgesetzt zu haben? Mittlerweile erprobt der Senat in fünf Kindergärten ein Modell. Dort wird verstärkte Eigenbewirtschaftung gemacht. Hier gibt es Ansätze, aber ich frage mich, das sollte eigentlich schon längst weiter angegangen sein, wann das endlich auch in allen anderen Kindertagesheimen angewendet wird.

Bisher ist das System der Bewirtschaftung, finde ich, sehr intransparent. Wie auch bei den Freizeitheimen treffen wir hier auf das Bremen Facility Management und das Baumanagement Bremen. Was haben diese beiden Unternehmen mit den Kindergärten zu tun? Ganz einfach, wenn in einem Kindergarten etwas kaputt geht, dann muss die KTH-Leitung bei Bremen Facility Management anrufen und einen Handwerker bestellen, dann kommt der Handwerker, und der Handwerker muss wieder in der Behörde anrufen. Das ist sehr kompliziert und verschleißt Arbeitszeiten. Oft werden die Sachen in viel zu langer Zeit erledigt.

Ich finde, das sind bisher zu lange Entscheidungswege. Die Arbeit vor Ort wird nicht unterstützt, sie wird eher beeinträchtigt. Die Verantwortlichkeiten sind unklar. Zum Beispiel kommt der Gärtner zur

Hauptverkehrszeit, also wenn alle Kinder im Kindergarten sind. So kann man nicht vernünftig mit den Kindern arbeiten, wenn gerade draußen der Rasen gemäht wird und man eigentlich mit den Kindern draußen spielen wollte.

(Abg. Kleen [SPD]: Rasen mähen spielen!)

Dass in solchen Strukturen der Wurm sitzen kann, hat uns ja das Beispiel Uni-Mensa gezeigt. Das letzte Wort ist in dieser Sache sicherlich noch nicht gesprochen, das wäre wahrscheinlich noch einmal eine eigene Debatte. Der Senat weist zu Recht darauf hin, dass er nicht in Doppelstrukturen investieren will, aber ich denke, das muss man noch einmal an anderer Stelle debattieren.

Grundsätzlich ist das Baumanagement Bremen gehalten, stets die betriebswirtschaftlich rentabelste Variante der Energieversorgung vorzuschlagen. Im Jahr 2000 sollte das Baumanagement Bremen, denke ich, von uns die Vorgabe bekommen, dass es uns auch die ökologischste Variante vorschlägt, zumindest in den Kostenauswirkungen, weil das immer noch nicht passiert. Das finde ich eigentlich sehr bedauerlich, denn so haben wir im Bauausschuss der Sozialdeputation neulich bei einer Neuinvestition eine Ölheizung vorgesehen, weil sie günstiger war, obwohl eine andere Heizung ökologisch auf längere Sicht Sinn gemacht hätte.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ich finde, auch solche Sachen müssen in Entscheidungen einfließen, die wir hier treffen.

Ein zeitgemäßer Kindergarten! Dazu wollte ich noch einmal ein paar Worte sagen. Was macht denn ein zeitgemäßer Kindergarten 2000? Was heißt das für mich? Ich habe da drei Punkte gefunden: Er wird umweltfreundlich betrieben, er bietet den Kindern eine gesunde Umgebung, und er leistet einen Beitrag zur Umwelterziehung. Ich glaube, das können Sie alle so mit unterschreiben, deswegen finde ich, dass Sie auch diesen Weg, den ich hier vorgeschlagen habe, über kurz oder lang in Ihre politischen Entscheidungen aufnehmen sollten.

Es gibt also Grund genug, darüber nachzudenken, welche Erlebnisse wir den Kindern in den Tageseinrichtungen ermöglichen. Wenn Kläuschen sieht, dass man das Klo mit Regenwasser spült, dann merkt er sich das und nimmt das mit in den Alltag, wird seinen Eltern davon berichten. Wenn die Kinder sehen, dass auf dem Dach Solarzellen

sind, dann verdirbt das bestimmt nicht den Charakter.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Hier wären Investitionen fällig, Investitionen in Einrichtungen, aber Investitionen, von denen die Kinder dieser Stadt auch profitieren können. Ich sage nur einmal, das sind, nur die Kinder zwischen drei und sechs Jahren in städtischen Kindertagesheimen, über 6000 Kinder. Bleibt man bei dem Gedankengang dieser Gutachter, so sind sie auch Kunden. Denen muss eine gute und, ich denke, eigentlich eine optimale Leistung geboten werden.

Ein Jahr nach der Veröffentlichung des Gutachtens hätte mehr passieren müssen. Ich denke, ein halbes Lemke-Tempo hätte ich ganz positiv gefunden. Die Antwort sagt zwar, die Zielgerade ist im Dezember erreicht, aber dafür hüllt sie sich bei vielen Fragen in den Mantel des Schweigens. Das Dramatische ist geradezu, dass dieses Gutachten nur das gesagt hat, was alle wussten, aber sowieso nicht umgesetzt wird, und das ist eigentlich ziemlich peinlich!

(Abg. Frau Striezel [CDU]: Abwarten!)

Das Gutachten war nicht billig, vielleicht war es eines der billigsten und preiswertesten Gutachten, die der Senat bisher in Auftrag gegeben hat.

(Zuruf der Abg. Frau Striezel [CDU])

Nein, der Jugendhilfeausschuss stand dem Ganzen aus gutem Grund ziemlich skeptisch gegenüber. Das mit den Energieeinsparungen, den Girokonten und der verstärkten Eigenbewirtschaftung, Frau Striezel, das hätte ich auch ohne Gutachten heute schon politisch umgesetzt. Im zweiten Jahr nach dem Wibera-Gutachten ist das ziemlich wenig, weil die Gutachter geschrieben haben: sofort umsetzen! Aber nur beim Personalschlüssel waren Sie sofort dabei, nämlich beim Personal und der Reinigungsleistung.

(Glocke)

Ich komme zum Schluss, ich kann mich ja gleich noch einmal dazu melden. Ich denke, qualitativ hat der Senat die kommunalen Einrichtungen nicht verbessert, eher verschlimmbessert, denn Kindertagesheimen sind Lernorte, sind Erlebnisorte, und das nicht nur für Unternehmensberater, sondern auch für Kinder. Contractingmodelle zur umweltfreundlichen Unterhaltung der Einrichtungen sind wichtiger denn je, ebenso wirtschaftliche Autonomie, Girokonten, Kostentransparenz. Es fehlen immer noch An-

reizstrukturen. Das finde ich sehr bedauerlich, auch wenn Sie sagen, dass das bald kommt. Das haben wir schon zu lange gehört! - Danke schön!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsident Ravens: Das Wort erhält die Abgeordnete Frau Striezel.

Abg. Frau **Striezel** (CDU)¹⁾: Herr Präsident, meine Damen, meine Herren! Heute debattieren wir die Große Anfrage der Grünen „Was kosten Kindertagesheime?“. Vor der Sommerpause haben wir die Große Anfrage „Was kosten Jugendfreizeitheime?“ debattiert. Diese beiden Anfragen sind nahezu identisch, und ich denke, allen ist inzwischen klar geworden, dass sie so, wie sie gestellt worden sind, leider nicht die Ergebnisse produziert haben und auch nicht produzieren konnten, die sicherlich notwendigerweise erarbeitet werden müssen, um zu neuen Überlegungen und zu neuen Ergebnissen zu kommen.

Das ist aber gar nichts Neues. Ich erinnere mich, dass ich vor vielen Jahren hier im Haus wie auch in der Deputation und im Jugendhilfeausschuss eine Kostentransparenz gefordert habe, damit wir überhaupt erst einmal wissen, was die städtischen Kindertagesheime eigentlich kosten, und zwar inklusive Regiekosten und nicht nur Stromkosten oder andere einzelne Kosten.

Die Anfrage greift also in meinen Augen zu kurz. Sie ist identisch mit der auch wenig nutzbringenden Anfrage zu den Jugendfreizeitheimen.

(Abg. Frau Stahmann [Bündnis 90/Die Grünen]: Zeitgleich gestellt!)

Zeitgleich gestellt, ja, ja! Wir haben es aber entzerrt, damit das nicht so auffällt, das ist ja auch gut. Man muss ja hier im Parlament auch ein bisschen Regie führen.

Der Hauptkostenblock bei der Kinderbetreuung sind die Personalkosten, die spielen hier bei Ihrer Anfrage überhaupt keine Rolle. Girokonten jedenfalls, Frau Kollegin Stahmann, lösen hier dieses Problem genauso wenig wie in Jugendfreizeitheimen.

Außerdem entsteht der Eindruck, dass es in Bremen nur städtische Kindertagesheime gibt. Das ist aber bekanntlich nicht der Fall. Auch in den Antworten kommen die freien Träger nicht vor. Man könnte sich die Frage stellen, warum. Ich habe

¹⁾ Von der Rednerin nicht überprüft.

das eben schon angedeutet. Bei den freien Trägern weiß man eben viel mehr über die Kosten, weil sie Verhandlungspartner sind, weil es für sie Pflegesätze gibt oder Vereinbarungen mit ihnen getroffen werden. Bei den städtischen Kindertagesheimen finanziert sich das alles aus dem Haushalt, egal, die Haushaltsstellen geben das schon her.

Damit wird eindeutig nur eine Seite der Medaille beleuchtet. Das beklage ich genauso wie Sie, Frau Stahmann, nur schon viel länger. Deswegen haben wir dieses Gutachten in Auftrag gegeben. Wir haben das als CDU gewollt, ich sage das ganz deutlich, weil sonst weder mit Ihnen noch mit dem Koalitionspartner irgendeine Veränderung in diesem Bereich hätte auf den Weg gebracht werden können. Das will ich deutlich sagen!

(Abg. Frau Stahmann [Bündnis 90/Die Grünen]: Das stimmt nicht!)

Doch, doch! Sie haben immer alles blockiert, immer gesagt, das geht alles nicht. Das ist eine Herabsetzung des pädagogischen Standards. So kommen wir keinen Schritt weiter.

(Zuruf des Abg. Pietrzok [SPD])

Doch, ganz genau das glaube ich, Herr Pietrzok! Wir werden das sicherlich bei Ihrer Rede auch gleich hören.

Deswegen brauchten wir ein Gutachten, und das Gutachten hat uns ziemlich deutlich den Spiegel vorgehalten, und jetzt werden wir umsetzen. In der Tat, Sie haben Recht, Frau Stahmann, wir haben erst nur einen kleinen Schritt umgesetzt. Aber Sie wissen genauso gut wie ich, dass es einen Auftrag gibt an die Senatorin, bis Ende des Jahres einen entsprechenden Bericht vorzulegen, eine entsprechende Senatsvorlage zu erstellen, und ich bin zuversichtlich, dass das, was wir in der Vergangenheit zu diesem Thema gesagt haben, sich auch in der Senatsvorlage widerspiegelt.

Die Selbständigkeit der städtischen KTH wird zum wiederholten Mal in Aussicht gestellt. Ich bin bis zum Beweis des Gegenteils zuversichtlich, dass unsere schlagkräftige Senatorin das dieses Mal erheblich vorantreibt und wir das schaffen.

(Beifall bei der CDU)

Ich möchte mich der Gesamtsituation der Kinderbetreuung widmen, weil, wie gesagt, die Antworten genauso unzureichend sind wie die Fragen.

Die CDU-Position ist folgendermaßen: so viel Selbständigkeit wie möglich und so wenig staatliche Reglementierung wie unbedingt nötig! Das ist eine Grundsatzposition bei uns, gilt natürlich auch für diesen Bereich. Alle Maßnahmen dienen dazu, Kindertageseinrichtungen familiengerechter und zukunftsorientierter zu gestalten, auch die betriebswirtschaftliche Eigenverantwortung gehört dazu. Das ist überhaupt keine Frage, und in der Antwort wird das deutlich, die Kollegin Stahmann hat darauf hingewiesen.

Die Entwicklung der jährlichen Geburtenzahlen ist leider negativ trotz aller familienpolitischen Anstrengungen der letzten Jahre. Die Nachfragequote in Bremen beträgt 98 Prozent und entspricht wohl einer Vollversorgung. Der Rechtsanspruch ist damit theoretisch erfüllt, da letztlich mehr als 100 Prozent Plätze angeboten werden, nämlich 12.755 angemeldete Kinder hatten wir für das Kindergartenjahr 1999/2000 und 13.883 geförderte Plätze. Die neuen Zahlen für das jetzt gerade beginnende Kindergartenjahr liegen selbstverständlich noch nicht vor, darauf müssen wir noch viele Monate warten, bis wir sie bewerten können.

Wenn bisher wegen des Mangels an Plätzen eine Angebotssteuerung seitens der senatorischen Behörde und der Ämter notwendig gewesen ist, so ist jetzt der Zeitpunkt gekommen, den Familien durch die eigene Nachfrage eine markt- und qualitätssteuernde Komponente in die Hand zu geben, zum Beispiel durch die Einführung einer Kita-Card, man kann auch Betreuungsscheck sagen, zur Einlösung des Rechtsanspruchs.

Die finanzielle Förderung kann durch ein einheitliches allgemeines Leistungsentgelt wie in einigen anderen Bundesländern erfolgen, das heißt im Klartext, dass die vier- beziehungsweise fünfstündige Betreuung eines Rechtsanspruchskindes in jeder Einrichtung in gleicher Höhe aus Steuermitteln gefördert wird. Darüber hinausgehende Betreuungsbedarfe haben eine andere Rechtsgrundlage und sollten daher auch unterschiedlich behandelt werden.

Die Kita-Card gibt den Eltern mehr Einfluss und Durchsetzungsmöglichkeiten beim Wunsch und Wahlrecht der gewünschten Einrichtung sowie der gewünschten Betreuungszeit, und das ist nicht nur eine Forderung im KJHG, sondern ein ganz erhebliches Ziel der CDU. Außerdem erwarte ich eine erhebliche Verwaltungsvereinfachung im Amt für Soziale Dienste, erleichtert sicherlich auch die Einhaltung der PEP-Quote.

Durch eine größere Autonomie der einzelnen Einrichtungen kann zum Beispiel durch unter-

schiedliche pädagogische Konzepte ein eigenes Profil, aber auch eine Qualitätsentwicklung und Sicherung entstehen, und das wollen auch immer wieder alle, wie es betont wird. Es gibt nämlich, und das hat mich überrascht, schon seit 1996 zum Beispiel ein Konzept, richtig inhaltlich wertvoll von einem städtischen KTH, mir ist das erst vor einigen Wochen zugegangen, aber das heißt, dass auch in städtischen KTH Ideen, Know-how, Kreativität vorhanden sind, aber manche Dinge oder etliche Dinge sich dort noch nicht so realisieren lassen, wie sich selbst die Mitarbeiter in den Einrichtungen es wünschen. Wir brauchen weniger staatliche Steuerung, dafür Qualitätssicherung durch Marktregulierung und Wettbewerb, also eine markt- und qualitätsorientierte Steuerung.

Die Umsetzungsschritte können nach erfolgten Verhandlungen mit allen Beteiligten in Verbindung mit dem Wibera-Gutachten sowie unter Berücksichtigung der Erfahrungen in einigen anderen Bundesländern erfolgen. Hamburg, wir sind extra hingefahren, um uns dort in Gesprächen schlau zu fragen, Bayern und das Saarland sind einige Beispiele dafür.

Wir brauchen eine Struktur- und Organisationsveränderung in Verbindung mit der Sicherung der pädagogischen Qualitätsstandards, Entwicklung und Prüfung effizienter Finanzierungsmöglichkeiten, um den zukünftig zu erwartenden veränderten Aufgabenbereichen, zum Beispiel Sprachförderprogramme, wir haben das heute in der Fragestunde gehört, Umgang mit neuen Technologien, alle Welt schreit dauernd danach, um dem besser gerecht zu werden. Das ist nur beispielhaft.

Das kann auch zu möglichen Veränderungen beziehungsweise Differenzierungen der Elternbeiträge führen. Eine beitragsfreie verlässliche Grundschule mit ergänzender Hortbetreuung kann meines Erachtens nicht völlig ohne Auswirkungen im Vorschulbereich bleiben. Deshalb müssen wir bei Beibehaltung der Kostenneutralität beziehungsweise des Budgets weiter überlegen und diskutieren.

Für die CDU kann ich heute erklären, dass wir uns eine vier- oder fünfstündige Betreuung im Rahmen des Rechtsanspruchs ohne finanzielle Beteiligung der Eltern gut vorstellen können und auch zuversichtlich sind, dass sich das rechnet, bei gleichzeitiger Eigenfinanzierung weiterer Betreuungsbedarf. - Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Ravens: Das Wort hat die Abgeordnete Frau Arnold-Cramer.

Abg. Frau **Arnold-Cramer** (SPD): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! In den Bereichen, in denen Mittel besonders knapp sind, wie zum Beispiel hier im Sozialbereich, ist es unerlässlich, sich auf ein funktionierendes Kosteninformationssystem verlassen zu können. Dies gilt erst recht in Bereichen, die wie die Kindertagesheime in den vergangenen Monaten vielfach in herber Kritik gestanden haben. Kostenbewusstsein, Kostentransparenz und Stärkung der Eigenverantwortlichkeit sowie eine effektive Steuerung, das sind zentrale Begriffe, die auf Grundlage des neuen Steuerungsmodells die Rechnungslegung der Kindertagesheime bestimmen werden.

Das Instrument für eine transparente Rechnungslegung ist die Kosten-Leistungs-Rechnung. Diese wurde flächendeckend für alle 72 Kindertagesheime am 1. August dieses Jahres eingeführt,

(Abg. Frau Striezel [CDU]: Hört, hört!)

und ich denke, damit ist das Ressort führend auf dem Gebiet in der Umsetzung des neuen Steuerungsmodells. Dieses Instrument schafft die Voraussetzung, dezentrale Budgets zu vergeben und somit die Möglichkeit der Eigenbewirtschaftung von Kindertagesheimen auszubauen. Die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen vor Ort können dem Berichtswesen genau entnehmen, wofür Geld zur Verfügung steht, wie viel schon ausgegeben ist und wie viel Geld sie noch zur Verfügung haben werden.

Der Differenzierungsgrad der Berichte richtet sich nach dem jeweiligen Informationsbedürfnis des Empfängers. So ist es den einzelnen Kindertagesheimen möglich, monatlich genau also die Daten abzufragen, die von speziellem Interesse des eigenen Hauses sind. Hierzu gehören unter anderem auch die Kosten für Heizung, Wasser, Strom oder Gas. Die Ausgaben für Gebäude- und Grünflächenunterhaltung werden derzeit noch von den zuständigen Baubetrieben verwaltet. Die SPD geht aber davon aus, dass zeitnah mit einer Neuordnung des Baubereiches eine Kostenzuordnung auf die einzelnen Kindertagesheime möglich ist.

(Glocke)

Vizepräsident Ravens: Sind Sie bereit, eine Zwischenfrage anzunehmen?

Abg. Frau **Arnold-Cramer** (SPD): Ja, bitte!

Vizepräsident Ravens: Bitte, Frau Striezel!

Abg. Frau **Striezel** (CDU): Frau Arnold-Cramer, Sie erwecken den Eindruck, als ob das jetzt alles

schon möglich ist, dies ist aber erst zum Kindergartenjahr 2000/2001 eingeführt worden. Was glauben Sie denn, wann werden wir tatsächlich das erste Mal realistische Zahlen vorliegen haben, die wir mit anderen Einrichtungen vergleichen können?

Abg. Frau **Arnold-Cramer** (SPD): Ich hatte ja eben gesagt, das Ganze ist jetzt am 1. August gestartet, und ich denke, wir sollten der Verwaltung auch ein bisschen die Chance geben, die ersten Daten jetzt zu erheben und auszuwerten, und nach einem Jahr, denke ich, haben wir fundierte Daten. Ich will mich nicht zu weit hinauswagen, aber ich denke schon, ich vertraue da einmal ganz auf das System und auf die Mitarbeiter, die das umgesetzt haben, dass wir dann qualifiziertes Material zur Verfügung haben werden.

(Beifall bei der SPD - Abg. Frau Striezel [CDU]: Ihr Wort in Gottes Gehörgang!)

Die Anfrage vom Bündnis 90/Die Grünen, Frau Stahmann, ist, und da will ich jetzt an die Frage von Frau Striezel anschließen, für mich ein Jahr zu früh gestellt worden. Warten wir es wirklich ab, bis wir das Material vorliegen haben, die Zahlen, und ich freue mich dann, Frau Stahmann, wenn ich mit Ihnen an dieser Stelle wieder in die Diskussion eintreten kann, was kosten Kindertagesheime. - Danke!

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Ravens: Das Wort hat Frau Senatorin Adolf.

Senatorin Adolf^{*)}: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Frau Striezel, natürlich ist mir bekannt und auch denen, die diese Antwort formuliert haben, dass es neben den städtischen auch andere Kindertagesheime gibt in Trägerschaft vieler anderer Träger, aber die Große Anfrage richtete sich eben genau auf die städtischen Einrichtungen, und deshalb befasst sich die Antwort auch nur mit den städtischen Einrichtungen.

Frau Stahmann, Sie haben hier beklagt, dass das Wibera-Gutachten nun schon ein Jahr alt und immer noch nicht umgesetzt sei. Mein Eindruck war, dass Sie an vielen Stellen dieses Gutachtens sehr froh waren, dass wir nicht in eine ganz schleunige Umsetzung eingetreten sind,

(Beifall bei der SPD)

sondern dass wir sehr sorgfältig prüfen, was dieses Gutachten an Ergebnissen gebracht hat. Ich bitte Sie deshalb auch sehr, damit einverstanden zu sein, dass wir bis zum Ende des Jahres dann eine gesamte Auswertung vorlegen, wie wir mit diesem Gutachten aus Ressort- und auch aus Senatssicht weiter umzugehen gedenken.

Also, es ist nicht so einfach, ein solches Gutachten - wir haben zwei Maßnahmen gleich umgesetzt, Sie haben sie benannt - aber so insgesamt zu bewerten, dass es den Ansprüchen der Finanzpolitiker und der Fachpolitiker bei der Umsetzung auch noch gerecht wird, deswegen bedarf es schon sehr sorgfältiger Prüfungen und vieler Gespräche auch mit denen, die vor Ort arbeiten.

Wenn Sie hier den Eindruck erwecken, dass in den städtischen Kindertageseinrichtungen nun nur der Jammer ausgebrochen ist über die so schlechten Arbeitsbedingungen, so ist mein Eindruck, dass dort sehr wertvolle Arbeit geleistet wird von sehr engagierten Mitarbeiterinnen in der Regel und Mitarbeitern,

(Beifall bei der SPD)

die natürlich schwierige Rahmenbedingungen haben, die es zum Teil auch mit schwierigen Kindern zu tun haben, mit schwierigen sozialen Verhältnissen, aus denen die Kinder kommen, die aber sehr wohl jede Möglichkeit, die sie haben, für ihre Arbeit nutzen, um diesen Kindern auch gerecht zu werden.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Sie haben ganz pauschal gefragt, die Überschrift Ihrer Anfrage: „Was kosten Kindertagesheime?“ Ich will dazu global hier einmal sagen, die Kosten für Kindertagesbetreuung in Bremen für die Unter-Dreijährigen, für die Drei- bis Sechsjährigen und für die Kinder im Schulalter betragen rund 140 Millionen DM. Das ist etwas mehr als die Hälfte des gesamten Jugendhilfeetats für den Bereich der Kinderbetreuung und für die Förderung von Kindern in Tagesbetreuungseinrichtungen, also ein großer Anteil. Hier ist ein deutlicher und zentraler Leistungsbereich der bremischen Jugendhilfe angesiedelt.

Wir investieren eine ganze Menge in diese Kindertagesbetreuung, das heißt nicht, dass wir nicht genau hinsehen müssen, wofür wir da investieren und da auch Kostenbewusstsein entwickeln müssen. Eine differenzierte Kostenbetrachtung muss man dann wohl in sechs Blöcke unterteilen, die sind hier zum Teil auch schon genannt, aber ich will sie trotzdem noch einmal konzentriert aufzählen, nämlich Personalausgaben, Sachaus-

^{*)} Von der Rednerin nicht überprüft.

gaben, Gebäude, Küche, Investitionen und Regiekosten. Da ist es dann eben manchmal doch ein bisschen schlicht zu sagen, das kann man jetzt von Einrichtung zu Einrichtung auch ganz pauschal vergleichen und kann dann sagen, so viel darf es nur kosten. Zum Beispiel Mietkosten sind zu berücksichtigen oder die Frage, ist ein Träger vielleicht sogar Eigentümer eines Gebäudes, dann ergibt sich eine andere Kostenstruktur, also auch diese Gesichtspunkte sind zu berücksichtigen.

Bei den Personalausgaben ergeben sich eindeutig Standortvorgaben und auch Trägervorgaben, das darf man nicht vergessen, über Tarife und anderes, es ergeben sich Kostenunterschiede auch aus den Unterschieden der Altersstruktur der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Wir müssen weiter differenzieren innerhalb eines Trägers und zwischen Trägern, die Kosten für Gebäude, die sich aus Baujahr, Gesamtfläche, Ausstattung und anderen Kriterien ergeben. Also, man kann Kosten auch nur bedingt nivellieren und wenn, dann auch wahrscheinlich nur mittelfristig.

Unterschiede in den Regiekosten stehen vorrangig im Zusammenhang mit der Anzahl der Einrichtungen, die ein Träger insgesamt managt. Große Manager haben es da sicherlich einfacher als die, die nur über ganz wenige Einrichtungen verfügen. In diesem Jahr noch werden wir eine genaue Betrachtung der unterschiedlichen Kostenfaktoren vornehmen im Vergleich von Trägern miteinander, und wir werden dann eine Pauschale festlegen, die zum Ziel hat, Kosten dort, wo es nötig und möglich ist, zu nivellieren und mit Trägern, und da ist dann auch die Stadt als Träger selbst natürlich einzubeziehen, kostendämpfende Maßnahmen zum Beispiel in den Bereichen, die Sie genannt haben, Frau Stahmann, auszuhandeln.

Im Dezember werden wir damit den Senat erreichen, und dann werden Sie natürlich davon auch hören, damit befasst werden, also muss ich Sie nur noch um ganz wenig Geduld bitten. Ich finde, dass wir in diesem Bereich, den ich zu verantworten habe, im letzten Jahr eine ganze Menge Arbeit geleistet haben.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Das betrifft insbesondere auch die Einführung der Kosten-Leistungs-Rechnung, und auch da werden wir Ihnen Ergebnisse vorlegen, die Sie dann bewerten können. Wir können natürlich auch heute schon Kostenstrukturen und Kosten vergleichen mit den uns jetzt zur Verfügung stehenden Vergleichsparametern. Danach können wir feststellen, dass insgesamt keine gravierenden Kos-

tenunterschiede zwischen den kommunalen und den freien Trägern festgemacht werden können.

(Beifall bei der SPD)

Da ist Frau Striezel immer etwas misstrauisch. Ich glaube, dass wir das belegen können. Die Vergleichsparameter werden sich natürlich, wenn wir sie differenzieren, noch weiter konkretisieren, und wir werden diese Zahlen am Ende auch gemeinsam zu bewerten haben.

Zur Autonomie der Einrichtungen: Wir werden noch in diesem Jahr auch in diesem Bereich einen großen Schritt nach vorn machen. Wir wollen insbesondere zu Einrichtungsbudgets kommen bei der Verfügung über Investitions- und Bauunterhaltungsmittel, also genau bei dem Punkt, den Sie angesprochen haben, bei den Möglichkeiten, Haushaltsmittel auch in das nächste Jahr zu übertragen, und bei dem flexiblen Zugang und Umgang mit Barmitteln und Möglichkeiten zur Verrechnung von Einnahmen und Ausgaben. Es wäre ja schön, wenn Haushaltsstellen das immer so beliebig hergeben würden, wie Frau Striezel das vorhin beschrieben hat.

(Abg. Frau Striezel [CDU]: Die Zeiten hatten wir ja!)

Das ist leider nicht so, damit bin ich täglich konfrontiert, und damit haben wir uns alle auseinander zu setzen, aber in bestehenden Haushaltsstrukturen ist es eben auch nicht immer ganz einfach, Freiräume zu schaffen und Autonomie zu verschaffen. Deswegen werden wir auch in diesem Zusammenhang noch ein paar Wochen und Monate brauchen, aber wir sind auf dem Weg dahin, und wir werden uns dann sicherlich mit den Ergebnissen hier auch sehen lassen können. - Danke schön!

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Vizepräsident Ravens: Als Nächste hat das Wort die Abgeordnete Frau Stahmann.

(Vizepräsident Dr. Kuhn übernimmt den Vorsitz.)

Abg. Frau **Stahmann** (Bündnis 90/Die Grünen)¹⁾: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich habe mich aus drei Gründen gemeldet, es wird nicht allzu lange dauern. Was Frau Striezel gesagt hat zur Kita-Card, das fand ich ganz interessant, weil das Gutachten ja unter anderem vom Senat mit dem Ziel in Auftrag gegeben worden ist, ich

¹⁾ Von der Rednerin nicht überprüft.

zitiere mit Genehmigung des Präsidenten: „Dieses Gutachten soll auch die Möglichkeit der Realisierung eines Kostendeckungsgrads von 15 Prozent bei einer mit anderen Großstädten vergleichbaren Gebührenstaffel beschreiben.“ Das heißt, der Senat ist eigentlich davon ausgegangen, dass man die Leistung in einem Kindergarten so weit verkaufen oder den Eltern anbieten kann, dass 15 Prozent der Gesamtkosten durch Beiträge hereinkommen.

Da hat die CDU sich jetzt weiterentwickelt bei diesem Vorschlag mit der Kita-Card, das finde ich sehr erstaunlich. Ich will jetzt keine Kita-Card-Debatte führen, aber ich möchte einmal kurz anmerken, dass Sie jetzt sagen, der Rechtsanspruch könnte fünf Stunden umfassen, das finde ich schon sehr positiv. Sie wissen ja, unsere Forderung ist sechs Stunden inklusive Mittagessen, aber es heißt ja auch, dass die Eltern - so wird das in anderen Städten gemacht - sich dann Leistungen dazukaufen können.

Erfahrungsgemäß ist es so, dass die Eltern der Kinder gerade aus Familien, die eine Betreuung brauchen, Migrantenkinder, Kinder aus sozial schwachen Familien, es sich schlichtweg nicht leisten können, etwas dazu zu kaufen, und damit würde der Kindergarten den Anspruch der Chancengleichheit für mich ein bisschen aufgeben. Das möchte ich eigentlich nicht, und das muss man auch in diese Diskussion um die Kita-Card ganz kritisch einfließen lassen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Im Saarland wird derzeit viel über den beitragsfreien Kindergarten geschrieben. Das ist eine Sache, das will ich jetzt nicht herbeijubeln. Ich finde das natürlich persönlich als Mutter ganz toll. Meine ältere Tochter ist auch im städtischen Kindergarten, und ich finde, das ist eine Sache, die man prüfen muss, die muss auch finanziert sein. Ihren Haushalt haben Sie beschlossen, da sehe ich derzeit keine Spielräume. Wenn wir über den beitragsfreien Kindergarten in Bremen reden, müssen Sie auch noch einmal haushaltspolitisch das Fass aufmachen, und da müssen wir noch einmal an ganz andere Sachen heran.

(Abg. Frau Striezel [CDU]: Das glauben Sie! Wir werden Ihnen das Gegenteil beweisen!)

Gut, darauf lasse ich mich gern ein, Frau Striezel!

Ich wollte noch kurz sagen, warum ich die freien Träger nicht erwähnt habe. Frau Adolf hat zu Recht gesagt, ich habe mich nur auf die städtischen bezogen, aus gutem Grund. Die Kinderzahlen sinken. Ich sehe gerade, dass auch die

kommunalen Einrichtungen, das wissen wir alle, sich stärker dem Wettbewerb stellen müssen. Die evangelischen Kindergärten haben in Bremen zu Recht einen guten Ruf, weil sie gute Angebote für Eltern machen. Zum Beispiel war neulich eine kleine Pressemitteilung, die evangelischen Kirchen beziehen jetzt Ökostrom, und da frage ich Frau Senatorin Adolf: Warum kann Bremen mit 72 kommunalen Kindergärten nicht mit der swb AG über Ökostrom verhandeln? Das sind doch gute Sachen. Warum kann das nur die Evangelische Kirche?

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Die Sache ist, ich sage es noch einmal: Ich bin froh, da hat Frau Adolf Recht, dass viele Punkte des Wibera-Gutachtens nicht umgesetzt worden sind. Wir wollen die Kita-Küche der kurzen Wege, wir wollen keine Fast-Food-Kost im Kindergarten. Wir finden, da muss eine optimale Versorgung erfolgen, aber die Sache ist, Sie haben nur an der Personalschraube gedreht, das heißt, die Vertretungsreserve ist gesunken.

Wenn jetzt die erste Grippewelle kommt - jetzt läuft es ja noch alles einigermaßen gut -, dann wird es wirklich knapp in den Kindergärten. Wahrscheinlich hat Frau Arnold-Cramer Recht, in einem Jahr können wir es noch viel besser auswerten, aber ich bleibe dabei, im Kindergarten ist nicht mehr viel Schmierfilm. Da ist seit zehn Jahren nicht mehr richtig investiert worden, im Gegenteil, es ist sogar noch gekürzt worden, und das wird Folgen haben.

(Abg. Pietrzok [SPD]: Und was ist mit dem Rechtsanspruch?)

Morgen oder übermorgen debattieren wir über Rechtsradikalismus und darüber, wie wichtig Bildung und Erziehung von Kindern ist, und an dieser Stelle wird an der Kostenschraube gedreht. Da bitte ich Sie, denken Sie alle einmal darüber nach, ob nicht eine bessere Versorgung, auch im Betrieb und in der Ausstattung von Kindergärten, eine Investition in die Zukunft ist! Das schließt auch nicht einen guten ökologischen Betrieb von Kindergärten aus, weil ich denke, da lernen die Kinder wirklich für das Leben. - Danke schön, meine Damen und Herren!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsident Dr. Kuhn: Als Nächste hat das Wort die Abgeordnete Frau Striezel.

Abg. Frau **Striezel** (CDU)¹⁾: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Frau Stahmann, vielleicht können Sie mir noch einmal konzentriert zuhören, denn dadurch, dass Sie immer wieder das Falsche behaupten, wird es ja keineswegs richtig. Das ist leider oft so im Leben. Was bisher durch das Wibera-Gutachten an Anpassungen im Personalbereich erfolgt ist, ist lediglich eine rechnerische Anpassung an die Realität, die in den Einrichtungen sowieso schon geherrscht hat, nämlich an die entsprechenden Schließungszeiten während der Ferienzeit. Das war bisher eine geheime Sparkasse.

Nun kann man ja allen ihre kleinen Sparkassen und Spartöpfe gönnen, aber da das Steuermittel sind, haben wir die verdammte Pflicht und Schuldigkeit, darauf zu achten, dass das Geld auch dem Zweck entsprechend ausgegeben wird. Daher war das eine Anpassung, die zu überhaupt keinen Absenkungen der pädagogischen Standards geführt hat. Das ist einfach nicht richtig, auch wenn Sie es noch zehnmal wiederholen und die Eltern natürlich auch juhu schreien, weil sie dafür endlich einen Anlass gefunden haben. Es ist faktisch nicht richtig, da muss ich der Senatorin und der Verwaltung einfach einmal beitreten.

(Beifall bei der CDU und bei der SPD)

Auch ist es so, dass durch die Veränderungen bei den Reinigungskräften die pädagogische Qualität, die Betreuungsqualität in den Einrichtungen überhaupt nicht verändert worden ist. Schauen Sie sich einmal an: Die Kinder erzählen, welchen Freund sie getroffen haben und welches Auto sie da vorgefunden haben und ob sie jetzt schaukeln gelernt haben oder sonst etwas, aber doch nicht, ob die Fenster dreimal oder fünfmal geputzt worden sind! Das ist nicht das Problem von Kindern.

Ich bin sehr dafür, und das wissen Sie, dass die Pädagogik überhaupt nicht mehr schlechter werden darf, sondern im Gegenteil, wir wollen sie verbessern. Dafür müssen wir die Ressourcen viel zielgerichteter einsetzen, damit wir da Spielräume erwirtschaften. Ich bin sicher, dass mein Konzept dies möglich macht, und ich freue mich auf die konstruktive, qualitative Diskussion, die wir dazu führen werden. - Danke!

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Dr. Kuhn: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Aussprache ist geschlossen.

Die Stadtbürgerschaft nimmt von der Antwort des Senats, Drucksache 15/149 S, auf die Große Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Kenntnis.

Abgestellte Fahrräder auf dem Bahnhofsvorplatz

Antrag der Fraktionen der CDU und der SPD vom 9. Mai 2000 (Drucksache 15/138 S)

Dazu als Vertreter des Senats Frau Senatorin Wischer, ihr beigeordnet Staatsrat Logemann.

Die Beratung ist eröffnet.

Das Wort hat die Abgeordnete Frau Schreyer.

Abg. Frau **Schreyer** (CDU): Herr Präsident, meine Damen, meine Herren! Wir haben den Antrag Anfang Mai gestellt, aber er ist jetzt im September noch genauso aktuell. Rücksichtslos werden Fahrräder an Bus- und Taxihaltstellen, im direkten Eingangsbereich des Bahnhofs, Süd und Nord, an Bäumen sowie an allen Pfählen, nur eben nicht an den dafür vorgesehenen Haltebügeln auf dem Bahnhofsvorplatz abgestellt.

(Abg. Frau Jansen [SPD]: Warum wird das Parkhaus nicht gebaut?)

Ja, wohin denn? Da, wo Sie und Ihre Fraktion es hin haben wollten, stehen Container, und das wissen Sie genauso gut wie ich, es sei denn, Sie sind lange nicht mehr auf dem Bahnhofsvorplatz gewesen.

(Beifall bei der CDU)

Wir, die CDU-Fraktion, haben uns von dem Aufstellen der Fahrradbügel bis zur Fertigstellung des Parkhauses einen positiven Effekt erhofft. Da aber Einsicht und Nachsicht im Umgang mit Fußgängern vielen Fahrradfahrern immer mehr abhanden kommen, muss gehandelt werden.

(Beifall bei der CDU)

Wir sind der Auffassung, dass das absolute Fahrradchaos wie vor Baubeginn am Eingang Süd wieder vorprogrammiert ist, wenn nicht jetzt sofort eingeschritten wird. Ich erinnere an die Debatte im Oktober 1999: Da waren wir uns einig, dass wir dieses Chaos auf dem Bahnhofsvorplatz nicht wieder haben wollten.

¹⁾ Von der Rednerin nicht überprüft.

Die erneut stattgefundene Kampagne gegen das unsachgemäße Abstellen der Fahrräder des ADFC im Juli hat gezeigt, dass ein Großteil der Fahrradfahrer weiterhin uneinsichtig ist. Auch ich habe mit Unterstützung - das soll jetzt nichts bedeuten, aber ich möchte es trotzdem erwähnen - einiger Beiratsmitglieder in Vorbereitung dieser Debatte mehrfach an verschiedenen Tagen versucht, mit Fahrradfahrern unter Hinweis auf die angebotenen Fahrradbügel ins Gespräch zu kommen. Das Ergebnis waren überwiegend negative Reaktionen. Machen wir uns doch daher den Satz der Senatorin Wischer vom Oktober 1999 zu Eigen, „dass es jetzt auch Schluss sein muss mit dem Parken an den Pfählen und Bäumen! Das ist in vielerlei Hinsicht wirklich eine nicht befriedigende Situation.“ Weil die Situation auch elf Monate später noch genauso unbefriedigend ist, sind wir der Auffassung, es muss gehandelt werden.

Warum nehmen wir uns nicht die Stadt Lüneburg zum Vorbild? Lüneburg hat Hinweisschilder, ich halte einmal eines hoch, das habe ich mir schicken lassen, da wird auf kostenpflichtiges Umsetzen der Fahrräder hingewiesen, und die Fahrräder werden dann auch entfernt. Darauf steht: „Hier abgestellte Fahrräder werden kostenpflichtig umgesetzt. Umgesetzte Räder können in der Fahrradstation abgeholt werden, Stadt Lüneburg, der Oberbürgermeister“.

Mir ist auf Anfrage in Lüneburg versichert worden, dass diese Maßnahme sehr schnell gegriffen hat. Die Kosten für das Umsetzen und das Auslösen der Fahrräder in Lüneburg betragen DM 30. Oder die Stadt Münster: Fahrräder, die rücksichtslos abgestellt werden, werden gekennzeichnet und nach 24 Stunden gegen Gebühr abgeschleppt. Das soll eine wirkungsvolle Maßnahme sein.

Da Bremen voraussichtlich bis Herbst 2001 - und jetzt hören Sie gut zu, einige Kollegen der SPD haben wohl vergessen, dass die Container da noch stehen, ich erwähne das noch einmal - ohne Fahrradparkhaus an der Westseite des Bahnhofs auskommen muss, sind wir der Auffassung, dass umgehend eine akzeptable Lösung für alle Verkehrsteilnehmer gleichermaßen gefunden werden muss. Das Unfallrisiko durch im Augenblick noch rücksichtslos oder einfach auch nur, um es etwas verbindlicher zu sagen, gleichgültig abgestellte Fahrräder muss beseitigt werden. Wir erwarten vom Senat eine Lösung bis Dezember 2000 - in unserem Antrag hatten wir einmal gesagt, bis Juli, aber es hat sich ja nun verzögert -, denn es kann und darf keine Sonderbehandlung für Fahrradfahrer geben. Wer sein Auto irgendwo parkt, wo

es nicht geparkt werden darf, wird dafür zur Kasse gebeten.

(Beifall bei der CDU)

Es ist auch nicht länger hinnehmbar, dass Bus- und Bahnfahrer, wie mir versichert wurde, ihre Haltepunkte vernachlässigen müssen, weil durch abgestellte Fahrräder der Aus- beziehungsweise Einstieg behindert wird.

Nun erlauben Sie mir noch einen Vorschlag, der nicht direkt zu der Debatte gehört! Ein paar Fahrradbügel in unmittelbarer Nähe des Parlamentsgebäudes könnten auch hier für geordnetes Abstellen der Fahrräder der Parlamentarier sorgen,

(Beifall)

und das würde dem Haus der Bürgerschaft sicher gut zu Gesicht stehen. - Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Dr. Kuhn: Das Wort hat der Abgeordnete Mützelburg.

Abg. **Mützelburg** (Bündnis 90/Die Grünen)^{*)}: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ist begeistert über den Antrag der CDU, richtig vollen Herzens begeistert, denn Sie haben endlich eine Lösung für die dringenden Probleme dieser Stadt gefunden und in die Bürgerschaft gebracht. Das ist nicht ironisch gemeint, Frau Kollegin Schreyer! Sie haben einen Vorschlag gemacht, wie hier chaotische Verhältnisse auf dem Bahnhofsvorplatz, von parkenden Fahrrädern verursacht, behoben werden können.

Ich habe sofort, als ich diesen Antrag gelesen habe, die Phantasie gehabt, dass wir eines schönen Freitagabends in der ganzen Innenstadt solche netten Blätter verteilen, heften die unter alle Windschutzscheiben. Am Samstag kommen dann zig Abschleppfahrzeuge, räumen die ganze Innenstadt von illegal geparkten Autos leer! Wie wunderschön viel Platz haben Fußgänger, Fahrradfahrer und Einkaufende!

Das ist der Vorschlag, den Sie gemacht haben, wenn wir ihn gleichberechtigt für alle anwenden! Wo so ein Chaos in der Innenstadt oder zum Beispiel in Stadtteilen - im Viertel, in der Neustadt, in Findorff - auch von Autofahrern herrscht, schleppen wir die ab. Dann haben wir ein Be-

^{*)} Vom Redner nicht überprüft.

schäftigungsprogramm für die Abschleppunternehmen, ein Massenprogramm für Neueinstellungen bei der Bremer Polizei, die müssen dann ja auch irgendetwas zu tun haben, und wir lösen zig Probleme.

Ich sage das so deutlich, denn ich glaube, wer die Fahrradfahrer hier allein aufs Korn nimmt, der macht einen Fehler. Es ist ein Problem des Individualverkehrs und der Individualverkehrsteilnehmer insgesamt. Fahrradfahrer sind nicht besser als Autofahrer. Das will ich hier auch für meine Fraktion sagen, wir haben auch viele Fahrradfahrer bei uns und Sie sicherlich auch. Aber die Autofahrer verhalten sich ganz genauso.

Deshalb sage ich, wenn wir so vorgehen, gleiches Recht und gleiches Unrecht für alle bei solchen Maßnahmen, würde ich Ihnen dringend vorschlagen, diesen Antrag in gleicher Form und in gleicher Art für den gesamten ruhenden Verkehr in dieser Stadt einzubringen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen - Abg. Frau Schreyer [CDU]: Wir werden darüber nachdenken!)

Bei den Autofahrern gibt es eine Rechtsgrundlage, bei den Fahrradfahrern ist die Sache ein bisschen schwieriger. Darauf möchte ich hier auch hinweisen. In Münster und Göttingen, und die Städte sind größer - ich rede jetzt gar nicht von Lüneburg, da gibt es ja hervorragende Fahrradstationen -, und da fahren auch so viele Studenten, die ja besonders gern Fahrrad fahren, da gibt es Aktionen, wie Sie sie vorgeschlagen haben regelmäßig. Die Fahrradfahrer bekommen ein rotes Kärtchen an das Fahrrad, und nach dem zweiten Mal werden die Fahrräder entfernt.

Unglücklicherweise laufen in diesen Städten im Moment Verfahren von betroffenen Fahrradfahrern gegen diese Maßnahme. Ehrlich gesagt finde ich, der Senat wäre schön blöd, das muss ich so deutlich sagen, wenn er, bevor solche Verfahren entschieden werden, hier irgendwelche Radikalmaßnahmen dieser Art ergreift! Das kann hinterher teuer werden! Ich glaube, in der Situation, die Bremen jetzt hat, warten wir besser darauf, bis wir Rechtssicherheit haben.

Bei den Kraftfahrzeugen gibt es Rechtssicherheit in solchen Fragen, das ist längst klar mit Falschparken, bei den Fahrradfahrern nicht. Leider, Frau Kollegin Schreyer, wenn Sie Ihren Antrag ernst nehmen, haben wir ja keinen Führerscheinentzug für Fahrradfahrer, um die Leute wirklich zu bestrafen. Im Moment ist die rechtliche Lage ein bisschen schlecht.

Dann schauen wir einmal genau nach, wer zuständig ist. Frau Wischer wird jetzt hier gleich dazu reden. Sie haben diesen schönen Vorschlag gemacht mit diesen Aktivitäten zusammen mit dem ADFC auf dem Bahnhofsvorplatz, da ist der Antrag ja nun wirklich ein bisschen überholt. Aber für die Ordnungsmaßnahmen ist nun Ihr Parteimitglied, Ihr Innensenator, im Senat zuständig. Ich wundere mich, warum Sie nicht in der Innendeputation diese Frage, die rechtlich ja noch völlig ungeklärt ist, einmal auf den Tisch gebracht haben, Herr Kollege Herderhorst,

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

warum da nicht Aktivitäten ergriffen worden sind, warum der Innensenator nicht sagt, wie er so ein Problem rechtlich einwandfrei und mit dem entsprechenden Personalaufwand, das kostet natürlich Personal, muss man ja auch sagen, lösen will. Das muss ja wohl zuallererst geklärt werden.

Fazit der ganzen Angelegenheit: Niemand findet das schön, wie das auf dem Bahnhofsvorplatz aussieht. Ich finde es auch in vielen anderen Teilen der Stadt nicht schön, zum Beispiel vor Karstadt, wie die Fahrräder da abgestellt sind. Ich finde es noch weniger schön, wie Autos abgestellt werden, bis in die Schlachte hinein, wo ich ja auch jeden Tag zu meiner Arbeit gehe, wie Straßenränder verstopft werden, dass weder Kinderwagen noch Feuerwehr durchkommen!

Es gibt viele Probleme in dieser Stadt, deren sich der Senat annehmen kann und muss, die hängen alle miteinander zusammen, nämlich mit dem Verhalten des individualisierten Verkehrsteilnehmers, der nicht im ÖPNV fährt, sondern mit seinem Fahrrad oder sonstwie unterwegs ist. Es sind nicht nur schwarze Schafe, sondern es ist ein großer Teil von denen. Wir wissen alle, wie wir uns verhalten!

Das Wichtigste dabei ist, dass wir erst einmal eine Verhaltensänderung bewirken, ehe wir hier Radikalmaßnahmen mit Eintageseffekt durchführen. Das wäre doch der entscheidende Punkt. Darüber nachzudenken ist Sache der Exekutive. Ich wäre glücklich, wenn wir nicht die Polizei dafür brauchen, denn die brauchen wir, ehrlich gesagt, für wichtigere Dinge.

Meine Damen und Herren, liebe Kollegin Schreyer, geben wir die Sache der zuständigen Deputation, der Innendeputation, die möge darüber beraten und uns hier einen Vorschlag machen. Ich würde vorschlagen, überweisen Sie den Antrag

dahin, ehe wir hier markige Aufträge verteilen, die doch nichts wert sind!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsident Dr. Kuhn: Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Jägers.

Abg. **Jägers (SPD)**¹⁾: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Meine Vorredner haben ja schon einige Aspekte genannt, ich will darauf auch nicht mehr allzu sehr eingehen.

Frau Schreyer, ich finde allerdings, man kann das auch ein bisschen zu dramatisch darstellen. Ich wohne ganz in der Nähe vom Hauptbahnhof, ich komme täglich daran vorbei. Ich bin heute extra noch einmal hingegangen. Ich habe festgestellt, dass die Kampagne des ADFC offensichtlich etwas gebracht hat. Das kann man da regelrecht besichtigen. Vor einiger Zeit sah das dort noch wesentlich wilder aus. Da hat mich das auch geärgert, wenn da die Fahrräder kreuz und quer durcheinander liegen. Mittlerweile hat sich das deutlich verbessert, das finde ich auch gut. Also ein Lob an die Fahrradfahrer, die auch bewusster an die Dinge herangehen! Offensichtlich hat sich das auch herumgesprochen, dass die Fahrräder an den Bügeln gut aufbewahrt sind. Da hat sich also etwas getan.

Ich gebe Ihnen vollkommen Recht: Wenn dort Fahrräder den Verkehr gefährden oder dafür sorgen, dass Leute einen Unfall erleiden könnten, dann müssen sie entfernt werden. Diese Möglichkeit gibt es jetzt auch schon, wenn irgendjemand den Verkehr gefährdet, indem er irgendwas abstellt in den Verkehrsraum, was da nicht hingehört, kann die Polizei einschreiten und kann das wegbringen. Wenn man sich die Fahrräder an den Bügeln anschaut, gibt es durchaus die eine oder andere Fahrradleiche, die offensichtlich herrenlos geworden ist, aus welchen Gründen auch immer. Auch solche Dinge müssten entsorgt werden, müssten da weg. Auch da müsste es die Möglichkeit geben, sie zu entfernen.

Herr Mützelburg, das Aufrechnen Autofahrer gegen Radfahrer, finde ich, führt auch zu nichts.

(Beifall bei der CDU)

Wir müssen dafür werben, dass alle, die sich da bewegen im Straßenraum, miteinander auskommen. Das ist immer am besten. Das ganze Geschäft der Verkehrspolitik lebt von Akzeptanz,

ich sage das Wort zu x-ten Mal hier, sonst kommen wir in der Frage nicht weiter.

Die Baustellentätigkeit, die ja nun langsam dem Ende entgegen strebt und ja noch einmal aus anderen Gründen aufgelebt ist, hat natürlich auch ein bisschen zum Chaoscharakter des Bahnhofs beigetragen,

(Beifall bei der SPD)

aber das ist nun langsam zu Ende.

Was ich noch ansprechen will, ist, wir müssen, das ist der entscheidende Punkt, den Fahrrad fahrenden Menschen ein Angebot machen, das sie nutzen, um ihr Fahrrad sicher abzustellen, wie den vielen Arbeitnehmern, die „bike and ride“ machen, genau das, was wir wollen. Dazu gehört unverzichtbar das Fahrradparkhaus. Dazu gehört, dass man dieses Fahrradparkhaus gut erreichen kann und nicht von Parkplatzsuchverkehren gestört wird, die sich da gegebenenfalls abspielen werden. Die Situation werden wir noch beobachten müssen. Wenn wir das erreichen, dann haben wir ein ausreichendes, gutes Angebot an die Menschen, die mit dem Fahrrad fahren und sich ökologisch gut verhalten, vielleicht sogar ihrer Gesundheit dienen, und können dann auch beruhigt die Situation da betrachten.

Die komfortable Anreise mit dem Fahrrad zur Arbeitsstelle bringt auch etwas für die Arbeitnehmer, für die Beschäftigten, die dann eben nicht so sehr belastet sind durch den Weg zur Arbeit und damit auch besser arbeiten. Dann macht es eben mehr Spaß, wenn man fröhlich pfeifend morgens ins Büro kommt, als wenn man sich geärgert hat, weil kein Parkplatz für das Fahrrad da ist und man nicht weiß, wo man das hinstellen soll.

(Abg. Frau Schreyer [CDU]: Na ja, Fahrradbügel gibt es ja genug!)

Zusammenfassend wird das Problem sein, weil es ja die rechtliche Auseinandersetzung gegebenenfalls noch gibt, was der Senat unter unsachgemäß versteht. Das bleibt dann dem Senat überlassen. Unsachgemäß abgestellte Fahrräder können kostenpflichtig entfernt werden, so sieht es der Antrag vor. Abschließend und zusammenfassend finde ich, wir sollten weiter versuchen, die Leute davon zu überzeugen, dass man seine Fahrräder nicht einfach planlos in die Gegend stellt. - Vielen Dank!

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Kuhn: Als Nächste hat das Wort Frau Senatorin Wischer.

¹⁾ Vom Redner nicht überprüft.

Senatorin Wischer: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Frau Schreyer, offensichtlich haben wir wirklich unterschiedliche Wahrnehmungen, denn mein Eindruck ist, ganz besonders nach der Aktion, die wir im Juli gemeinsam mit dem ADFC durchgeführt haben, dass sich die Situation unglaublich verbessert hat.

Ich gehe nun jeden morgen über diesen Platz. Ich stehe zu dem Satz, den Sie zitiert haben, das ist ja gar keine Frage! Jeden Morgen schaue ich sorgfältig danach, wie die Situation ist, und stelle fest, dass so gut wie keine Fahrräder mehr falsch an Bäumen und was wir damals diskutiert haben, geparkt sind. Insofern denke ich schon, und das bestätigen mir auch nun meine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, dass die Situation sich aufgrund dieser Aktion wirklich tüchtig verändert hat. Insofern hat sich ein Erfolg eingestellt!

Das, was Sie beschrieben haben, nehme ich jedenfalls nicht so wahr. Ich will gern noch einmal doppelt so genau schauen, aber ich nehme es jeden Morgen, wenn ich über diesen Platz gehe, nicht wahr, und zu dieser Zeit stehen schon sehr viele Fahrräder da.

(Glocke)

Vizepräsident Dr. Kuhn: Sind Sie bereit, eine Zwischenfrage anzunehmen?

Senatorin Wischer: Ja, bitte!

Vizepräsident Dr. Kuhn: Bitte, Frau Schreyer!

Abg. Frau **Schreyer** (CDU): Frau Senatorin, würden Sie mir zustimmen, dass während der Ferienzeit selbstverständlich weniger da waren, das aber in den letzten 14 Tagen wieder unglaublich zugenommen hat?

Senatorin Wischer: Liebe Frau Schreyer, ich rede über die letzten drei Wochen. Ich war ja auch im Urlaub und habe die Aktion selbst nicht wahrgenommen. Ich rede über die aktuelle Zeit, dass ich mir jeden Morgen diese Situation anschau und eigentlich voller Zufriedenheit - darum war ich eben auch so überrascht - festgestellt habe, diese Aktion hat etwas gebracht!

Ich würde mir eigentlich wünschen, dass, bevor wir zu Maßnahmen greifen, die sozusagen über das hinausgehen, was jetzt schon möglich ist, wir also dann eher noch einmal mit einer Aktion starten sollten, als in eine, und Herr Mützelburg hat das ausgeführt, doch etwas kompliziertere Situation einzutreten, die in diesem Fall in der Tat den Kollegen Schulte hauptsächlich betrifft, was

Einsatz von Personal und Überwachung und alle diese Dinge anbelangt.

Aber richtig ist, dass die von Ihnen zitierten Städte, mit Ausnahme von Münster, dies tatsächlich erst vor dem Hintergrund eines hoch attraktiven Fahrradparkhauses gemacht haben, dass sie Schilder in den Bereichen aufgestellt haben. In Münster ist es ja auch so gemacht worden. Sie haben das gezeigt, so wurde mir jedenfalls berichtet, ich kann das nur so aufnehmen, dass, je höher der Preis für das abzuholende Fahrrad war, desto mehr Fahrräder nicht abgeholt wurden. Das heißt also, es bleiben in diesen Parkhäusern oder in diesen Stellen, wo sie gesammelt worden sind, bei diesem Aufwand ganz viele Fahrräder stehen, weil wir hier, anders als beim Kraftfahrzeug, keine Erkennung haben, wer der Halter dieses Fahrzeuges ist. Offensichtlich sind die Erfahrungen dort nicht so gut, bezogen auf die Frage des Zurückholens.

Ich denke schon, Herr Jägers, dass das, was Herr Mützelburg angesprochen hat, dass man die Relation, wie gehe ich mit Autofahrern um und wie gehe ich mit Fahrradfahrern um, wenn ich an dieser Stelle etwas Neues praktizieren will, schon berechtigt eingeführt worden ist, weil wir aufgrund der Überwachungssituation, das kann man ja nicht schöner reden, eben in ganz vielen Bereichen, nicht nur der Innenstadt, sondern auch in den Wohnvierteln, abgestellte Pkw haben, die in Zonen parken, wo sie nicht parken dürfen. Insofern könnte jetzt so eine gezielte Aktion in Richtung Fahrradfahrer doch sehr missverständlich sein.

Wir sind uns einig darüber, dass bestimmte Dinge von uns nicht tolerierbar sind. Die Frage ist nur: Mit welchen Mitteln gehe ich da vor? Wenn ich Sie richtig verstanden habe, möchte Frau Schreyer gern, dass wir, vergleichbar zu anderen Städten, Schilder aufbauen, in denen ausdrücklich über die bestehende Rechtsauslegung hinaus Fahrräder geräumt werden. Der Kollege Jägers hat vorgeschlagen zu sagen, wendet doch die bestehenden Gesetze intensiv an. Das heißt, dass Fahrräder überall da, wo sie so abgestellt worden sind, dass sie die Passanten, und darum geht es ja im Wesentlichen auf dem Bahnhofplatz, gefährden, dann sofort und nach Möglichkeit kostenpflichtig abgeräumt werden.

Das sind zwei Positionen. Ich neige zu der, die Herr Jägers hier vorgetragen hat, ehe wir mit einer besonderen Beschilderung beginnen und mit einem verstärkten Einsatz von Personal aufseiten der Polizei. Das ist ja dann auch zwingend notwendig.

Wenn wir uns darauf verständigen können, dass es in der Weiterverfolgung das gemeinsame Anliegen ist, dass es nicht hinnehmbar ist, wenn Fahrradbügel da sind und Fahrräder kreuz und quer abgestellt werden und den Verkehr gefährden, sondern dass dann auch eingeschritten wird und der Kollege Schulte seine Mitarbeiter motiviert, dies verstärkt im Rahmen der vorgeschriebenen Gesetze zu kontrollieren, dann kann ich gut damit leben. Wenn es aber bedeutet, dass wir Schilder aufstellen sollen, mit all den Konsequenzen, die tatsächlich auch noch rechtlicher Auseinandersetzungen bedürfen, hätte ich Schwierigkeiten damit.

Sie müssten sich also vielleicht noch einmal äußern oder zumindest nicken, wenn wir uns darauf verständigen können, es weiter zu verfolgen, möglicherweise auch noch einmal eine weitere Aktion zu machen und im Übrigen die Fahrräder, die auch nach heutiger Gesetzgebung verkehrsgefährdend abgestellt sind, dann auch entsprechend abräumen, glaube ich, dann sind wir auf einem guten Weg. - Schönen Dank!

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Vizepräsident Dr. Kuhn: Als Nächste hat das Wort die Abgeordnete Frau Schreyer.

Abg. Frau **Schreyer** (CDU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir von der CDU-Fraktion sind mit dem Vorschlag, den die Senatorin gemacht hat, einverstanden, wenn denn die unsachgemäß abgestellten Fahrräder, die die Fußgänger behindern, auch wirklich entfernt werden.

(Zuruf des Abg. Dr. Sieling [SPD])

Das ist eben nicht so gewesen! Sagen Sie mir einen Fall, wo ein Fahrrad weggenommen worden ist! Das nehme ich Ihnen nicht ab! Wir werden Kontakt mit dem Innensenator aufnehmen müssen, das wird auch geschehen, und warten wir es einmal ab! Mit einer erneuten Kampagne, wenn sie denn sehr schnell stattfinden kann, sind wir einverstanden, sonst kommt das Thema eben noch einmal auf die Tagesordnung. - Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Dr. Kuhn: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Zunächst einmal möchte ich darauf hinweisen, dass die Antragsteller den Termin im letzten Ab-

satz des Antrags auf September 2000 geändert haben möchten.

Es ist seitens der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen die Überweisung des Antrags der Fraktionen der CDU und der SPD mit der Drucksachen-Nummer 15/138 S an die städtische Deputation für Inneres beantragt worden.

Wer dieser Überweisung seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür Bündnis 90/Die Grünen)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen SPD und CDU)

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, der Antrag auf Überweisung ist abgelehnt.

Dann kommen wir zur Abstimmung in der Sache.

Wer dem Antrag der Fraktionen der CDU und der SPD mit der Drucksachen-Nummer 15/138 S seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD und CDU)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen Bündnis 90/Die Grünen)

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft stimmt dem Antrag zu.

Aktionsplan Bauen in Bremen

Große Anfrage der Fraktionen der CDU und der SPD
vom 9. Mai 2000
(Drucksache 15/139 S)

Dazu

Mitteilung des Senats vom 20. Juni 2000

(Drucksache 15/195 S)

Dazu als Vertreter des Senats Frau Senatorin Wischer, ihr beigeordnet Staatsrat Logemann.

Frau Senatorin, wünschen Sie die Antwort auf die Große Anfrage hier mündlich zu wiederholen? - Das ist nicht der Fall.

Es folgt eine Aussprache, wenn dies Mitglieder der Bürgerschaft in Fraktionsstärke verlangen. - Das ist der Fall.

Dann treten wir in die Aussprache ein.

Das Wort hat der Abgeordnete Pflugradt.

Abg. **Pflugradt** (CDU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die große Koalition hat sich ein Sanierungsprogramm mit zwei besonderen Schwerpunkten im Bereich des Investitionsprogramms vorgenommen, nämlich Arbeitsplätze zu schaffen und die Menschen davon zu überzeugen, dass sie nicht ins Umland abwandern, sondern in Bremen bleiben beziehungsweise in bremische Gefilde zurückwandern.

Wir wissen gemeinsam, wenn jemand die Grenzen unseres Landes verlässt, dann bedeutet dies, dass im Durchschnitt 8000 DM pro Einwohner verloren gehen. Ein Stück unserer Finanzproblematik ist, dass uns in den letzten 20 Jahren viel zu viele Bremer verlassen haben.

Wenn wir uns einmal die letzten zehn Jahre anschauen - es gibt eine Untersuchung des Kommunalverbundes -, ist es so gewesen, dass Bremen 1991 552.000 Einwohner hatte und 1998 543.000, also ein Minus von rund 8000. Wenn wir uns in der Nachbarschaft umschaun und nach Oldenburg gehen, dann hatte Oldenburg 1991 143.000 Einwohner und 1998 154.000, also ein Plus von 11.000, während wir 8000 verloren haben. Wenn ich mir anschau, wie die Fertigstellung von Wohneinheiten gewesen ist, man erinnere sich, Oldenburg hatte einmal 143.000 Einwohner, wir fast das Vierfache, nämlich 552.000, dann gab es in Oldenburg in diesem Zeitraum 11.000 Fertigstellungen von Wohneinheiten und in Bremen lediglich 16.000.

(Abg. Frau Jansen [SPD]: Das ist eine ganze Menge!)

Das ist eine ganze Menge, aber ich glaube, dass wir schon eine Menge getan haben, aber wir unseren Weg nicht verlassen dürfen, sondern ihn noch verstärken müssen. Ich will das noch einmal sagen, weil ja der eine oder andere sagt, Oldenburg sei da so eine Ausnahme. Ich habe diese Zahlen auch in der Deputation und bei verschiedenen Debatten und Diskussionen schon mehrfach erwähnt.

Es gab jetzt vor kurzem dieses kleine Büchlein „Bremen in Zahlen, die Stadt Bremen im Städtevergleich“. Da stellen wir zum Beispiel fest: Stuttgart hat zum Beispiel eine etwas höhere, aber ähnliche Einwohnerzahl, nur hat Stuttgart im

Jahr 1998 im Grunde genommen 40.000 Zuwanderer gehabt, wir lediglich 21.000. Wenn ich mir Frankfurt anschau, dann haben sie dort sogar einen Wanderungsgewinn von 1500 gehabt, oder Hamburg, das ist ja viel größer, hat 1998 einen Einwohnerverlust von 1600 gehabt, wir über 2500. Trotz der Anstrengungen, die wir gemacht haben!

Wenn ich mir 1999 anschau, dann stellen wir fest - das ist ja der Controllingbericht des Finanzressorts, da wird auf die verschiedenen Bereiche und auch auf die Wanderungen im Jahr 1999 eingegangen -, dass die Fortzüge in Bremen 13,7 Prozent betragen, aber die Zuzüge 19,5 Prozent. Dies signalisiert - -.

(Zuruf von der SPD)

Ja, Zahlen muss man auch manchmal nennen. Herr Hattig spricht immer von Fakten, ich spreche von Zahlen.

(Zuruf der Abg. Frau Jansen [SPD])

Ja, ich komme sofort dazu! Nicht ungeduldig werden! Wenn wir feststellen, dass es eine zunehmende Tendenz von Fortzügen gibt, und parallel feststellen, dass wir uns in den letzten Jahren verstärkt dem Einfamilienhausbau gewidmet haben, dann weiß man, dass das kommunizierende Röhren sind.

Ich will weitere Zahlen nennen, Frau Kollegin, die sind vor kurzem einmal veröffentlicht worden, nämlich die genehmigten Ein- und Zweifamilienhäuser in westdeutschen Ballungsräumen im Zeitraum von 1995 bis 1999! Das Bundesgebiet liegt bei einem Plus von 23 Prozent, die Ballungsräume liegen bei 46 Prozent. Hannover liegt bei minus 15 Prozent - ich will nicht immer darauf eingehen, wer da regiert -, München bei plus 44 Prozent, Nürnberg bei plus 22 Prozent, Berlin bei 48 Prozent, Hamburg bei 51 Prozent und Bremen bei 57 Prozent.

Man kann also für meine Begriffe - und das wissen ja auch diejenigen, ich will es aber noch einmal für alle Kolleginnen und Kollegen hier sagen - daran schon deutlich ablesen, und das wissen wir ja auch aus unseren vielfältigen Gesprächen, wenn wir gerade in dem Bereich, wo die Abwanderung stattfindet, nämlich im Einfamilienhausbereich, etwas tun, dass man die Abwanderung auch stoppen kann, und unser Ziel ist es ja eigentlich sogar, Zugewinne zu erreichen. Ich finde, dies muss unser gemeinsames Ziel sein.

Das in der letzten Legislaturperiode aufgelegte Programm „Bremer bauen in Bremen“ mit dem

Grundstückskostenzuschuss, mit der Verpflichtung der Bauträger, mindestens 30 Prozent dieser Grundstücke zu veräußern, wenn wir ein Gebiet ausweisen, diese Dreißigprozentregelung, die wir vor drei Jahren eingeführt haben, hat sich hervorragend bewährt. Bauträgerfreie Grundstücke gab es ja lange Zeit in Bremen überhaupt nicht. Wer individuell bauen wollte, konnte im Grunde genommen in Bremen gar nicht bauen.

Der eine oder andere Investor hatte damit ja ein bisschen seine Probleme. Darüber gab es ja auch kritische Diskussionen. Jetzt stellen wir plötzlich in Borgfeld-Ost fest: Von den gut 200 Einheiten sind fast 90 Prozent als bauträgerfreie Grundstücke veräußert worden; nicht mehr diese 30 Prozent, die wir als Mindestforderung hatten, sondern sogar 90 Prozent, und wir stellen fest, dass von diesen Käufern natürlich ein großer Teil Bremer sind.

Ich stelle auch am Beispiel Borgfeld-Ost fest, dass rund 20 Prozent derjenigen, die da bauen, aus dem Umland, aus Niedersachsen kommen. Das ist genau das, was wir wollen, und deswegen haben wir ja auf die vielen Wohngebiete, auf die ich gleich noch einmal eingehen werde, gedrängt, trotz mancher Schwierigkeit, die wir dabei anfangs hatten.

Ich will in dem Zusammenhang, wenn wir über die Frage Wohnungsbaupolitik diskutieren, noch einmal zwei andere Zahlen nennen! Wir wissen, dass pro Jahr im Land Bremen 1,2 Milliarden DM vererbt werden, das ist eine Menge Geld. Diejenigen, die sich damit beschäftigen, die das untersuchen, sagen, dass ein großer Teil dessen, was da vererbt wird, gerade von den Erben wieder in den Einfamilienhausbau gesteckt wird. Das ist genauso, wenn Sie die Leute einmal fragen, die im Lotto gewonnen haben, wo sie das Geld hineinstecken wollen.

(Abg. Mützelburg [Bündnis 90/Die Grünen]: Irgendwie muss man die halbe Stunde ja auch füllen!)

Die meisten sagen, sie wollen eine Reise machen,

(Abg. Engelmann [SPD]: Ich nicht!)

aber sie wollen sich auch ein eigenes Heim schaffen.

(Zuruf des Abg. Focke [CDU] - Heiterkeit bei der CDU)

Deswegen, glaube ich, ist es sehr wichtig, dass wir uns diesem Bereich ganz besonders widmen, um Abwanderung aus Bremen und Bremerhaven zu stoppen.

Ein weiterer Beleg dafür, dass das häufig gar keine Frage des Geldmangels ist, sondern eher eine Frage der entsprechenden Grundstücke, beweisen zwei andere Zahlen. Frau Kollegin, Sie haben mich ja eben ein bisschen ermahnt, dass ich nicht so viele Zahlen sagen soll, aber Zahlen sind manchmal ganz gut, darüber kann man sich nicht so streiten.

Es ist zum Beispiel in Borgfeld-Ost so, dass die Eigengeldquoten derjenigen, die dort investieren - meistens ist es ja so, denkt man immer, dass die meisten Leute das über Banken oder Sparkassen finanzieren, das ist ja auch richtig so -, so ist uns das berichtet worden, bei 50 Prozent liegen, in anderen Stadtteilen, in Oberneuland, da, wo wir Gebiete ausgewiesen haben, liegt sie bei 70 Prozent.

Dies zeigt, dass wir in der Vergangenheit gerade denjenigen, die individuell bauen wollen und auch ein Stück weit Geld anlegen wollen, nicht die Möglichkeit gegeben haben, in Bremen zu investieren. Das ist genau der Fehler, der uns in diese Finanzmisere geführt hat, und deswegen ist das für uns so ein wichtiges Thema, dass wir hier in Bremen entsprechende Gebiete ausweisen.

(Beifall bei der CDU)

Ich will noch einmal auf ein Stichwort zum Thema Ökosteuer von Frau Lemke-Schulte, die jetzt nicht anwesend ist, zurückkommen. Der eine oder andere möchte ja lieber Schmetterlinge ansiedeln und nicht Menschen. Wenn wir jedoch nicht in Bremen die entsprechenden Gebiete ausweisen, dann passiert das, was in der Vergangenheit immer wieder passiert ist, dass sich nämlich die Menschen im Umland angesiedelt haben, zehn, 20, 30 Kilometer vor den Toren dieser Stadt, mit der Folge, dass sie jeden Tag zum Arbeiten, zum Einkaufen, zum Freizeitvergnügen in die Stadt fahren und auch wieder zurückfahren.

Dies ist unter ökologischen Gesichtspunkten eine völlig verkehrte Politik, denn wer will, dass wir in diesem Bereich auch ökologische Fakten beachten, der muss akzeptieren, dass es gerade aus ökologischen Gründen notwendig ist, dass wir in Bremen entsprechende Bauflächen ausweisen, so wie wir das auch schon gemacht haben und wie es aus unserer Sicht noch stärker zu geschehen hat.

(Beifall bei der CDU)

Wir haben nach großen Mühen erreicht, dass Brokhuchting im Jahre 1995 in die Koalitionsvereinbarung kam. Es gab viele Mühen. Ich hoffe,

dass es uns gelingt, dass im nächsten Jahr dort endlich mit dem Bau begonnen werden kann.

(Beifall bei der CDU)

Das Gleiche gilt für Borgfeld-West. Es ist im Laufe der letzten Legislaturperiode, was bei der Koalitionsvereinbarung noch nicht der Fall war, dank Dr. Schulte gelungen, mit dem Koalitionspartner zu erreichen, dass die Bebauung der Osterholzer Feldmark angestrebt wird. Solange das Bauresort von der CDU geführt wurde, wurde noch angestrebt, innerhalb der Jahre 2000/2001 mit dem Bau zu beginnen.

Uns überraschte neulich eine Vorlage in der Bau-Deputation, und auch die Drucksache, die uns hier erreicht hat, spricht plötzlich von ganz anderen Rahmendaten. Erstens hat Frau Wischer, das will ich noch einmal erwähnen, im Beirat Anfang dieses Jahres noch ausgeführt, dass dieser Rahmenplan, der für die Osterholzer Feldmark vorgelegt werden soll, uns im Mai dieses Jahres erreichen würde. Der Mai ist vorüber, wir werden frühestens im Herbst diesen Rahmenplan bekommen. In dieser Mitteilung des Senats steht, dass mit dem Bau frühestens im Jahre 2004 begonnen werden soll. In der Deputationsvorlage stand sogar nur, dass mit dem Bau des Landschaftsparkes im Jahre 2004 begonnen wird, aber zur Frage der Wohnbebauung stand nichts darin.

Die Konsequenz war, dass wir als Koalitionspartner gesagt haben, hier möge man uns einen neuen Bericht zuleiten, wieweit man die Zeiten verkürzen kann. In der darauf folgenden Sitzung wurde dann mitgeteilt, mit der Wohnbebauung und auch dem Bau des Landschaftsparks könne im Jahre 2003 begonnen werden. Eine Begründung, warum man plötzlich von 2004 auf 2003 kommen kann, wurde nicht gegeben. Weil wir alle so entscheidungsfreudig sind, wobei ich das wir jetzt nicht auf die CDU, sondern auf unseren Koalitionspartner beziehe, hat dann dieser netterweise verlangt, diese Vorlage bis zum Oktober dieses Jahres auszusetzen.

Meine Damen und Herren, ich glaube nicht, dass dieses Vorgehen, dass jeder angekündigte Termin nicht eingehalten wird, und wenn dann Termine angekündigt werden, dass dann die Vorlagen ausgesetzt werden, eine Maßnahme ist, um den Wohnungsbau in Bremen voranzutreiben und zu beschleunigen. Aus meiner Sicht ist das Gegenteil der Fall.

(Beifall bei der CDU)

Wenn wir es wirklich ernst meinen mit unserer Sanierungspolitik, dann sollten wir gerade bei

solch einem wichtigen Wohnungsbauvorhaben, wo über 2000 Wohneinheiten errichtet, 4000 bis 6000 Menschen angesiedelt werden sollen, Menschen, die wir in Bremen halten können, und das multiplizieren Sie einmal mit 8000, dann wissen Sie, was das für Steuerausfälle oder Steuereinnahmen bewirkt, uns alle gemeinsam darüber im Klaren sein, wie dringend das ist, und wie notwendig es ist, hier tätig zu werden.

Es wurde ja, meine Damen und Herren, im Zusammenhang mit unserer Großen Anfrage, die Drucksache ist vom 20.6.2000, in den letzten Tagen jetzt wohl festgestellt, dass die Anlage nicht dabei war, diese ist uns dann allen in die Fächer nachgereicht worden.

(Abg. Frau Lemke-Schulte [SPD]: Ja, beeindruckend!)

Ja, beeindruckend, fand ich auch! Ich habe erst einmal gelesen: Einfamilienhausprojekte in den Jahren 2000/2001. Die nächste Zeile ist dann schon interessanter. Da steht: „Auszug aus dem Baufertigstellungsplan, Stand 30.9.1999.“ Wir schreiben den September des Jahres 2000. Dass man einen so alten Baufertigstellungsplan hat, ist schon beeindruckend, wenn er dann auch noch verspätet - -.

(Abg. Frau Möbius [SPD]: Dafür ist er korrekt berechnet, nicht so wie beim Musical!)

Wenn ich mir diesen Plan anschau, dann stelle ich zum Beispiel fest, dass die darin vorgesehenen Maßnahmen in der Leuchtenburger Straße in Bremen-Nord schon 1999 fertig gestellt sind, die sollen aber erst im Jahre 2000/2001 fertig gestellt werden, oder In den Wellen, das ist in meiner unmittelbaren Nachbarschaft, da fahre ich fast jeden Tag vorbei, diese 32 Einheiten, da fehlen noch zwei, die sind also schon erstellt. Wenn ich den Scheffelsweg nehme, da ist man sich noch nicht einmal mit den Eigentümern klar. Dass das im Jahre 2001 fertig wird, ist völlig unrealistisch. Oder der Achterdiekpark, da haben wir gerade die öffentliche Auslegung beschlossen! Das kann gar nicht im Jahre 2001 fertig werden.

Auch bei der Osterholzer Dorfstraße 17/23, die uns Baudeputierte mehrfach beschäftigt hat, wissen wir, dass da gerade - vielleicht - mit der Erschließung begonnen wird, es ist also völlig unrealistisch, dass da diese 40 Einheiten im Jahre 2000/2001 erstellt werden. Das heißt, die 2356 Wohneinheiten, die in diesen zwei Jahren erstellt werden sollen, sind mit diversen Fragezeichen zu versehen. Deswegen wäre es auch ganz klug gewesen, wenn man zum Beispiel solch eine Debatte macht, dass man einen aktualisierten Bau-

fertigstellungsplan uns hier zuleitet und nicht einen veralteten. Dass es im Wohnungsbau immer wieder einmal auch Verzögerungen gibt, kann ich keinem vorwerfen und will ich keinem vorwerfen, aber man sollte für solch eine Debatte uns doch korrekte Zahlen zuleiten. Ich glaube nicht, dass uns das Vorgelegte gemeinsam hilft.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, wir haben in der Koalitionsvereinbarung einen Passus, der da besagt, dass wir neben den Wohnbaugebieten, die ich angesprochen habe, die ganz wichtig sind, wie Brokhuchting, wie Borgfeld, wie Osterholzer Feldmark und so weiter, in allen Stadtteilen zusätzliche Baugebiete ausgewiesen wissen wollen. Wir wissen alle gemeinsam, dass jemand, der im Westen wohnt, nicht unbedingt nach Huchting zieht, zum Beispiel nach Brokhuchting. Die Leute orientieren sich zum größten Teil an ihrem Wohnumfeld. Sie möchten da wohnen bleiben, weil da Bekannte, Verwandte sind, weil die Kinder da zur Schule gehen und so weiter.

(Zuruf der Abg. Frau Jansen [SPD])

Herr Präsident, Frau Jansen wollte sich äußern! Ich habe kein Problem damit, wenn sie sich meldet.

(Abg. Frau Lemke-Schulte [SPD]: Manche können auf Zwischenbemerkungen eingehen!)

Ich kann aber auf die Zwischenbemerkung nicht eingehen, wenn ich sie akustisch nicht mitbekomme! Frau Jansen, sagen Sie das doch einfach laut, dann bekommen wir es alle mit, dann kann ich darauf antworten! Das wäre ganz nett!

(Beifall bei der CDU - Abg. Frau Jansen [SPD]: Ich habe meinen Stadtteil verteidigt!)

Ich habe es wegen des fehlenden Mikrophons immer noch nicht verstanden, aber dann lasse ich es auch lieber. Machen Sie ruhig weiter Ihre Zwischenbemerkungen! Mich irritiert das nicht.

Ich wollte nur darauf hinweisen, dass es ein Stück weit ein Problem ist, dass wir in allen Stadtteilen entsprechende Wohngebiete haben, und wenn wir die nicht haben, dann wandert man in das Umland ab, und deswegen ist es notwendig, entsprechende Gebiete bereitzustellen. Nun wird in der Vorlage auf diese Gebiete hingewiesen, auf der Seite drei werden verschiedene Wohngebiete angesprochen. Wenn ich die Einfamilienhausprojekte und Mehrfamilienhausprojekte nehme, dann sind das insgesamt rund 1088. Ich stelle nur fest, dass mit einem Baubeginn - -

(Zuruf des Abg. Dr. Güldner [Bündnis 90/Die Grünen])

Aus Zeitgründen habe ich auf die Einfamilienhausprojekte und auf die Mehrfamilienhausprojekte hingewiesen, ich kann Ihnen auch sagen, dass es insgesamt 282 Einfamilienhausprojekte sind und 806 Mehrfamilienhausprojekte. Eine weitere Differenzierung habe ich nicht.

Lediglich bei 147 dieser 1088 Projekte ist geplant, in den Jahren 2001 bis 2003 mit dem Bau zu beginnen. Der Rest soll erst in der nächsten Legislaturperiode begonnen werden. Wenn ich dann auf der Seite acht die weiteren Bereiche neben dem Ein- und Mehrfamilienhausbereich betrachte, das habe ich jetzt nicht zusammengezeichnet, aber Sie haben ja auch die Vorlage, in diesen Gebieten, Osterholzer Möhlendamm, Garnbleiche, Schneverdingen Straße und so weiter, Konrad-Adenauer-Allee, Pagentorner Heimweg, Wölpsche, dann stelle ich fest, dass auch bei all diesen ein Baubeginn in der nächsten Legislaturperiode vorgesehen ist.

Meine Damen und Herren, aus diesen Beispielen wird für meine Begriffe deutlich, dass wir ein Stück weit hier die Arbeit forcieren müssen, denn wenn ich das eine oder andere Beispiel nehme wie die Osterholzer Feldmark, zu welcher Zeitverzögerung es hier gekommen ist, dann werden wir unser Ziel, dass hier stärker im Einfamilienhausbereich investiert wird, dass die Leute sich hier ansiedeln können, nicht erreichen.

(Beifall bei der CDU)

Um dieses Ziel zu erreichen, haben wir auch in die Koalitionsvereinbarung hineingeschrieben, dass es einen Grundstücksfonds gibt. Der Senat weist ja in seiner Vorlage darauf hin, dass 90 Prozent der vorhandenen Flächen in der Hand von Bauträgern sind. Dies war in der Vergangenheit ein Problem. Wir haben das mit der Dreißigprozentregelung ein Stück weit verändert, allerdings werden wir weiter auf solch einen Grundstücksfonds drängen, wobei ich auch darauf hinweisen möchte, dass dieser Grundstücksfonds, wenn er durch die Stadt eingerichtet wird, keine Konkurrenz für die Privaten, sondern eine Ergänzung zu den privaten Bauträgern sein soll. Deswegen, glaube ich, ist es sinnvoll, dass wir solch einen Grundstücksfonds einrichten. Auch hier, sage ich, könnte das Ressort noch ein bisschen schneller arbeiten, denn bisher haben wir hier keine konkreten Vorschläge erhalten, so wie es die Koalitionsvereinbarung vorsieht.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, ich will aus Zeitgründen, damit ich nicht zu lange rede, auf die verschiedenen anderen Aspekte, auf die man eingehen könnte, wie etwa Wohnungsbauförderung, Städtebauförderung und so weiter, nicht eingehen. Dies ergibt sich vielleicht noch aus der Debatte. Ich will nur sagen, dass man natürlich, wenn man Menschen in dieser Stadt halten will, nicht nur auf die Gebiete schauen soll, wo man Neubauten macht, sondern auch auf die Substanz schauen muss. Dazu gehört die Modernisierungsförderung, Städtebauförderung. Da gibt es, glaube ich, auch keinen Dissens, deswegen will ich darauf auch gar nicht vertieft eingehen.

Worauf ich noch einmal hinweisen möchte, weil das besonders aktuell ist, ist Osterholz-Tenever. Das ist das Engagement des Senats bei den Krause-Bauten, was wir sehr begrüßen, was notwendig ist. Darüber hinaus haben wir ein kleines Problem in Bremerhaven, auch hier wird der Senat ja entsprechende Lösungen erarbeiten, und ich weise darauf hin, dass wir bei der Grohner Düne auch noch ein kleines Problem haben. Da muss auch noch etwas gemacht werden. Ich halte es für einen richtigen Weg, dass wir uns auch um diese Bereiche kümmern, und möchte meinen ersten Beitrag damit beenden. - Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Dr. Kuhn: Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Dr. Sieling.

Abg. **Dr. Sieling** (SPD): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir haben diese Große Anfrage gemeinsam als Koalition eingebracht, und ich möchte hier einmal sagen, was wir damit eigentlich verfolgen und verfolgt haben. Ich sage dies auch deshalb, weil das Programm „Bremer bauen in Bremen“ ein Programm ist, das ja ungefähr in den Jahren 1994/95 geboren wurde und dann in der Tat erst in der großen Koalition richtig in die Umsetzung gekommen ist, aber geboren wurde es schon in der Vorzeit. Es ist ein Programm, das sehr stark auf sozialdemokratischer Grundlage steht. Wir haben diese Eigentumsförderung in der Baupolitik in Bremen eingeleitet, das war ein richtiger Weg, dazu stehen wir, und darum können wir das hier auch gut weitermachen.

(Zuruf des Abg. Focke [CDU])

Ich glaube, die beste auch längerfristige Tradition in der Frage der Eigentumsbildung im Bereich Wohnen haben immer noch Sozialdemokraten. Ein entscheidender Anstoß war relativ früh in der sozial-liberalen Koalition des Bundes die Bauparförderung, darauf will ich nur hinweisen. Wir

sind es, die für die Schaffung von Eigentum im Wohnungsbereich stehen und uns dafür immer eingesetzt haben.

(Beifall bei der SPD)

Jetzt will ich aber noch einmal deutlich machen, dass wir auch, wenn wir hier über Wohnungsbau- politik und Wohnungsbauförderung reden und heute auch einen Schwerpunkt haben, der diesen Bereich der Eigentumsförderung umfasst, nie vergessen sollten, dass die überwiegende Zahl der Menschen in Deutschland immer noch in Mietwohnungen und zur Miete wohnt,

(Beifall bei der SPD)

so dass wir auch Anwalt von Mietern sind und Anwalt für den Mietwohnungsbau. Das will ich ausdrücklich voranstellen.

(Abg. Eckhoff [CDU]: So als Mieter empfinde ich das auch!)

Der Kollege Pflugradt hat schon eine ganze Reihe von Zahlen, Daten und Fakten genannt, auf die ich jetzt nicht mehr zurückgehen möchte. Allerdings möchte ich noch auf einen Trend zusammenfassend hinweisen, das ist die Tatsache, dass in den vergangenen Jahren die Zahl der Einfamilienhausobjekte in der Tat stark angewachsen ist, der Bau von Mehrfamilienhäusern hingegen in der Stückzahl stagniert hat.

(Zuruf der Abg. Frau Jansen [SPD])

Ja, man darf aber in dem Zusammenhang trotzdem nicht vergessen, dass wir immer noch weit mehr Wohneinheiten in Mehrfamilienhäusern als in Einfamilienhäusern schaffen. Das darf man natürlich nicht vergessen.

Entscheidender ist aber bei all diesen Zahlen, dass wir das Ziel hatten, und das ist ein Ziel aller, das ist keine Sache der großen Koalition allein, weil es darum geht, die Selbständigkeit des Landes zu sichern und dafür 50.000 Einwohner mehr zu gewinnen. Das war die Zielzahl, mit der wir 1995 angetreten sind und in der Tat auch den Einfamilienhausbau ausgeweitet haben.

Wenn man sich diese Zahlen ganz nüchtern ansieht, muss man allerdings feststellen, dass die Bevölkerungsentwicklung Bremens sich schwieriger entwickelt hat. Wir hatten noch 1990 einen Bevölkerungszuwachs netto am Ende des Jahres von 6900 Einwohnern. Dies hat sich gewaltig reduziert und ist seit 1993 abnehmend, und wir hatten im Jahr 1998 mit über 3000 Nettoverlust den höchsten Einwohnerverlust insgesamt. Wir sind

von der Zielzahl, 50.000 Einwohner zu gewinnen, weit entfernt; trotz des Ausbaues von Einfamilienhäusern gibt es diesen Trend, der im Übrigen in allen Großstädten so ist. Das sollte man einmal nüchtern zur Kenntnis nehmen, bevor man schlicht sagt, der Bau von Einfamilienhäusern sei das Rezept, das die Probleme am Ende des Tages löst.

Der entscheidende Punkt, darauf will ich auch gleich zu sprechen kommen, für Zuwanderungsgewinne ist der, ob es gelingt, Fernwanderung auf Bremen zu ziehen. Es ist keine Frage der Umlandwanderung. Der Kollege Pflugradt hat die richtigen Beispiele genannt. Ökonomisch wirtschaftlich starke Städte wie Stuttgart und Frankfurt stehen dafür, sie haben Fernwanderungsgewinne. Wir haben Anfang der neunziger Jahre auch Fernwanderungsgewinne gehabt, als alle Großstädte diese hatten im Zusammenhang der Zuwanderung aus Osteuropa und so weiter.

Diese Fernwanderungszeiten aber sind so vorbei. Wir müssen uns heute klug überlegen, wie wir es eigentlich organisieren. Das ist zum einen eine Aufgabe der Wirtschaftsstrukturpolitik, natürlich eine wirtschaftliche Stärke zu erreichen, um mehr Fernwanderung zu erzielen. Auf der anderen Seite müssen wir aber auch überlegen, mit welchen Maßnahmen wir es eigentlich erreichen, dass die Leute dann in Bremen auch wohnen und nicht in das Umland und an den Stadtrand gehen.

Ich glaube, dass die Potentiale, die wir bieten - ich sage zu dieser aufgeworfenen Frage gleich noch einmal etwas -, also das, was wir an Angeboten haben, das weist die Antwort des Senats hervorragend aus, in der Tat sehr gut sind. Bis 2010 schon jetzt 24.000 Wohneinheiten anzubieten, davon 11.000 im Einfamilienhausbereich und 13.000 im Mehrfamilienhausbereich, ist eine hinreichende, eine gute Zahl, und die bekannten, auch gut laufenden Wohngebiete sagen das ihre.

Es ist also, und das hat auch keiner gesagt, nicht das Problem, dass wir einen Mangel an Wohnbauflächen hätten und dass wir einen Mangel an großen Wohngebieten haben.

(Beifall bei der SPD)

Das kann nun wirklich keiner behaupten. Borgfeld-Ost läuft super, Borgfeld-West wird gut laufen, und dann werden wir zeitgerecht auch die Osterholzer Feldmark ins Rennen schicken. Das ist ja angesprochen worden, das war die Geschichte, ich flechte das ein, die im Sommer zu leichter Aufgeregtheit geführt hat, weil wir eine Bündelung von Entscheidungen zur Feldmark erwirkt haben.

Ich bin der Auffassung, auch angesichts der Tatsache, dass noch ein Gerichtsverfahren anhängig ist, dessen Urteil in den nächsten zwei bis drei Wochen ansteht, und wir dort wirklich einen Kernbereich haben, der sorgfältig entwickelt werden muss, dass es nicht auf drei Wochen ankommt, sondern wir wollen das vernünftig machen. Darum haben wir uns dafür eingesetzt, dass sich im Oktober die Baudeputation im Übrigen nicht nur mit den Wohnungsfragen, sondern auch mit den verkehrspolitischen Fragen befasst.

(Beifall bei der SPD)

Was hilft uns ein gutes Wohngebiet, wenn es nicht erreichbar ist, meine Damen und Herren? Darum war es vernünftig, dass wir das gemacht haben, und ich weise darauf hin, dass in Osterholz im Bereich Ehlersdamm auch heute schon mit dem Bauen begonnen werden kann. Es ist also nicht so, dass dort keine Angebote vorhanden wären und wir in einen Stau geraten. Ganz und gar nicht! Wir fassen die Sache sauber an, das hat nichts mit Blockade zu tun, sondern mit einer vernünftigen erfolgsorientierten Entwicklung auf dem Wohnungsbausektor.

Konzentrieren möchte ich mich auf die Nachfrage am Wohnungsmarkt, weil wir uns sicherlich alle einig sind, dass das mengenmäßige Angebot völlig ausreichend ist und wir auch in einer guten Situation mit der Entwicklung der bauträgerfreien Angebote dastehen. Darauf möchte ich aber nachher im Zusammenhang mit der Diskussion um ein immer wieder gern formuliertes neues Instrument, das auch der Kollege Pflugradt angesprochen hat, nämlich dem Grundstücksfonds, zu sprechen kommen.

Ich darf aber vorher noch einmal sagen, dass wir in der Wohnungsbaupolitik aufpassen müssen, dass wir nicht in Zwei- oder Dreijahreszyklen denken.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Für die nächsten zwei, drei Jahre haben wir genug Flächen im Auge, und wir haben auch den Trend, dass viel nach Einfamilienhäusern gefragt wird. Der Gesamttrend aber ist immer noch so, dass der Zuwachs im Bereich der Einpersonnen- und Zweipersonnenhaushalte liegt. Das ist das einzige Segment des Wohnungsmarktes, das einen Zugewinn erzielt.

(Beifall bei der SPD)

Alle anderen verlieren, auch das Familienwohnen mit drei, vier oder fünf Leuten, nicht nur in Bremen, das ist keine Bremensie, das ist bundesweit!

(Zuruf von der CDU: Der größte Leerstand ist bei den Ein- bis Zweizimmerwohnungen! - Abg. Engelmann [SPD]: Wer will denn noch eine Einzimmerwohnung haben? - Zuruf des Abg. Nölle [CDU])

Herr Nölle, ich rede von Ein- bis Zweipersonenhaushalten! Ich will nicht, dass Leute, die allein leben, zwangsläufig in einem Zimmer wohnen müssen. Ich will auch nicht, dass Leute, die zu zweit leben, in zwei Zimmern wohnen müssen. Darum geht es nicht!

(Zuruf - Heiterkeit bei der SPD)

Ich habe jetzt das Gelächter nicht verstanden, aber es kommt von meiner Fraktion, daher kann es nicht falsch sein!

(Zuruf von der SPD: Richtig! - Heiterkeit - Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Dieser Hinweis auf die Nichtvermietbarkeit von Ein- bis Zweizimmerwohnungen verweist auf einen ganz wichtigen Punkt, wir haben nämlich in der Wohnungsbaupolitik einen Modernisierungstau. Wir haben einen dringenden Bedarf, die bestehenden Bestände zu modernisieren. Darum bin ich auch dafür, meine Damen und Herren, dass wir bei der Wohnungsbauförderung gern und mehr auf die Modernisierungsförderung setzen. Wir haben das in der Haushaltsberatung vorgeschlagen. Die CDU war nicht so ganz bereit, dieses Thema mitzumachen. Ich hoffe, dass wir jetzt das Wohnungsbauförderungsprogramm neu auflegen, vielleicht schon in der nächsten Deputationssitzung, Herr Kollege Pflugradt, und da einen Schwerpunkt auf Modernisierungsförderung setzen, so dass wir das vom Kollegen Nölle aufgeworfene Problem der Ein- bis Zweizimmerwohnungen, die nicht so gut im Trend sind, einmal offensiv angehen, beispielsweise mit dem Programm „Wohnen an Wall und Weser“, das stärker im Innenstadtbereich entwickelt werden soll.

Ich nehme solche Anregungen gern auf, weil sie genau da hineinpassen. Wir brauchen gute Angebote für Ein- bis Zweipersonenhaushalte. Ich kann mich beziehen auf den Mieterverband, aber ich beziehe mich lieber auf den Verband Deutscher Makler, den VDM, der dies noch einmal ausweist und gerade sagt, in den Ballungszentren in den Großstädten seien 45 Prozent aller Haushalte Einpersonenhaushalte, weitere 33 Prozent Zweipersonenhaushalte. Wir reden also nicht nur über die Mehrheit, sondern über fast 75 Prozent der Haushalte, in denen so gelebt wird, und darauf müssen wir eingehen.

Wir sind des Weiteren, was auch den Einfamilienhausbau und seine zukünftigen Nachfragepotentiale betrifft, auch damit konfrontiert, dass wir zurzeit bei der hohen Zahl der Baugenehmigungen und Baufertigstellungen in dem Trend liegen, dass die geburtenstarken Jahrgänge jetzt kaufen und bauen. Diese geburtenstarken Jahrgänge, da braucht man sich auch in Bremen nur die Zahlen anzusehen, brechen spätestens mit dem Jahrgang 1970 ab. Wer 1970 geboren ist, ist heute 30 Jahre alt.

(Zuruf von der CDU)

Zwei Mark sind nicht weit von fünf Mark, aber von 1970 bis 2000 sind 30 Jahre!

Diese Leute kommen in den nächsten fünf Jahren noch einmal heftig an den Markt. Danach geht es aber mit der Nachfrage hinunter, und auch, was die Erbgeneration betrifft, der Kollege Pflugradt sprach es an: Dort gibt es ernst zu nehmende Prognosen, dass die Erbgeneration natürlich irgendwann zum Ende hin tendiert, und wie es in fünf oder sieben Jahren aussieht, werden wir sehen.

Auf jeden Fall will ich noch einmal eine schwierige Zahl zur Kenntnis geben, mit der wir in Bremen konfrontiert sind! Die Einwohnerprognosen werden ja auf Bund- und Länderebene zusammengefasst, und es gibt die mit diesem schwierigen technologischen Begriff umfasste, jetzt neu vorgelegte „neunte koordinierte Raumordnungsprognose“, so heißt dieses Gutachten, nach der Bremen im Jahr 2010 auf 500.000 Einwohner zugehen wird, mit einem Trend nach unten, in dem Rahmen! Das geht allen Großstädten so, das ist kein bremisches Problem. Da wird der Punkt sein, an dem wir anknüpfen müssen.

(Abg. Pflugradt [CDU]: Das war schon die These von Thomas Franke von 1970, und deshalb ist das alles so eingerichtet worden!)

Es geht doch nicht um Thesen von Einzelpersonen! Das ist übrigens eine Bund- und Länderkommission, da wirken alle Landesregierungen aller Couleur mit! Die achte, die vorherige Prognose, die auch sehr skeptische Daten nannte - Daten übrigens, die sich jetzt leider bewahrheitet haben -, war auch noch unter der Bundesregierung erstellt worden, die eine andere Farbe hatte als die jetzige. Das ist doch keine ideologische oder parteipolitische Frage, das ist leider schlicht und einfach die Realität!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Da liegt das Problem! Deshalb will ich nur darauf hinweisen, dass wir sehen müssen, dass wir ein Wohnungsangebot schaffen, das eben dann auch in dem Wachstumssegment der Ein- und bis Zweipersonenhaushalte vernünftige Angebote macht, und ich will es auch an konkreten Punkten machen.

Wenn wir die IUB schaffen, die Internationale Universität Bremen, dann bekommen wir einen Zuwanderertypus, neue Leute, die hier hoffentlich dann studieren, aus internationalen Bereichen. Denen schaffen wir natürlich keinen Wohnort in Bremen, wenn wir nur Einfamilienhäuser bauen, sondern dafür wird es gezielt darauf ankommen, hochattraktive Stadtlagen zu entwickeln, in denen solche Leute inklusive der Hochschullehrer wohnen wollen. Ich könnte das ausweiten und über Technopolis reden, also Technologieorientierung, Technologieparkklientel, wo die Menschen wohnen, welche Entwicklung von Wohnen und Arbeiten es gibt, dann wird man sehen, welche Projekte man verfolgen muss, und da will ich einige benennen.

Wir sind uns einig, und ich bin sehr froh, dass wir irgendwann, Frau Senatorin, dann auch den entsprechenden Bebauungsplan für das TÜV-Gelände, das in einem Bereich liegt, der eine wirklich dynamische Wohnungsnachfrage hat, in Peterswerder/Hastedt, anfassen werden. Dort wird es ja eine Veränderung geben, und wir sind uns da koalitionär einig, dass wir dort in stärkerer Weise eine Wohnnutzung machen wollen. Das sind Wohnangebote in der richtigen Lage, die wir brauchen, und wir brauchten sie eigentlich noch in weiteren Sektoren.

Wir haben uns hier im Vorsommer heftig an der Frage der Entwicklung in den alten Hafenvorstädten gerieben. Natürlich kann man in der Hafenvorstadt, man kann übrigens auch im Hohentorshafen, woran ja gearbeitet wird, das Wohnangebot schaffen, das das Wachstumssegment umfasst.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Darum sind wir auch für die Überseestadt gewesen, um dort Wohnungen zu schaffen.

(Abg. Mützelburg [Bündnis 90/Die Grünen]: Nur zu! - Zuruf des Abg. Kastendiek [CDU])

Das wäre richtig gewesen! Ja, Herr Kastendiek, Sie als Hafenpolitiker haben da Ihre richtige Rolle wahrgenommen. Ich hätte mir aber gewünscht, dass auch die christdemokratischen Wohnungs-

baupolitiker ihre Rolle wahrgenommen und dort entschiedener für das Wohnen gekämpft hätten.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Das hätte uns allen in Bremen geholfen und hätte eine Abwanderung vermeiden können.

Meine Damen und Herren, ich will noch einen letzten größeren Bereich nennen, für den wir Sozialdemokraten eigentlich sehr eintreten und wo noch nicht Hopfen und Malz verloren sind, bei der Überseestadt ja im Übrigen auch nicht! Die Entwicklung der Hemelinger Marsch hinüber zum Bremer Kreuz, Hemelinger, Arberger, Mahndorfer Marsch, ist in der Koalition beschlossen, und wir haben auch gesagt, dass wir gerade eine Entwicklung über die nächsten 20 Jahre angehen wollen. Ich kann hier an dieser Stelle nur noch einmal dafür werben, dass wir im Bereich der Arberger Marsch/Mahndorfer Marsch auch Wohnungsbau vorsehen und kein reines Gewerbeband dorthin ziehen, sondern das haben wir als Sozialdemokraten, als SPD-Fraktion, in der letzten Legislaturperiode eingebracht, dass wir an dieser Forderung und an dieser Entwicklung festhalten und auch dort attraktives neues Wohnen ermöglichen, was bisher nicht vorgesehen ist.

In dem Zusammenhang will ich es vielleicht erst einmal damit bewenden lassen, darauf hinzuweisen, dass es in der Tat nicht an Flächen liegt und dass wir als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten auch ein umfangreiches Flächenangebot unterstützen, was wir in der Koalition insgesamt machen. Der Senat ist da auf dem Weg mit der richtigen Politik.

Lassen Sie mich zum Schluss noch einmal die Frage nach den Instrumenten ansprechen! Ich wünsche mir zum einen, wir hatten das gerade bei der Modernisierung im Bestand, dass wir das Wohnungsbauförderungsprogramm jetzt in der Tat anfassen und dann gerade solche Fragen angehen. Da müssen wir richtig Seit an Seit gehen.

Zu dem Grundstücksfonds, den der Kollege Pflugradt gerade angesprochen hat! Da muss man zumindest noch einmal die einen oder anderen Bedenken formulieren. Es gibt jetzt ja Überlegungen, wie man mit einem Modell oder mit einem ersten Versuch starten kann. Den Grundstücksfonds muss man sich so vorstellen, dass an einem eigentlich funktionierenden Wohnungsmarkt mit niedrigen Grundstückspreisen im Verhältnis zu anderen Großstadtregionen und auch mittlerweile zu den Nachbargemeinden wir nun als öffentliche Hand, als Stadt in diesen funktionierenden Wohnungsmarkt eingreifen wollen.

Das macht man, wenn man sagt, der freie Markt funktioniert nicht, da muss sozusagen eine Sozialisierung des Marktgeschehens her. Darauf läuft der Vorschlag zugespitzt hinaus. Da habe ich aber noch die einen oder anderen Bedenken, insbesondere weil es öffentliches Geld binden wird und wir dort dazu kommen, dass wir Gelder bereitstellen müssten, für die wir zur Zeit noch außerplanmäßige Verpflichtungen vornehmen müssten. Ich weiß nicht, ob damit alle Haushalts- und Finanzpolitiker einverstanden wären und einverstanden sind.

Ich bin auch deshalb so skeptisch, weil, der Kollege Pflugradt hat das richtig gesagt, wir mit der Ausweisung bauträgerfreier Grundstücke den richtigen Stein ins Rollen gebracht haben. Die 30-Prozent-Quote ist übersprungen und erhöht worden. Dies ist in der großen Koalition geboren, und das ist auch gut so. Wir lernen ja voneinander und haben die richtigen Anstöße. Ich finde, das ist auch ein marktgerechtes Instrument. Das Instrument Grundstücksfonds finde ich nicht marktgerecht.

Ich habe wirklich meine Zweifel, ob das richtig ist, gerade weil die bauträgerfreien Grundstücke heute in weit größerem Maße angeboten werden, als wir es politisch verlangt haben. Die 30-Prozent-Quote ist doch übererfüllt in Borgfeld-Ost, wird übererfüllt in Borgfeld-West, und in anderen Bereichen wird es vielleicht einen noch höheren Satz geben. Wozu brauchen wir dann noch einmal ein solches öffentliches Instrument, das wieder öffentliche Gelder bindet?

Meine Damen und Herren, ich will zusammenfassend sagen, „Bremer bauen in Bremen“ wird fortgesetzt. Wir setzen natürlich weiter auf eine vernünftige Eigentumsförderung, stellen dafür auch die Flächen an vielen richtigen Stellen zur Verfügung. Was wir brauchen, ist eine noch stärkere Orientierung oder besser eine ausgeprägte Orientierung auf eine Binnenentwicklung, damit wir in den wachsenden Marktbereichen das richtige Angebot an den Markt bringen können. Das ist mehr als Einfamilienhausbau. Das muss eine Neuausrichtung von Wohnungsbauförderung und Wohnungsbaupolitik in Bremen beinhalten. - Danke!

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Kuhn: Als Nächste hat das Wort die Abgeordnete Frau Krusche.

Abg. Frau **Krusche** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wenn ich so die Rede des Kollegen Sieling mit der des Kollegen Pflugradt vergleiche, dann wird mir auch klar, warum die Große Anfrage der großen Ko-

alition eine solch verschwommene ist, ohne klares Profil: weil diese beiden städtebaulichen Positionen schließlich nicht unter einen Hut gehen. Das wird auch in all Ihren Fragen deutlich, leider, meine Damen und Herren.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ich möchte einen etwas anderen Ansatz wählen. Ich möchte den Blick darauf lenken, wie die Situation nicht nur in Bremen ist, sondern auch außerhalb Bremens. Es ist nämlich so, dass die Städte in der Bundesrepublik Deutschland vor einem radikalen Perspektivenwechsel stehen, was den Umgang mit Flächen angeht. Die Zukunft des Städtebaus in Deutschland wird mehr denn je nicht auf der Stadterweiterung liegen, sondern umgekehrt viel mehr in der inneren Erneuerung, im Umbau des Bestandes und in der Einpassung neuer Nutzungen in bestehende Strukturen. Das sind die zentralen Fragen der Stadtentwicklung in Deutschland. Nur, diese Fragen werden bei Ihnen nicht gestellt, und wir bekommen deshalb vom Senat dazu auch keine Antwort.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Der Titel Ihrer Großen Anfrage hält leider nicht, was er verspricht. Ein Aktionsplan „Bauen in Bremen“ setzt meines Erachtens voraus, dass die Koalition zunächst einmal politische Zielvorstellungen für den Städtebau in Bremen formuliert und anschließend auch das Instrumentarium benennt, mit dem sie das dann langfristig erreichen will. Auch davon taucht kein Wort in Ihren Fragestellungen auf.

Städtebau der Zukunft muss doch heute schon auf die Fragen antworten, die sich morgen stellen. Nur dann werden Sie in der Lage sein, die richtigen politischen Entscheidungen zu treffen, und, Kollege Pflugradt, Städtebau ist weiß Gott weitaus mehr, als sich nur auf den Bau von Einfamilienhäusern zu kaprizieren, und insofern, sage ich nur, liegen Sie wirklich daneben, was die Zukunft der Städte angeht.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ich vermisse bei den Fragestellern von SPD und CDU neue Fragestellungen, und ich vermisse leider auch vom Senat neue Schwerpunktsetzungen und neue Initiativen. Frau Wischer, das hätte ich mir von Ihrem Ressort eigentlich gewünscht. Neue Fragen und neue Initiativen sind aber nötiger denn je. Lassen Sie mich, Kollege Pflugradt, vielleicht eine andere Zahl als die vielen, die Sie gerade genannt haben, nennen! In der Bundesrepublik Deutschland werden täglich 120 Hektar versiegelt. Dabei spielt der Wohnungsbau eine

nicht unerhebliche Rolle. Knapp 600.000 neu gebauten Wohnungen stehen weniger als 100.000 Abbrüche oder Umwidmungen gegenüber. Nach Berechnungen des Statistischen Bundesamtes, zugrundelegend das heutige Bauverhalten, würde es bedeuten, dass in weniger als 80 Jahren Deutschland die letzten freien Flächen verbraucht hätte.

Meine Damen und Herren, das sind doch die Fragen von heute, um die Sie sich kümmern müssen, für die Sie Lösungsvorschläge machen müssen! Das wichtigste Ziel müsste doch sein, der immer neuen Versiegelung neue Konzepte entgegenzusetzen. Sie tun aber genau das Gegenteil. In einem noch nie gekannten Ausmaß werden in Bremen neue Baugrundstücke ausgewiesen und Landschaftsräume zerstört. Das kritisieren wir Grüne massiv, meine Damen und Herren.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Wir dagegen wollen, dass es mittelfristig ein Programm dafür gibt, wie man die Umwandlung jeder neuen Fläche kompensieren kann. Das heißt, überall dort, wo neu gebaut wird, muss an anderer Stelle eine Fläche gleichen Umfangs entsiegelt werden. Das ist unsere Vorstellung von Städtebau, Versiegelung und Entsiegelung im Gleichgewicht, aber nicht das Zubetonieren immer neuer Flächen auf Kosten des Landschaftsschutzes und der Grünraumgestaltung. Das kann nicht richtig sein.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Meine Damen und Herren, es geht eben zukünftig nicht nur um das Bauen in Bremen. Darum trifft auch, finde ich, die Überschrift Ihrer Großen Anfrage nicht das eigentliche Problem. Es geht insgesamt um einen nachhaltigen energiesparenden und ressourcenschonenden Umgang mit all unseren Flächen. Es geht eben um das Wohnen in Bremen und nicht nur um das Bauen. Das bedeutet sehr viel mehr, als immer neue Baugrundstücke am Stadtrand auszuweisen.

Daher kritisiere ich auch die Einseitigkeit einiger Ihrer Fragestellungen. Kollege Pflugradt, Sie tun nach wie vor so, als sei der typische Bremer der junge Familienvater mit Frau, zwei Kindern und einem Bausparvertrag. Das ist aber, und darauf hat Herr Sieling hingewiesen, nur eine Bevölkerungsgruppe in Bremen. Die wächst augenblicklich gerade nicht, das ist doch unser Problem. Das heißt, wir müssen doch Lösungsvorschläge für die verschiedenen Bevölkerungsgruppen in Bremen haben und nicht nur für die, die jetzt Einfamilienhäuser brauchen. Diese Angebote

muss es auch geben, und diese Angebote hat Bremen in qualitativer Lage, und zwar ohne dass Sie in der Osterholzer Feldmark und in Brokchuchting neue Einfamilienhäuser bauen.

(Präsident Weber übernimmt wieder den Vorsitz.)

Das Ziel muss ein flächenschonender Umgang mit unserem Land, das wir zur Verfügung haben, sein. Mein Schwerpunkt wäre, viel mehr als bisher genauer zu fragen, warum eigentlich junge Bremer Familien in Bremen umziehen wollen. Warum tun sie das? Muss es nicht vielmehr unser erstes Interesse sein, dass man alles daran setzt, dass die lebendigen bestehenden urbanen Stadtteile, die wir noch, und ich betone noch, haben, gerade für junge Familien weiterhin attraktiv bleiben? Welche Gründe sind es denn, warum ziehen junge Familien weg? Wenn Sie da einmal genauer nachfragen, dann hören Sie, Verkehrslärm, mangelnde Sicherheit für Kinder im Straßenverkehr, zu viel Dreck, mangelnde innere Sicherheit.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Das sind die Probleme, die die jungen Familien an den Stadtrand, in das Grüne, in das Umland treiben. Wenn wir diese Stadtquartiere für die Zukunft erhalten wollen, müssen wir genau darauf setzen, diese Stadtteile lebenswert zu erhalten, und das geht eben gerade nicht, indem wir am Stadtrand die Stadt neu bauen, mit all den Folgen, die das für die Stadtteile in der Innenstadt hat. Die Kindergärten werden leerer, die Schulklassen, die Grundschulen werden leerer. Das habe ich gerade im letzten Jahr als Lehrerin festgestellt. Es kann nicht unser Ziel sein, alle diese Einrichtungen am Stadtrand neu zu bauen. Das ist nicht nur kurzfristig gedacht, das ist teuer, und es schadet. Es schadet gerade dem, was Sie wollen, Bremen attraktiv zu gestalten. All unser Gewicht muss darauf liegen, den Wohnungsbestand und die Wohn- und Lebensqualität da, wo wir sie jetzt noch haben, zu erhalten und zu verbessern.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ich kritisiere weiterhin, dass Sie als große Koalition viele Fragen, auf die wir meines Erachtens eine Antwort dringend brauchen, noch nicht einmal stellen. Dann brauchen wir uns auch nicht zu wundern, dass der Senat darauf keine Antwort findet.

Die Fragen hat Herr Sieling jetzt zum Teil angesprochen, aber ich vermisse die Fragestellung. Kollege Pflugradt, ich vermisse diese Fragestellung für die Zukunft in der Großen Anfrage. Ich nenne nur einmal ein paar: Welche Bevölkerungs-

gruppen werden in den nächsten Jahrzehnten mit welchen Bedürfnissen in Bremen leben? Welche Wohnungsbaukonzepte hat der Senat für den wachsenden Anteil von Einpersonenhaushalten? Herr Sieling hat darauf hingewiesen.

Welche Bedürfnisse hat der wachsende Anteil älter werdender Menschen? Auch uns im Parlament wird das einmal betreffen, wie wollen wir denn leben? Wir haben bestimmt andere Ansprüche als die Generation vor uns. Darauf muss doch auch das Bauen Antworten geben. Welche Bedürfnisse hat die immer größer werdende Gruppe der alten Leute? Nichts steht dazu in Ihren Fragen, und dazu steht auch nichts in der Antwort des Senats, und das ist schade.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Genauso wenig fragen Sie, welche Wohnangebote, welches Umfeld brauchen junge Menschen, Singles, welche Wohnungsangebote brauchen Existenzgründer und -gründerinnen, die wieder verstärkt auf die City zielen? Wo bleibt denn die Umwidmung von leer stehendem Büroraum in Wohnungen? Darüber haben wir in der letzten Legislaturperiode geredet. Dazu gibt es keinen Aktionsplan. Ich würde mir wünschen, dass man wieder junge Leute in die Innenstadt zieht und dafür den passenden Wohnraum bereitstellt.

Dann die andere Frage, die Herr Sieling auch angesprochen hat und die auch nicht in Ihrer Großen Anfrage auftaucht: Wie kann eine Stadt wachsen? Wenn Sie von all diesen Zahlen ausgehen, die in der letzten Legislaturperiode völlig unrealistisch waren, dann muss man zugeben, dass Städte heute nur durch den Zuzug von Ausländern wachsen werden. Dann muss man ein Konzept haben, wie man zukünftig, und zwar möglichst bald, weiß, wie diese Ausländerinnen und Ausländer hier leben wollen, welche kulturellen Unterschiede es im Vergleich zum frei stehenden Einfamilienhaus am Stadtrand gibt. Die haben doch ganz andere Bedürfnisse. Wie stellen Sie sich darauf ein, was wollen Sie dafür tun? Im Aktionsplan steht dazu kein Wort, schade eigentlich!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Bauen, meine Damen und Herren, hat etwas mit den Menschen zu tun, die in einer Stadt leben. Ihre Fragen legen aber ein Schwergewicht auf nur eine Bevölkerungsgruppe. Nach all den anderen Menschen in Bremen fragen Sie nicht. Das ist nicht nur eine verpasste Chance, das ist auch kurzfristig und verkehrt.

Das Problem der Abwanderung bestreiten wir nicht. Auch wir Grüne wollen, dass Bremerinnen und Bremer in Bremen bleiben. Wir setzen nur die Schwerpunkte anders. Ich bin davon überzeugt, dass es nicht ausreicht, immer neue Baugrundstücke auszuweisen, sondern dass es darum gehen muss, die Wohn- und Lebensqualität in den bestehenden Stadtstrukturen zu erhalten und zu verbessern. Dazu, meine Damen und Herren, gehören nicht nur Gebäude. Dazu gehören gute Kindergärten, gute Schulen und die Reduzierung all der Dinge, die Menschen dazu bringen, in das Umland abzuwandern. Wenn wir das besser machen, dann sagen wir auch den jungen Familien, wir tun etwas, um sie in den bestehenden Stadtquartieren zu halten.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Zum Punkt der Modernisierung, den wir auch sehr wichtig finden, sagt der Senat leider nur sehr wenig. Er sagt, dass er anstrebt, ein spezielles Modernisierungsprogramm einzuführen. Das finden wir zu unkonkret, denn schließlich geht es ja um ein Aktionsprogramm, und die vom Senat genannten Beispiele, Bromberger Viertel oder Niedersachsendamm, sind auch schon älteren Datums. Wir fordern Sie dagegen auf, ein neues Förderprogramm zur Altbausanierung gemeinsam mit der Bauwirtschaft, mit den Handwerkern, mit Planern und Architekten aufzulegen. Das wird auch neue Arbeitsplätze schaffen, meine Damen und Herren!

Wir finden richtig: Dabei darf auch abgerissen werden. Insofern möchte ich noch einmal ausdrücklich sagen, dass wir Grüne den Plan, den der Senat jetzt für Osterholz-Tenever vorgelegt hat, sehr befürworten. Wir unterstützen ihn ausdrücklich. Das ist unser Verständnis von Sanierung, vom Rückbau menschenverachtender Bauformen, und wir würden uns wünschen, das hat Herr Sieling auch schon gesagt, dass dies auch in Zukunft für Vegesack für die Grohner Düne ein Modell sein kann.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

All diese Sachen, meine Damen und Herren, gehen nur, wenn auch die Bauindustrie von ihrem Konzept abkommt, immer nur neue Häuser zu bauen. Die Bauindustrie muss umdenken. Es geht zukünftig darum, im Bestand zu sanieren, dort neue Kapazität zu schaffen, neue Programme aufzubauen. Da liegen die Arbeitsplätze der Zukunft. Beim Handwerk könnten viele innovative umweltfreundliche Arbeitsplätze geschaffen werden. Es geht nicht immer nur um unsere fünf Baugesellschaften, die immer nur neue Einfamilienhäuser planen. Das ist phantasielos und

entspricht nicht dem, was Bremen wirklich braucht.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Meine Damen und Herren, ein großes Zukunftsthema ist und bleibt der Klimaschutz. Der spielt im Wohnungsbau eine zentrale Rolle. Auch Bremen hat sich verpflichtet, den CO₂-Ausstoß zu senken. Seit dem 1. April gilt bundesweit das Erneuerbare-Energie-Gesetz, und dies ist ein Erfolg der rotgrünen Bundesregierung, insbesondere der Grünen, meine Damen und Herren! Das bedeutet, dass erneuerbare Energien vom Bund mit Investitionskostenzuschüssen gefördert werden, und der Senat setzt diesbezüglich, weil es vom Bund dieses Geld gibt, seine dadurch frei werdenden Mittel für Beratung in diesem Bereich ein. Das finden wir richtig, aber wir werden darauf achten, dass dieses Geld in vollem Umfang zur Beratung für die Bremerinnen und Bremer genutzt wird.

Die größten Energie- und Einsparpotentiale liegen wie gesagt in der Minderung des CO₂-Ausstosses, insbesondere im Wohnungsbestand. Hier könnte man bundesweit allein 100 Millionen Tonnen CO₂ reduzieren helfen. Bremen, finde ich, stünde es gut an, im Bereich Klimaschutz im Bauen, im Wohnen Modellstadt zu werden. Das fänden wir eine gute und zukunftsweisende Aktion, die unserem Zwei-Städte-Staat gut ansteht.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Der Senat schreibt zum Thema Energiesparen im Bauen, dass er dies in der Vergangenheit in vielfältiger Weise unterstützt habe und dies auch weiter tun werde. Als Modellprojekt nennt er das Bauprojekt Auf dem Krüge mit Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien. Dieses Projekt finden wir gut, aber auch das, meine Damen und Herren, ist leider schon älteren Datums. Wir fragen nach neuen Modellprojekten. Die müssen doch kommen. In jedem Stadtteil solche Projekte wie Auf dem Krüge, daran müsste sich so ein Aktionsplan ausrichten. Das ist leider alles bei Ihnen nicht zu lesen.

Ziel sollte es meiner Meinung nach sein, die energetische Sanierung des Wohnungsbestandes in Schwung zu bringen und damit den CO₂-Ausstoß in Bremen insgesamt zu verringern. Wir Grüne setzen uns dafür ein, dass Bremen ein neues Förderprogramm für Altbausanierung auflegt.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ein solches Altbausanierungsprogramm nützt allen. Es nützt der Umwelt, dem Arbeitsmarkt, kleinen und mittleren Baubetrieben und nicht zuletzt

den Eigentümern und Mietern. Das wäre ein lohnendes Aktionsziel. Überhaupt finden meines Erachtens diese zukunftsweisenden Themen zu wenig Schwerpunkte in der Antwort des Senats, ökologisches Bauen, energiesparendes Bauen, Verwendung ökologisch verträglicher Baustoffe, das alles sind doch die Themen der Zukunft.

Wie kann der Senat insgesamt das ökologische Bauen fördern? Die Antworten des Senats finde ich etwas mager, daher wollen wir Grüne, dass Bremen in Zukunft mit dem ökologischen Bauen Reklame macht. Man kann nämlich als Stadt auch über die Grenzen hinaus Reklame mit Ökologie machen. Andere Städte machen uns das vor, in Nordrhein-Westfalen sind sie auf diesem Gebiet schon viel weiter als wir. Das sollten wir uns zum Ziel nehmen. Wir sollten vielleicht daran denken, unter der Ausschreibung „Das energielose Haus“ oder „Nullemissionshaus 2000“ einen Preis für solch ein Haus zu verleihen. Wir sollten viele solcher Projekte initiieren, bei denen auch Hauseigentümer animiert werden, bei sich selbst anzufangen zu sehen, was kann ich tun, damit wir Energie einsparen, damit wir umweltfreundlich bauen und unsere Lebensgrundlagen möglichst lange erhalten, meine Damen und Herren.

Als Stadtstaat hätte Bremen die Chance, bundesweit Vorbild zu sein für die Stadt 2000. Wir wollen eine relativ dichte und europäische Stadt, tolerant und modern, flächenschonend und energiesparend, mit hoher Wohn- und Lebensqualität für alle Bremerinnen und Bremer. Dann bleiben die Menschen auch bei uns, und es werden neue dazukommen. - Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Weber: Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Engelmann.

Abg. **Engelmann** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ein Plan wird meistens nur so gut, wie er von den verantwortlichen Personen, seien es Ideengeber oder die Initiatoren selbst, mit Leben, also mit Inhalten ausgefüllt wird. Wesentliches ist hierzu bereits in den Debattenbeiträgen ausgeführt worden. Ich will mich, sehr verehrte Damen und Herren, aber auf einen anderen Aspekt konzentrieren und dies einmal so benennen: Was gilt es aufgrund des Berichts für die Zukunft zu verändern und positiv umzusetzen?

Das Programm „Bremer bauen in Bremen“ hat zum Ziel, Bremer vom Fortzug in das Umland abzuhalten. Grund dafür ist die Erwartung, dass jeder Bremer, der in Bremen bleibt, jedes Jahr etwa 6500 DM zusätzliche Steuern einbringt. Herr

Pflugradt hat eben von 8000 DM gesprochen, aber er hat so viele Zahlen genannt, ich weiß nicht, ob die alle richtig waren, da müssen wir einmal sehen. Dazu sollten preiswerte, individuell geplante Häuser beitragen.

Ob dieses Ziel erreicht wird oder ob nicht vielmehr durch die Förderung einer unwirtschaftlichen Art der Bebauung für niedrige Einkommen die Belastung des Staates eher steigt als sinkt, darüber sind die Experten unterschiedlicher Meinung. Richtig ist, wer die Wanderungsbewegung verfolgt, der sieht, dass vielen Bremern der Eindruck vermittelt wird, dass sie im Bereich der Stadt ihren Wunschtraum nach dem Eigenheim, frei stehend und mit Garten, nicht erfüllen können. Der Bremer will um das Haus herumgehen. Der Garten ist Spielzone für die Kinder und Erholung am Wochenende. In Nachbargemeinden wird Wohnen zu vertretbaren Preisen angeboten. Kein Wunder, dass jedes Jahr eine große Anzahl Bremer Familien hinaus auf das Land zieht! Das Ziel des Bauherrn ist es schließlich, seiner Familie ein preiswertes Dach über dem Kopf zu schaffen, Eigeninitiative zu zeigen und den Staat zu entlasten.

Herr Präsident, meine Damen und Herren, das Programm „Bremer bauen in Bremen“ mit inzwischen modifizierter Förderung ist deshalb nur zu begrüßen. Jetzt können Familien den Traum vom eigenen Heim in ihrer Heimatstadt verwirklichen. Das zusätzliche Steueraufkommen, das damit in Bremen gehalten wird, ist auch langfristig für die Stadt interessant.

(Beifall bei der SPD)

Dabei können staatliche Leistungen wirtschaftlicher angeboten werden, weil mehr Menschen sie ausnutzen. Vergessen wir auch nicht die ökologischen Vorteile durch die Vermeidung von Abgasen und besserer Auslastung des ÖPNV beim Bauen in der Stadt! Interessant ist in diesem Zusammenhang, dass das Programm anscheinend Nachahmer findet. Selbst in Köln denkt man mittlerweile über ein Programm „Kölner bauen in Köln“ nach.

(Abg. Kleen [SPD]: Kölner bauen in Bremen wäre besser!)

Zu beobachten ist auch der sorglose Umgang mit Bauland, die immer mehr zunehmenden Anteile frei stehender Einfamilienhäuser und Doppelhäuser, mit denen man versucht, Familien mit unterem bis mittlerem Einkommen in Bremen zu halten. Es ist deshalb zu fragen, weshalb diese Bauform beibehalten wird, obwohl bereits früher Wohneigentum für die breite Masse, aber auch für

Familien mit hohem Einkommen in der Form des Reihenhauses verwirklicht worden ist.

Erinnern wir uns: Von den Villen der Großkaufleute am Osterdeich bis hin zu den Reihenhäusern kleiner Handwerker und Arbeiter in Walle oder Gröpelingen hat diese Bauform durchaus ihren Zweck erfüllt. Sie war wirtschaftlich, erforderte wenig Verkehrsaufwand und damit weniger Umweltbelastung und hatte zufriedene Bewohner. Da abzusehen ist, dass auch mit dem von der Stadt geförderten Grundstücksprogramm die Nachfrage nicht befriedigt werden kann, kann die Stadt aus einer starken Position heraus in eine Rolle hineinkommen, nach der die Grundstücksübertragung von der Erfüllung bestimmter Vertragsgestaltung abhängig gemacht werden kann. Ich nenne hier, dass eben insbesondere ein Ziel auch sein muss, hiermit Arbeitsplätze zu halten, lohnsteuerpflichtige Tatbestände zu schaffen und dass Sozialbeiträge abgeführt werden.

(Beifall bei der SPD)

Herr Präsident, meine Damen und Herren, es ist außerdem zu überlegen, ob der jetzige Ansatz bereits als Erfolg gewertet werden kann. Zu beobachten ist, dass in großem Maße auch Rückwanderer aus dem Umland in dieses Programm hineingegangen sind, zum Teil ja auch ganz bewusst gewollt und gefördert, gleichwohl aufgrund einer zunehmenden Beanspruchung von Leistungen der öffentlichen Einrichtungen wie Krankenhäuser und Kulturstätten eine höhere nachträgliche Subventionierung erfahren.

Wenn es richtig ist, dass etwa 50 Prozent der Einwohner in Einpersonenhaushalten leben, ist auch zu fragen, ob es nicht Sache des Staates sein muss, neue Leitbilder zu setzen und Wohnformen zu entwickeln, die wirtschaftlicher sind, aber trotzdem den Anreiz des Fortzugs in das Umland oder auch in andere große Städte vermindern.

(Beifall bei der SPD)

In Bremen organisieren wir viel zu wenig für gut verdienende Hochschulabsolventen oder Singles oder auch so genannte Yettis - das hat nichts mit Yetis zu tun, es wird mit Doppel-T geschrieben und auch mit Y -, die das Bedürfnis nach einer großen City-Wohnung mitten im urbanen Leben haben. Der Zwischenruf von Herrn Focke, dass es einen Überhang bei den Ein- bis Zweizimmerwohnungen gibt, hat natürlich mit dem Tatbestand überhaupt nichts zu tun, denn ich würde nicht mehr in eine Einzimmerwohnung ziehen wollen.

(Abg. Focke [CDU]: Nein, die wollen auch in größere Wohnungen!)

Richtig! Das sollen Wohnungen sein, mit denen man repräsentieren kann, die einen gewissen Standard an Ausstattung haben, der heutzutage in Bremen nicht angeboten wird.

(Beifall bei der SPD)

Dabei ist zu beachten, dass wir mit den Baugebieten wie in Borgfeld oder der Osterholzer Feldmark keinen jungen Single in der Stadt halten können. Über kurz oder lang wird er in die Metropolen Hamburg oder Berlin ziehen, wenn wir kein vergleichbares Angebot machen können. Ich bedauere daher ganz außerordentlich, dass der Senat die große Chance im Hafengebiet nicht nutzen will, um dort neue Wohnformen zu entwickeln.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Es wird Zeit, dass wir in diesem Bereich innovativ umdenken. Bremen braucht doch gerade auch junge Menschen, die Steuern zahlen. Ich hoffe jetzt nicht, meine Kollegen von der CDU, dass dies nun schon wieder als Angriff von mir auf Ehe und Familie gewertet wird.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD)

Herr Präsident, meine Damen und Herren, wen es ins Grüne zieht, den kann sicherlich kaum die städtische Umgebung in Bremen halten, auch wenn es ihm ermöglicht wird, sein Häuschen dort zu bauen. Das Programm „Bremer bauen in Bremen“ sollte deshalb so modifiziert werden, dass die Grundstücksausnutzung verbessert wird. Alles andere widerspricht den Interessen des Gemeinwesens. Aus der Betrachtung des Programms in der Abwicklung aus dem Bericht „Aktionsplan ‚Bauen in Bremen‘“ ergibt sich, dass das Programm in folgenden Einzelpunkten einer weiteren Prüfung und Weiterentwicklung unterzogen werden sollte.

Ich nenne hierzu erstens: Es ist anzustreben, eine Förderung neuer kosten- und flächensparender Wohnformen durch Wettbewerb zu erreichen. Zweitens: Es sind Anreize zur Flächeneinsparung durch wirtschaftliche Planung auch bei Erschließungsflächen zu geben. Drittens: Es sind Maßnahmen zur Verminderung der Infrastrukturunterhaltungskosten einzuleiten. Viertens: Die Verminderung von Ausgleichsflächen durch die Optimierung von Grünanteilen im Bebauungsplan selbst ist verbindlich zu ermöglichen.

Fünftens: Die optische Optimierung der Bauprojekte ist durch Mitglieder der Architektenkammer beratend anzustreben. Sechstens: Ziel des Programms muss es sein, preiswertes Bauen durch Handwerker aus der Region möglich zu machen. Siebtens: Ziel muss es sein, die Schaffung von Arbeitsplätzen für Bremer Bauarbeiter verstärkt zu fördern. Abschließend, achtens: Es ist eine Zielgruppenuntersuchung im Hinblick auf Steueraufkommen und Verbrauch staatlicher Leistungen notwendig.

(Beifall bei der SPD)

Schließlich stelle ich fest, solange Grundstücke gefragt sind, kann die Stadt diese Ziele am Markt durchsetzen. Erforderlich dafür ist eine enge Zusammenarbeit zwischen Wohnungsbaufirmen, Architekten und Verwaltung als gleichberechtigte Partner. Das Programm „Bremer bauen in Bremen“ muss deshalb fortgesetzt und weiterentwickelt werden. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall bei der SPD)

Präsident Weber: Als Nächste hat das Wort Frau Senatorin Wischer.

Senatorin Wischer^{*)}: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Nach den Beiträgen meiner Vorredner lassen Sie mich vielleicht im Großen noch einmal zusammenfassen, was zu den einzelnen Punkten meine Position ist!

Ich denke, es ist völlig unstrittig zwischen uns allen, dass eine nachhaltige Wohnungs- und Städtebaupolitik für unser Gemeinwesen von eminent großer Bedeutung ist. Die Bereitstellung eines quantitativ, aber ich betone insbesondere auch qualitativ hochwertigen Angebots an bezahlbarem Wohnraum gehört neben der von uns angestrebten Schaffung von neuen Arbeitsplätzen sicherlich zu den zentralsten Aufgaben, die wir uns vorgenommen haben.

Lassen Sie mich als Zweites sagen, dass ich in dieser Debatte den Eindruck hatte, zumindest bei Ihnen, Herr Pflugradt, dass Sie unterstellen wollten, die erfolgreiche Baupolitik habe vor fünf Jahren begonnen und sei vor einem Jahr geendet!

(Beifall bei der SPD)

Das kann man so nicht stehen lassen. Ich denke, dass das letzte Jahr eine erfolgreiche Politik der

^{*)} Von der Rednerin nicht überprüft.

vergangenen Jahre fortgesetzt hat. Die begann eben nicht mit Herrn Bausenator Schulte, sondern unter anderem mit Frau Lemke-Schulte.

(Beifall bei der SPD)

Grundlage dieser erfolgreichen Baupolitik ist, und das ist heute auch angesprochen worden, dass wir uns darauf richten müssen, ein differenziertes Angebot zu machen, das ist ganz entscheidend, entsprechend auch der Unterschiedlichkeit der Menschen, die in dieser Stadt wohnen und wohnen wollen, also nicht ein einseitiges, sondern ein vielfältiges Angebot. Dies ist die Grundlage dessen, was wir in den vergangenen Jahren gemacht haben. Wir haben vielfältige Möglichkeiten für alle geschaffen, die in Bremen Eigentum erwerben wollen, dies auch in Bremen tun zu können.

Das Angebot, es ist ja schon angesprochen worden, reicht in dem Sektor, über den wir jetzt reden, von bauträgerfreien Eigenbaulandflächen über individuelle Hausbauer, die frei stehenden Einfamilienhäuser, Doppel-Reihenhäuser bis hin zu den Eigentums- und Mietwohnungen. All dies ist schon angesprochen worden.

Die Wohnungsbaupolitik, die wir gemacht haben, wird in enger Zusammenarbeit mit der Bauwirtschaft umgesetzt - weil das gerade eben angesprochen worden ist -, und man muss allerdings auch sagen, auch dies wissen Sie aus Ihren Gesprächen mit der Bauwirtschaft, dass sie nur das umsetzen und auch verwirklichen, was sie als Vertrag in der Tasche haben. Sie bauen nicht auf Vorrat, auch das muss man sagen, sie bauen das, was marktgängig ist, nur damit wir uns an dieser Stelle nicht missverstehen.

Für die nächsten Jahre, denke ich, haben wir ein Programm, das, was das Volumen anbelangt, in die Zukunft weist. Ich will jetzt auch ein paar Zahlen nennen, damit sie nicht untergehen und deutlich wird, welches Volumen wir eigentlich haben: Bis 2010 weist der Baufertigstellungsplan ein Flächenpotential von insgesamt 24.300 Wohneinheiten aus. Herr Pflugradt hat den Baufertigstellungsplan kritisiert, den wir Ihnen gegeben haben und der sich auf das Jahr 1999 bezieht. Ich bitte, ungerechtfertigte Kritik nicht an uns zu richten. Wir bekommen diese Daten vom Statistischen Landesamt. Wir werden die Daten erst zum nächsten Jahr haben, und dann werden wir wiederum eine Fortschreibung machen. Das kennen Sie wahrscheinlich aus Ihrer Praxis.

(Abg. Focke [CDU]: Nein, das kommt mir bestimmt nicht bekannt vor!)

Nach meiner Kenntnis haben wir bisher die Zahlen für das Jahr 2000 noch nicht, sondern bekommen sie im Frühjahr des Jahres 2001. Wie gesagt, ich bleibe dabei, es geht ja hier auch um in sich noch variable Verschiebungen.

Von diesen 24.300 Wohneinheiten haben wir rund 55 Prozent im Mehrfamilienhaus- und 45 Prozent im Einfamilienhausbereich. Zurzeit werden in Bremen pro Jahr knapp 2000 Wohneinheiten realisiert. Ich finde, das sind immense Zahlen, die man nennen sollte, die man auch wirklich nach draußen geben sollte. Es sollte aber nicht der Eindruck erweckt werden, als täte sich hier nichts.

(Beifall bei der SPD)

Diese Zahlen muss man vor allen Dingen vor dem Hintergrund, welche immensen Anstrengungen doch dahinter stehen, bewerten, dass im Zeitraum zwischen 1990 und 1999 in der Stadt Bremen insgesamt rund 4800 Einfamilienhäuser errichtet worden sind, durchschnittlich also rund 500 pro Jahr. Unser Potential, über das wir jetzt reden, reicht also aus, um das Fertigstellungsvolumen pro Jahr mehr als zu verdoppeln. Auch dies bitte ich doch immer so zu benennen.

Über diesen Zeitraum hinaus wird es gerade mit den hier schon mehrfach angesprochenen Gebieten Borgfeld, Brokhuchting und Osterholzer Feldmark ein sehr großes Angebot insbesondere für den Einfamilienhausbau geben, wobei - weil Herr Pflugradt es kritisiert - es sowohl nach der Haltung meiner Fraktion als auch nach meiner Haltung nicht darum geht, dass hier irgendjemand etwas verzögert, Herr Pflugradt. Ich kann nur noch einmal betonen: Es geht auch darum, dass wir nicht nur Quantität schaffen können, sondern dass wir auch für diese Bereiche auf Qualität setzen müssen.

(Beifall bei der SPD)

Deswegen lohnt es sich, gründlich zu sein, und nicht an diesen Stellen mit einer heißen Nadel zu stricken.

Das Flächenangebot beinhaltet Grundstücke, die von Bauträgern bebaut werden, aber auch bauträgerfreie Grundstücke für Einzelwerber. Von meinen Vorrednern wurde schon darauf hingewiesen, das ist ein deutlich neuer Schwerpunkt. Es ist in der Vergangenheit nicht so gewesen, dass über die 30-Prozent-Regelung hinaus hier Immenses bereit gestellt worden ist. Insofern gibt es doch aus meiner Sicht auch bei den Wohnungsbauträgern die Erkenntnis, dass man in dieser Frage aufeinander zugehen muss.

Die Entwicklung der Wohnungsbauaktivitäten im Einfamilienhausbereich unterstreicht, das ist hier mehrfach gesagt worden, aber ich will es auch noch einmal betonen, den Erfolg des Programms „Bremer bauen in Bremen“. So stieg im Jahr 1999 die Zahl der fertig gestellten Einfamilienhäuser gegenüber dem Vorjahr um rund 28 Prozent, auch dies bitte ich festzuhalten.

Es ist davon auszugehen, dass sich die positive Tendenz im Einfamilienhausbereich in diesem Jahr fortsetzen wird. Ein Beleg dafür ist der im Jahr 1999 zu verzeichnende Zuwachs bei den Baugenehmigungen im Einfamilienhausbereich um rund sechs Prozent. Für das Jahr 2000 liegen gegenwärtig lediglich die Ergebnisse der Monate Januar bis Mai vor. In dieser Zeit sind 929 Wohneinheiten fertig gestellt worden. Das bedeutet, dass man davon ausgehen kann, dass das Niveau des Vorjahres gehalten wird.

Gleichzeitig sind aber auch über 1000 Baubeartragungen bei uns eingegangen. Das entspricht einer Steigerung gegenüber dem Vorjahr von über 20 Prozent, und im Ein- und Zweifamilienhaussektor sind mit zirka 240 Baugenehmigungen zwölf Prozent mehr erreicht worden als im Vorjahreszeitraum. Ich denke, diese Zahlen belegen, dass wir insgesamt von einer erfolgreichen Politik in diesem Sektor sprechen können.

Ich will noch auf einen anderen Punkt kommen! Neben dem Sektor des Einfamilienhauses, und das ist von den verschiedenen Rednerinnen und Rednern angesprochen worden, hat für uns natürlich auch der Mehrfamilienhausbausektor eine nach wie vor große und möglicherweise auch weiterhin wachsende Bedeutung. Insbesondere, so sehe ich es jedenfalls, und es ist hier auch angesprochen worden, im Innenbereich haben wir noch ein großes Potential für attraktiven Geschosswohnungsbau. Ich will nur Beispiele nennen, die besondere Projekte sind: am Werdersee, am Stadtwerder oder auch in Blumenthal. Diese Projekte zeigen, dass es eben an attraktiven Flächen nicht mangelt und dass der Slogan vom Wohnen und Leben am Fluss eben keine leere Worthülse bleibt, sondern tatsächlich praktiziert wird.

Mit dem Schwerpunktprogramm „Bremer bauen in Bremen“, dem Grundstückskostenzuschuss sowie der Eigenheimförderung unternimmt die Stadt, auch dies muss man vielleicht noch einmal deutlich nach außen sagen, erhebliche finanzielle Anstrengungen. Das Wohnungsbauförderprogramm wurde im letzten Jahr modifiziert - auch dies ist angesprochen worden -, damit nicht nur eine zahlenmäßige Aufstockung der Wohnungsbaufördermaßnahmen, sondern auch eine ziel-

gerichtete Förderung zum Beispiel von jungen Familien erreicht wird.

Zu den jungen Familien, die vorhin in den Redebeiträgen so ein bisschen als Auslaufmodell bezeichnet worden sind! Ich denke, das sollte nicht unsere Zukunft sein, sondern ich glaube, dass wir Menschen dafür gewinnen müssen, Familien zu gründen und Kinder zu bekommen, um auf diese Art und Weise zum Bevölkerungszuwachs beizutragen.

(Beifall bei der SPD)

Wir müssen also nicht nur Singles, sondern auch junge Familien ansprechen. Wir haben das mit diesem besonderen Förderprogramm versucht.

Ich habe das eben schon gesagt, nicht nur die quantitative, sondern auch die qualitativen Gesichtspunkte, die hier von den Vorrednern angesprochen worden sind, spielen für mich in der Wohnungsbaupolitik eine sehr große Rolle. Es sind, Herr Pflugradt, eben nicht nur immer die höheren Preise und der vermeintliche Baulandmangel, das wird ja immer so leicht gesagt, die die Menschen in das Umland treiben, es ist, und das müssen wir zur Kenntnis nehmen, eben auch die Unzufriedenheit mit dem, wie sich ihre Quartiere, in denen sie wohnen und leben, zu dem Zeitpunkt gestalten. Sie sind unzufrieden mit zu viel Verkehr vor der Haustür, mit zu großem Lärm und all diesen Dingen. Von daher muss man an diesem Punkt, denke ich, auch ansetzen.

Um noch einmal einen Ausflug zu der Frage der Baupreise zu machen! In Bremen ist im Vergleich zu anderen Großstädten im Grunde ein günstiges Angebot vorhanden. Die LBS-Studie 2000 zeigt, dass Bremen bei den Städten mit über 500.000 Einwohnern im Bereich des frei stehenden Eigenheimes mit Durchschnittspreisen von 380.000 DM, bei Reihenhäusern von durchschnittlich 240.000 DM und bei Eigentumswohnungen von rund 2350 DM pro Quadratmeter überall das günstigste Angebot hat. Das muss man sehen, und man vergleicht eben nicht nur mit den Städten, wie Sie es getan haben, sondern man vergleicht auch mit Städten im Ruhrgebiet, die ähnlich wie Bremen in einem strukturellen Umbruch stehen und erheblich zu tun haben, diesen strukturellen Umbruch zu bewältigen. Dort liegen die Angebote deutlich höher.

Ich komme also auf die Frage zurück: Was müssen wir tun? Wir müssen die Konsequenzen aus dieser Unzufriedenheit auch derer, die von uns wegziehen, mit ins Kalkül ziehen, indem wir mehr für die Entlastung in den Wohnbezirken tun sowie eine doch etwas konsequentere und famili-

enfremdliche Stadtpolitik in den einzelnen Quartieren betreiben.

(Beifall bei der SPD)

Das gilt für die neuen Quartiere, wo Qualität und all die Fragen, die Frau Krusche auch angesprochen hat, durchaus mit ins Kalkül gezogen werden. Es gilt ganz besonders für die Quartiere, von denen wir heute sagen, dass sie noch intakt sind. Auch hier müssen wir Vorsorge treffen, um in diesen Quartieren die Menschen zu halten und nicht erst zu warten, bis es zu Situationen kommt, wie sie uns in den Sanierungsgebieten Sorgen bereiten.

Wenn Sie, Herr Pflugradt, zum wiederholten Male Oldenburg ansprechen, dann, denke ich, ist es immer schwer, mit Ihren Statistikvergleichen. Es ist schlicht und ergreifend so, dass es in Oldenburg nicht um mehr Baulandfläche geht, sondern dass das, was Oldenburg als Ausstrahlung hat, die Leute anzieht, sich an diese Stadt zu binden. Es ist nicht die Frage mangelnder Flächen, die wir in diesem Fall hätten, sondern es hat auch etwas mit anderen Qualitäten zu tun, warum sich Menschen anders orientieren.

Wir müssen also folglich, dies will ich deutlich sagen, einen neuen Schwerpunkt bei der Sanierung und Pflege bestehender Wohnquartiere setzen, dies auch unter dem Gesichtspunkt - auch dies ist, denke ich, wenn man in die Zukunft schaut, richtig -, dass der Erwerb von Gebrauchtimmobilien einen zunehmenden Stellenwert gewinnt, auch nach älteren Gebäuden wird vermehrt gefragt.

Wir haben in der Vergangenheit und bis jetzt mit der Ausweisung von Sanierungsgebieten sowie der Durchführung städtebaulicher Maßnahmen oder aber auch durch Programme wie WiN oder „Soziale Stadt“ schon viel für die Stabilisierung gefährdeter Quartiere getan. Dies wird aber, denke ich, in Zukunft nicht reichen, sondern muss gemeinsam mit der Wohnungswirtschaft und auch den Eigentümern, wie ich eben schon gesagt habe, auf andere Quartiere ausgedehnt werden, wo die Verfallserscheinungen noch gestoppt werden können.

Das Programm „Bremer Ausbau“ kann in diesem Zusammenhang ein wichtiger Baustein gerade für Bezirke sein, die durch das Bremer Haus geprägt sind, das ja eine besondere städtebauliche Qualität hat, von der wir auch nicht lassen sollten, weil sie etwas Typisches für Bremen ist. Wir müssen die Anregungen, die hier eben gegeben worden sind, natürlich stärker einbeziehen.

Wir müssen ein größeres Augenmerk auf die Quartiere legen, in denen die Menschen leben. Hier wollen wir durch die Umsetzung des Nebenzentrenkonzepts in den nächsten Jahren dafür sorgen, dass diese Gebiete lebendige, eigenständige und vielfältige Quartiere bleiben beziehungsweise werden. Ich hoffe, dass es bei der Fortschreibung des ISP-Nachfolgeprogramms gelingen wird, diesen Schwerpunkt mit ausreichenden Investitionsmitteln zu unterfüttern.

Wir müssen es schaffen - das ist mir besonders wichtig -, mehr Stadt auf weniger Fläche zu organisieren und dabei die besonderen Qualitäten des urbanen Wohnens herauszustellen. Dabei ist auch der Tatsache Rechnung zu tragen, dass die Lebensstile der Menschen sich in den letzten Jahrzehnten, auch dies ist angesprochen worden, grundlegend geändert haben. Wir müssen auf diesen Wandel reagieren, einmal durch das breitgefächerte Programm, aber genauso, indem wir das Städtische in der Stadt fördern, die Chancen, die in unserer Stadt stecken, konsequent nutzen und die Vorteile, die städtisches Wohnen und städtisches Leben für viele bietet, noch mehr herausarbeiten und für sie werben.

Städtisches Leben ist etwas anderes als Leben auf dem Land. Ich kann es aus eigener Biographie sagen, ich habe mir immer gewünscht, in der Stadt zu leben, weil ich immer Fahrschülerin war und lange fahren musste. Das, was die Stadt an Mehr hat, was das Land nicht hat, das gilt es herauszustellen und nicht sozusagen das Land in der Stadt kopieren zu wollen. Das ist, glaube ich, das Falsche!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Wir müssen deswegen noch stärker als bisher auf das Innenverdichtungspotential setzen. Wir müssen Baulücken und innerstädtische Brachen einer hochwertigen Nutzung zuführen. Wie groß das Potential auf diesen Flächen ist, erkennt man ja nicht zuletzt daran, dass zwischen 1990 und 1999 auf solchen Flächen über 10.000 Wohneinheiten entstanden sind und wir für die nächsten zehn Jahre noch über ein Potential von rund 5000 Wohneinheiten sprechen. Weitere sind, denke ich, bei genauerem Hinschauen auch noch möglich, wenn es darum geht, bestimmte Ecken noch einmal gründlicher zu untersuchen, ob wir nicht da auch noch Wohnungen und Platz für Wohnungsbau schaffen können.

Bei allem müssen wir die City, die Kernstadt, wieder als Wohnstandort, auch dies hat Herr Sieling, glaube ich, angesprochen, neu entdecken und fördern. In Bremen werden erhebliche An-

strengungen unternommen, die City in ihren wichtigen Funktionen als Einzelhandelsstandort zu beleben. Attraktive kulturelle, freizeitorientierte und gastronomische Angebote wurden geschaffen. Wir müssen jetzt zu einem echten Nutzungsmix kommen. Dazu gehört eben auch Wohnen im Innenstadtbereich. Es soll deswegen, das ist schon angesprochen worden und nicht unbekannt, das Programm „Wohnen an Wall und Weser“ aufgelegt werden, das die City als Wohnstandort stärken soll.

Ich denke, in solchen Bereichen kann man dann wahrscheinlich eher vermuten, dass sich die wachsende Zahl der Singles, von denen hier geredet worden ist, eher in solche Quartiere orientiert als in die Peripherie unserer Stadtgemeinde. Ich könnte mir vorstellen, dass Alleinstehende mehr Lust haben, mitten in der Stadt zu wohnen als Familien. Das soll erreicht werden.

Elemente des Programms werden neben der Erschließung von Baulücken in bestimmten Bereichen die Umnutzung von nicht mehr attraktiven Büro- und Gewerbeflächen in Wohnraum, aber vor allem umfeldverbessernde Maßnahmen sein. Auch in den citynahen Bereichen kann zum Beispiel auf ehemaligen Gewerbeflächen oder Ähnlichem attraktives Wohnen ermöglicht werden. Dies trägt dann auch zu einer Aufwertung der dortigen Quartiere bei.

Die geplante hochwertige Wohnnutzung auf Teilen des Wasserwerksgeländes sowie Möglichkeiten zur Wohnnutzung in Teilen der alten Hafenviertel sind weitere Beispiele. Sie alle wissen, dass wir geplant haben, in dem Bereich der neu zu entwickelnden Hafenviertel rund 500 bis 700 Wohneinheiten zu errichten. Die Frage, wie sich das mittelfristig an anderen Stellen noch weiterentwickelt, ist ja in der Konzeption des Senats angelegt. Es soll mittelfristig geschaut werden, was man mit der sehr umstrittenen Teilfläche zwölf tun kann. Wenn also hier die Ausweisung neuer Wohnflächen gefordert wird, denke ich, dass wir hier in attraktiver Lage durchaus auf mittlere Sicht noch Kapazitäten haben, um ein attraktives und konkurrenzloses Angebot zu machen.

Meine Damen und Herren, ich komme zum Schluss, ich will zusammenfassen! Ich denke, Bremen macht eine gute Wohnungsbaupolitik. Nichts ist so gut, als dass es nicht auch noch verbessert und mit neuen Ansätzen und kreativen Ideen weiterentwickelt werden muss. Wir sind, glaube ich, als große Koalition auch bereit und willens, differenziert weiter zu schauen und den unterschiedlichen Ansprüchen in der Stadt Rechnung zu tragen. Ich habe es eben schon gesagt,

wir konkurrieren zwar mit dem Umland, dürfen aber nicht den Fehler machen, das Umland schlecht zu kopieren, anstatt auf die eigenen Stärken zu bauen. Neben der Quantität gilt es ganz verschärft auf die Qualität zu achten.

Wir müssen neue Akzente vor allem in der Entwicklung der Quartiere, der Innenentwicklung und der Bestandspflege setzen, um den sich wandelnden Bedürfnissen und Bedarfen Rechnung zu tragen. Wir müssen neue, vielfältige Angebote schaffen, um den sich differenzierenden Bedürfnissen Rechnung zu tragen.

Meine Damen und Herren, ich hoffe, dass wir in diesem Sinne unser Ziel gemeinsam erreichen, Bremen weiterhin auch für die Menschen in Bremen, die wir halten wollen, und für neue, die dazu kommen wollen, attraktiv zu machen, und diese Politik auch weiterhin erfolgreich fortsetzen können. - Vielen Dank!

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Präsident Weber: Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Pflugradt.

(Abg. Mützelburg [Bündnis 90/Die Grünen]: Helmut, du kannst jetzt ruhig über das Rhodarium reden!)

Abg. **Pflugradt** (CDU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich wollte eigentlich nicht mehr reden, aber die eine oder andere Bemerkung reizt mich dann doch. Ich will es auch nicht lang machen, sondern kurz. Ich habe eine Bitte: Manchmal ist es so, wenn man als Zweiter oder Dritter an der Reihe ist und sich so sein Schema vorgeschrieben hat, ist es manchmal schwer, wieder herunterzukommen, aber manchmal ist es doch ganz klug, auch das zu berücksichtigen, was angesprochen und gesagt worden ist und was man vielleicht auch noch nicht angesprochen hat.

(Abg. Frau Reichert [SPD]: Manches kann man ruhig zweimal sagen!)

Manche Zwischenrufe sind so intelligent, denen kann man gar nicht widersprechen

(Abg. Focke [CDU]: Oder entgegnen!)

oder nichts entgegnen. Sie können sich gern melden, Frau Reichert!

Frau Krusche, diese Anfrage hatte einen bestimmten Aspekt. Es ging nicht um Städtebau, es ging nicht um Stadtentwicklung. Wir könnten natürlich das Thema auch so global fassen. Sie haben die Schulen, die Kindergärten, die Inhalte von

Schulen angesprochen. Wir könnten die gesamte Politik der Koalition hier besprechen, das wäre ein anderer Ansatzpunkt. Das war nicht unsere Anfrage. Das ist manchmal so, wenn man Reden vorschreibt, das tut mir Leid, das muss ich so sagen. Das war nicht der Sinn unserer Anfrage.

Punkt zwei: Irgendwo kann ich das, was Sie sagen, liebe Frau Krusche, nicht nachvollziehen, wenn Sie hier gegen die Flächenpolitik reden. Ich versuche es noch einmal, aber ich habe nicht viel Hoffnung, dass es mir gelingt: Sie sind, wenn es darum geht, dass man bei Büroräumen in die Höhe geht, dagegen.

(Abg. Mützelburg [Bündnis 90/Die Grünen]: Sie hat sich noch gar nicht dazu geäußert, aber ich!)

Aber Sie, die Grünen, sind dagegen! Ich sehe da, glaube ich, keinen Widerspruch zwischen Herrn Mützelburg und Frau Krusche. Wenn es in die Höhe geht, kommt es nicht in Frage, wenn es in die Fläche geht, kommt es natürlich auch nicht in Frage, jedenfalls nicht in Bremen.

(Abg. Frau Linnert [Bündnis 90/Die Grünen]: Dann müssen wir unter die Erde gehen!)

Unter der Erde kommt es auch nicht in Frage, Sie sind auch gegen Tunnel. Man muss aber doch irgendwie auch zur Kenntnis nehmen, dass es sehr unterschiedliche und differenzierte Wünsche der Menschen gibt.

Es gibt Leute, die partout draußen wohnen wollen. Die werden wir nie und nimmer dafür gewinnen zurückzukehren. Es gibt Stadtmenschen, wie Frau Wischer sie beschrieben hat, es gibt Leute, die haben ein riesiges Haus, die sich verkleinern wollen. Ich könnte die unterschiedlichsten Beispiele aufzählen. Es gibt die Singleproblematik und so weiter. Nur, dies alles war nicht so angesprochen in unserer Großen Anfrage, sondern wir haben ein Segment angesprochen, das die Frage der Ausweisung von Wohnungsbauflächenbedarf angeht. Da war und ist unser Hinweis. Das muss man schlicht zur Kenntnis nehmen, was im Grunde genommen - und ich komme darauf zurück, Herr Dr. Sieling, weil Sie es angesprochen haben - die Frage der Bevölkerungsentwicklung seit 1970 angeht, die Diskussion über die Mozarttrasse und die Diskussion, die in der damaligen SPD-Fraktion geführt wurde.

(Abg. Frau Linnert [Bündnis 90/Die Grünen]: 70/71!)

Ja, 70/71! Man muss doch einmal erwähnen dürfen, weswegen wir so eine Struktur in Bremen haben. Der eine oder andere möchte das natürlich

vergessen, das ist mir völlig klar. Nur, auch das, was im Flächennutzungsplan 1982 festgeschrieben war - -.

(Abg. Dr. Sieling [SPD]: 83!)

1982, Herr Kollege!

(Abg. Dr. Sieling [SPD]: Der Flächennutzungsplan ist von 1983!)

Ja, was im Flächennutzungsplan 1983 festgeschrieben worden ist, war, dass es keine Ausweitung von Gewerbe gibt, dass es keine Wohnungsbaumöglichkeiten gibt, weil man glaubte, die Bevölkerungszahl ginge so dramatisch zurück. Deswegen hat man solche Flächennutzungspläne gemacht, und deswegen hat man auch die Entzerrung von Wohnen und Arbeiten gemacht.

(Abg. Mützelburg [Bündnis 90/Die Grünen]: Man hat Tenever gebaut!)

Die Aufhebung von riesigen Mischgebieten, die wir in dieser Stadt haben, zum Beispiel, das war der große Fehler des Flächennutzungsplans 1983, das Trennen von Wohnen und Arbeiten, was zu zusätzlichen Verkehrswegen führt. Wenn man die Betriebe hinausdrängt, und das haben Sie dann gemacht, sie haben in Bremen keine Gewerbeflächen gefunden, weil es die nicht gab, deswegen sind sie doch alle in das Umland gegangen.

(Beifall bei der CDU)

Da sind sie auch nicht in der Luft geblieben, sondern sind auf den Boden gegangen und haben Flächen verbraucht.

Genauso ist es doch mit dem Wohnungsbau: Wenn ich hier zum Beispiel einmal die Einwohnerentwicklung in Brinkum nehme, von 6900 auf 8000, ein Plus von 1100, von 16,9 Prozent, Stuhr 22,4 Prozent, Fahrenhorst 30,6 Prozent, Groß Mackenstedt 25,4 Prozent, Kirchweyhe 29 Prozent, Lahausen 38 Prozent, Leeste 25 Prozent, die Wohnungen sind alle nicht in der Luft entstanden. Sie sind alle auf der Erde entstanden, sie haben alle Flächen verbraucht, und wer die Flächen draußen nicht verbrauchen will, der muss die Leute hier bauen lassen und ihnen die Möglichkeiten geben.

(Beifall bei der CDU)

Wer von Ökologie redet, darf nicht mit zweierlei Maß messen. Eine Fläche draußen kann manch-

mal wertvoller sein als eine innerstädtische Fläche.

(Beifall bei der CDU)

Auf die Folgen, wenn Leute hinausziehen, ist von den sozialdemokratischen Kollegen schon hingewiesen worden, darauf will ich nicht mehr eingehen. Auf diese Frage müssen Sie auch eine Antwort finden. Ich wiederhole mich: Ich sage nicht, dass wir alle Menschen, die nach draußen ziehen wollen, hier halten können, aber wir können einen Teil halten. Wir wissen doch aus der Vergangenheit, dass viele, die hier bauen wollten, nicht bauen konnten und können, und um diese Leute geht es uns.

Jetzt zur Frage, das sei gar keine Alternative, was die Stadtteile angeht. Natürlich muss modernisiert werden, nur, wenn ich mir den einen oder anderen Baumarkt anschau, habe ich nicht den Eindruck, dass die Bremerinnen und Bremer gar nicht daran interessiert sind, ihre Häuser zu renovieren. Wer sich einmal durch die Stadtquartiere begibt, wird doch feststellen, dass bei Reihenhäusern, die 20 oder 30 Jahre alt sind, jeder im Grunde sein eigenes Reihenhaus inzwischen individuell gestaltet hat, mit neuen Fassaden, Dächern, Türen, Fenstern und so weiter, und es gibt schlicht Bedürfnisse der Menschen, manchmal auch ihre Wohnquartiere zu vergrößern.

(Abg. Frau Hövelmann [SPD]: Wintergärten!)

Zum Beispiel auch Wintergärten!

(Abg. Frau Linnert [Bündnis 90/Die Grünen]: Manche bauen auch ihren Keller aus! Bügelzimmer!)

Ja, zum Beispiel auch, Frau Kollegin!

(Zuruf der Abg. Frau Linnert [Bündnis 90/Die Grünen])

Wissen Sie, Frau Kollegin, wenn das Ihre Beiträge zu einem solch ernsten Thema sind, würde ich gern einmal darauf hinweisen wollen, dass ich, wenn Sie hier einmal reden, mir vielleicht auch einmal gestatten würde, solch eine Bemerkung zu machen, wie Sie es hier gerade tun!

(Beifall bei der CDU - Abg. Frau Linnert [Bündnis 90/Die Grünen]: Wenn Sie kein Bügelzimmer brauchen!)

Ich möchte hier nur darauf hinweisen, dass hier keiner dagegen ist, Nebenzentren und Stadtquartiere zu modernisieren. Daran haben wir alle ein Interesse, nur ist dies auch in erster Linie Aufgabe der Eigentümer, und in vielen Bereichen

wird es gemacht. Wir möchten zum Beispiel, wenn es um die Frage von Büroräumen und die Umwandlung in Wohnungen geht, sagen, dass doch keiner etwas dagegen hat. Nur denjenigen, meine Damen und Herren, die ihren Büroraum nicht modernisiert haben und sie deswegen nicht vermieten können, einen staatlichen Zuschuss zu geben, damit sie abkassieren, um es auf Deutsch zu sagen, das kann auch nicht Sinn und Zweck unserer Politik sein. Deswegen, glaube ich, muss man da sehr vorsichtig sein, wenn man überlegt, entsprechende Zuschüsse zu geben.

Ich will noch auf einen Aspekt hinweisen, was die Frage der Preise angeht!

(Unruhe - Glocke)

Ich komme mit zwei Sätzen zum Schluss! Ich will noch einmal darauf hinweisen, dass es, was die Preise zwischen Bremen und dem Umland angeht, aber auch den anderen Regionen, das sagen jedenfalls die Fachleute, keine großen Unterschiede gibt, dass die Grundstückskosten, aber auch die Baupreise mehr oder weniger identisch sind. Wir haben ein Problem bei den Baunebenkosten. Da haben wir Bremer ein Problem, und zwar erstens, was die Ausgleichsproblematik betrifft, und zweitens, was die Abwassereinleitungsgebühren betrifft. Hier müssen wir noch etwas tun, denn dies ist eines der Probleme, weswegen der eine oder andere auch weggeht.

(Abg. Dr. Sieling [SPD]: Jetzt darf nicht die Kampfmittelsache kommen!)

Das ist noch ein weiterer Gesichtspunkt. Das wollte ich noch einmal kurz anmerken. - Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU)

Präsident Weber: Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Aussprache ist geschlossen.

Die Stadtbürgerschaft nimmt von der Antwort des Senats auf die Große Anfrage der Fraktionen der CDU und der SPD Kenntnis.

Meine Damen und Herren, ich schlage Ihnen in Anbetracht der fortgeschrittenen Stunde vor, dass wir jetzt nur noch die Tagesordnungspunkte ohne Debatte behandeln und den Tagesordnungspunkt neun, Alternativen zum Rhodarium, in der nächsten Sitzung behandeln.

(Abg. Mützelburg [Bündnis 90/Die Grünen]: Das war ja klar!)

Wahl eines stellvertretenden Mitglieds des Betriebsausschusses Musikschule Bremen

Der Wahlvorschlag liegt Ihnen schriftlich vor.

Die Beratung ist eröffnet. - Wortmeldungen liegen nicht vor. - Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Wahl.

Wer entsprechend dem Wahlvorschlag wählen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft wählt entsprechend.

(Einstimmig)

Wahl eines stellvertretenden Mitglieds des Betriebsausschusses Stadtbibliothek Bremen und Bremer Volkshochschule

Der Wahlvorschlag liegt Ihnen schriftlich vor.

Die Beratung ist eröffnet. - Wortmeldungen liegen nicht vor. - Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Wahl.

Wer entsprechend dem Wahlvorschlag wählen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft wählt entsprechend.

(Einstimmig)

Bebauungsplan 1930 für das Grundstück Carl-Ronning-Straße 4-6 in Bremen-Mitte

Mitteilung des Senats vom 22. August 2000 (Drucksache 15/202 S)

Die Beratung ist eröffnet. - Wortmeldungen liegen nicht vor. - Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer den Bebauungsplan 1930 beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft beschließt entsprechend.

(Einstimmig)

Bebauungsplan 2129 mit Deckblatt für ein Gebiet in Bremen-Horn-Lehe zwischen Horner Heerstraße, Berckstraße (einschließlich) und Ronzelenstraße (hinter Hausnummern 2 bis 34)

Mitteilung des Senats vom 22. August 2000 (Drucksache 15/203 S)

Die Beratung ist eröffnet. - Wortmeldungen liegen nicht vor. - Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer den Bebauungsplan 2129 mit Deckblatt beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft beschließt entsprechend.

(Einstimmig)

Bebauungsplan 2145 mit Deckblatt für das Gebiet in Bremen-Hemelingen zwischen Neuenweg (beiderseits), Eisenbahnstrecke Bremen - Osnabrück und Eisenbahnstrecke Bremen - Hannover

Mitteilung des Senats vom 22. August 2000 (Drucksache 15/204 S)

Die Beratung ist eröffnet. - Wortmeldungen liegen nicht vor. - Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer den Bebauungsplan 2145 mit Deckblatt beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft beschließt entsprechend.

(Einstimmig)

Wahl eines Mitglieds und eines stellvertretenden Mitglieds des städtischen Haushalts- und Finanzausschusses

Die Wahlvorschläge liegen Ihnen schriftlich vor.

Die Beratung ist eröffnet. - Wortmeldungen liegen nicht vor. - Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Wahl.

Wer entsprechend den Wahlvorschlägen wählen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft wählt entsprechend.

(Einstimmig)

Wahl eines stellvertretenden Mitglieds des städtischen Rechnungsprüfungsausschusses

Der Wahlvorschlag liegt Ihnen schriftlich vor.

Die Beratung ist eröffnet. - Wortmeldungen liegen nicht vor. - Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Wahl.

Wer entsprechend dem Wahlvorschlag wählen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft wählt entsprechend.

(Einstimmig)

Wahl eines Mitglieds und eines stellvertretenden Mitglieds des Betriebsausschusses der Bremer Kommunikationstechnik

Die Wahlvorschläge liegen Ihnen schriftlich vor.

Die Beratung ist eröffnet. - Wortmeldungen liegen nicht vor. - Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Wahl.

Wer entsprechend den Wahlvorschlägen wählen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft wählt entsprechend.

(Einstimmig)

Wahl eines Mitglieds der städtischen Deputation für Bau

Der Wahlvorschlag liegt Ihnen schriftlich vor.

Die Beratung ist eröffnet. - Wortmeldungen liegen nicht vor. - Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Wahl.

Wer entsprechend dem Wahlvorschlag wählen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft wählt entsprechend.

(Einstimmig)

Wahl eines Mitglieds der städtischen Deputation für Sport

Der Wahlvorschlag liegt Ihnen schriftlich vor.

Die Beratung ist eröffnet. - Wortmeldungen liegen nicht vor. - Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Wahl.

Wer entsprechend dem Wahlvorschlag wählen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft wählt entsprechend.

(Einstimmig)

**Bericht des Petitionsausschusses Nr. 16
vom 4. September 2000**
(Drucksache 15/209 S)

Eine Aussprache ist nicht beantragt worden.

Wir kommen daher zur Abstimmung.

Es ist getrennte Abstimmung beantragt worden.

Zuerst lasse ich über die Petition S 15/94 abstimmen.

Wer der Behandlung dieser Petition in der empfohlenen Art zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD und CDU)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen Bündnis 90/Die Grünen)

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft beschließt entsprechend.

Jetzt, meine Damen und Herren, lasse ich über die restlichen Petitionen abstimmen.

Wer der Behandlung dieser Petitionen in der empfohlenen Art zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft beschließt entsprechend.

(Einstimmig)

Meine Damen und Herren, damit sind wir am Ende der Tagesordnung.

Ich bedanke mich und wünsche Ihnen noch einen schönen Abend.

Ich schliesse die Sitzung.

(Schluss der Sitzung 18.53 Uhr)